

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 21. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Gehaltsaufbesserung auf Umwegen.

Die hohe Obrigkeit hat es für nötig gehalten, dem Reichstag einen neuen Servistarif vorzulegen. Soweit die Sache nur auf eine gänzlich unberechtigte Gehaltsaufbesserung der Offiziere vom Hauptmann aufwärts hinausläuft, sei sie bargelegt.

Die Einnahmen der Offiziere setzen sich für gewöhnlich zusammen aus Gehalt, Wohnungsgeldzuschuß und Servis. Das Gehalt ist je nach den Chargen im ganzen Reich gleich. Ein Major bezieht z. B. im einsmaligen so fidelem Jorbad gerade so viel Gehalt wie ein Major in Berlin. Wohnungsgeldzuschuß und Servis sind hingegen nach Orten wechselnd. Sie sollen nach der Theorie dazu dienen, in die Bezüge der Offiziere einen beweglichen Faktor zu bringen, der den Preisunterschieden, vor allem dem der Wohnungen, in den verschiedenen Städten des Reichs Rechnung trägt. In diesem Zweck wurden die sämtlichen Orte des Reichs, in denen Truppen oder Reichsbehörden sich befinden, in fünf Klassen, A, I, II, III, IV, benannt, eingeteilt. Klasse A. erhält am meisten, Klasse IV. am wenigsten, die andern Klassen liegen dazwischen.

Wir geben zunächst zwei Tabellen wieder, die die Summen zeigen, welche nach dem Entwurf des neuen Servistarifs künftig bezahlt werden sollen.

Tabelle A.

Der Wohnungsgeld-Zuschuß beträgt hiernach für die Servisklassen:

	A.	I.	II.	III.	IV.
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1. Divisionkommandeure, Brigadekommandeure und Offiziere in Dienststellungen dieses Ranges.	1500	1200	900	720	600
2. Stabsoffiziere mit Regimentskommandeurrang, Kapitäne zur See, Generalärzte.	1200	900	720	600	540
3. Stabsoffiziere, Korvettenkapitäne, Hauptleute, Kapitänleutnants, Oberstabsärzte, Stabsärzte.	900	660	540	480	420
4. Lieutenants und Assistenzärzte.	420	270	240	225	216

Tabelle B.

Der Selbstmieterservis, unter dem man die Geldvergütung versteht, die die Offiziere und Militärbeamten zur Befriedigung ihrer persönlichen Wohnungsverhältnisse empfangen, soll künftig in den Orten der Servisklassen betragen:

	A.	I.	II.	III.	IV.
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1. General der Infanterie Kavallerie etc.	2520	1944	1476	1368	1188
2. Generalleutnant	1992	1512	1188	1080	936
3. Generalmajor	1620	1224	936	828	738
4. Oberst	1314	972	756	684	594
5. Major, Hauptmann	972	702	576	504	432
6. Oberleutnant, Lieutenant	540	450	360	306	288

Vor acht Jahren sah diese Servistabelle aber noch so aus:

	A.	I.	II.	III.	IV.
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Generalleutnant, Generalmajor	1314	972	756	684	594
Stabsoffiziere	972	702	576	504	432
Hauptmann, Oberleutnant, Lieutenant	540	450	360	306	288

Der neue Servistarif allein würde also den Herren gegen 1890 eine Mehrerinnahme bringen von:

	A.	I.	II.	III.	IV.
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Generalleutnant	648	540	432	396	342
Generalmajor	306	252	180	144	144
Oberst	342	270	180	180	162
Major	—	—	—	—	—
Hauptmann	432	252	216	198	144
Oberleutnant, Lieutenant	—	—	—	—	—

Man sieht, daß die Aufbesserungen, vor allem der Generalleutnants, von Belang sind. Die Majore, Oberleutnants und Lieutenants erhalten allerdings nichts, dafür aber bekommen ja die Generale umsomehr. Den Oberleutnant und Lieutenant möglichst knapp zu halten und dafür die Hörsen der Generale zu füllen, war immer beliebt.

Sind nun die Aufbesserungen nötig?

Davon kann gar keine Rede sein. Ein Generalleutnant (Lebensalter 53 bis 60 Jahre) bezieht an Gehalt, Dienstzulage und Wohnungsgeldzuschuß allein je nach der Garnison 18000 bis 17400 M. jährlich. (Orte der Servisklasse III und IV kommen für einen Generalleutnant nicht in Betracht). Ein Mann mit solchen Einnahmen brauchte überhaupt kein Servis mehr. Und gewährt man es ihm doch, so würde das frühere Servis mit 1314 bis 756 M. doch auch genügen. Aber das Deutsche Reich, das seine Jubaliden hungern läßt, das Schulden über Schulden macht, hat so viel Geld, daß es die nothleidenden Generalleutnants mit einem neuen Servistarif beglückt, der ihnen wieder einige hundert Mark mehr in die Taschen steckt. Ein Generalmajor (Lebensalter 49—56 Jahre) erhält an Gehalt, Dienstzulage, Wohnungsgeldzuschuß 11400—10620 M. Der frühere Servistarif bewilligte diesen Offizieren noch 1314—684 M. (Orte der Servisklasse IV fallen für sie weg). Somit liegt auch hier nicht der geringste Grund zu einer Erhöhung der Einnahmen vor. Ein Oberst (Lebensalter 46—52 Jahre) bezieht an Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß 9000—8340 M. Der frühere Servistarif gewährte ihm außerdem noch 972—504 M., so daß auch hier kein Anlaß zu einer Aenderung ersichtlich ist. Was die Hauptleute anbelangt, so wurde ihnen schon vor wenigen Jahren eine wesentliche Erhöhung des Gehalts zu teil. Jetzt empfängt ein solcher Offizier (Lebens-

alter 35—43 Jahre) an Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß als Hauptmann I. Klasse 4800—4320 M., als Hauptmann II. Klasse 3000 bis 3120 M. Hinzu kommen nach dem früheren Servistarif noch 540 bis 288 M. Mit 40 Jahren sind die meisten Hauptleute in der I. Klasse. Für einen Mann in diesem Alter ist aber eine Einnahme von 5340—5088 M. gewiß nicht schlecht.

Die vorstehenden Zahlen beweisen sogar in einer Zeit, in der die Klassen an bedenklicher Höhe leiden und laufende Ausgaben durch Anleihen gedeckt werden müssen. Es war nicht der Schatten einer Notwendigkeit für eine Aenderung des früheren Servistarifs vorhanden, aber trotzdem bringt man dem Reichstag eine solche in Vorschlag. Und der Reichstag? Wird er wiederum gehorsamt Ja sagen?

Dieses Wirtschaften mit dem Gelde ist nur bei dem indirekten Steuersystem des Reichs, das die Hauptlasten dem Proletariat auf die Schultern legt, möglich. Wähten die herrschenden Klassen entsprechend ihrem Besitz mitzählen, so hätten sie die Militärfürnichtigkeit sehr schnell satt. Darum muß der Kampf gegen den Militarismus Hand in Hand mit dem Kampf gegen die indirekten Steuern gehen.

#### Ein neuer russischer Rechtfertigungsversuch.

Der „Regierungsbote“ veröffentlicht folgendes Communiqué:

Am 16. Januar ging die kaiserliche Regierung sofort nach Eingang der letzten japanischen Vorschläge an deren Prüfung heran, am 23. desselben Monats erhielt der Gesandte Kurino auf seine Anfrage den Bescheid, der Kaiser habe die Beratung der Vorschläge einer besonderen Kommission übertragen, welche am 28. Januar zusammentrat. Die Entscheidung des Kaisers werde voraussichtlich nicht vor dem 2. Februar erfolgen. An diesem Tage befahl dann der Kaiser, den Entwurf endgültiger Instruktionen für den russischen Gesandten in Tokio auf Grundlage der Beratungen anzufertigen. Am 3. Februar gingen an den Statthalter Aleksejew drei Telegramme ab, welche den vollen Text des Entwurfs des Abkommens mit Japan, sowie alle Motive der kaiserlichen Regierung mit einigen Aenderungen der japanischen Vorschläge und allgemeine Weisungen für den russischen Gesandten in Tokio bei der Uebergabe der Antwort an die japanische Regierung enthielten. Um Zeit zu sparen, gingen gleiche Telegramme direkt an Baron von Rosen ab.

Am 4. Februar, also 48 Stunden vor Empfang der Meldung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Japan teilte Graf Lambsdorff dem japanischen Gesandten die Absendung der Antwortvorschläge an den Baron v. Rosen mit. Am 5. Februar ging von dem Statthalter die Mitteilung des Vorons v. Rosen über den Empfang der Antwortvorschläge ein. Am 6. Februar, um 4 Uhr nachmittags, übergab der japanische Gesandte völlig unerwartet dem Minister des Auswärtigen zwei Noten, von denen die erste den Abbruch weiterer Verhandlungen meldete, unter dem Vorwand, daß Rußland der Erteilung einer Antwort auf die japanischen Vorschläge ausweiche, während die zweite Note den Abbruch der diplomatischen Beziehungen meldete mit dem Hinzufügen, daß der japanische Gesandte mit dem Personal der Gesandtschaft am 10. Februar Petersburg verlassen werde. Diese Noten waren von einem Privat Schreiben des japanischen Gesandten an den Grafen Lambsdorff begleitet, in welchem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf möglichst kurze Zeit sich beschränken werde. Am selben Tage wurden sowohl Statthalter Aleksejew wie Baron Rosen und die russischen Vertreter in Peking und bei den Großmächten durch dringende Telegramme von dem Abbruch der Beziehungen mit Japan und von dem kaiserlichen Befehl bezüglich der Abreise des russischen Gesandten aus Tokio in Kenntnis gesetzt. Die erwähnte Circulardepeche legt auch die Verantwortung für alle Folgen der japanischen Regierung auf. Das Telegramm Aleksejews über den Empfang der erwähnten Circulardepeche ist vom 5. Februar datiert. Obgleich Abbruch der Beziehungen durchaus nicht Eröffnung der Feindseligkeiten bedeutet, verübte die japanische Regierung bereits in der Nacht auf den 9. Februar und sodann im Laufe des 9. und des 10. Februar eine ganze Reihe empörender Angriffe auf russische Kriegs- und Handelschiffe unter Verletzung der Bestimmungen des internationalen Rechts. Der Befehl des Kaisers von Japan betreffend die Erklärung des Krieges an Rußland erfolgte erst am 11. Februar.

Der neue russische Versuch, sich als weiches Unschuldslamm und Japan als reißenden Wolf darzustellen, wird schärflich irgend jemand Sand in die Augen streuen. Die ganze Darstellung beweist nur die Wichtigkeit der japanischen Behauptung, daß Rußland mit allen Mitteln die Verhandlungen in die Länge zu ziehen suchte, um seine Aflösungen inzwischen fortsetzen zu können. Denn nahm man sich schon mit der Formulierung und Antwort außerordentlich viel Zeit, so ist es völlig schleierhaft, daß Baron Rosen die Nachricht, die er am 3. Februar erhielt, noch am 6. Februar Japan mitzuteilen nicht für nötig erachtete. Da Graf Lambsdorff Japan bereits am 4. Februar Mitteilung von der erfolgten Absendung der Antwortnote gemacht hatte, ist der am 6. Februar erfolgende Abbruch der diplomatischen Beziehungen nur die verdiente Antwort auf die fortwährende rücksichtslose Verschleppung der Verhandlungen.

Der russische Enttäuschungsbruch über die „Verletzung des internationalen Rechts“ wird durch seine Wiederholung nur noch

lächerlicher. Das einzige Moment, das sich gegen Japan ausschlagen ließe, wäre der Geleitbrief des japanischen Gesandten an den Grafen Lambsdorff. Aber dieser Brief war eine private Meinungsäußerung und nur ein Akt konventioneller Höflichkeit. Wenn ihn die „Schlaue“ russische Diplomatie für mehr gehalten haben sollte, so wäre das ihr eignes Pech.

Auch diese Spekulation an die Sentimentalität wird erfolglos bleiben. Im Gegenteil, jeder neue Versuch, als die verletzte Unschuld zu erscheinen, vermag nur die Verachtung einer solch kläglich geübelten Heuchelei gegenüber zu steigern!

#### Der erste Zusammenstoß auf dem Festland.

Petersburg, 20. Februar. Aus Port Arthur wird von heute gemeldet: Die Mandchurenbahn befördert die Militärsüge zu den Konzentrationen ohne jede Schwierigkeit. Gestern griff ein Kosakenpilot auf koreanischem Gebiet eine kleine japanische Abteilung an, welche von einem Major geführt wurde. Bei den Gefangenen wurden Karten und Dokumente gefunden. Es war dies das erste Zusammentreffen mit dem Gegner zu Lande. Die Koreaner legen dem russischen Stab gegenüber eine durchaus freundschaftliche Haltung an den Tag.

#### Russisch-offizielle Darstellung der Seeschlacht bei Tschemulpo.

Ein Telegramm des Befehlshabers des Kreuzers „Wariat“, Kapitäns Roubnew, von gestern meldet: „Der Kreuzer „Wariat“ und das Hochseelanerboot „Koreje“ bestanden einen Seekampf mit einem aus 8 Kreuzern und 8 Torpedobooten bestehenden japanischen Geschwader. Der „Wariat“ wurde außer Besatz gelassen und kehrte dann mit dem „Koreje“ nach der Reise von Tschemulpo zurück; die Befehlshaber beider Schiffe sandten die Befehle derselben an Bord der vor Tschemulpo liegenden fremden Kreuzer und sprengten darauf ihre Schiffe in die Luft, um sie nicht den Japanern anzuliefern. Kapitän Roubnew meldet sodann die bereits bekanntgegebenen Verluste von der Befehlsbesatzung des „Wariat“ und fügt hinzu, daß der „Koreje“ keine Verluste erlitten habe. Er betont, daß Offiziere und Mannschaften musterhafte Tapferkeit an den Tag gelegt und alle in edler Weise ihre Pflicht gethan haben.“

#### Eine große Erregung.

herrscht in Russisch-Polen. Aus Warschau wird uns geschrieben: Am Mittwoch versammelte sich eine Vollmenge aus Arbeitern, Studenten und der Intelligenz vor dem englischen Konsulat und brachte Schreie auf England und Japan aus.

Trotz wiederholter Aufforderung melden sich keine freiwilligen Offiziere. Sie werden ausgelost. Von den Ausgelosten haben drei — in Verzweiflung darüber, daß sie dem Jatismus dienen müssen — durch Selbstmord geendet.

Alle Redaktionen, alle bekannten Persönlichkeiten aus der polnischen Bevölkerung werden schärflich bedroht. Die Briefensur wird mit noch nicht dagewesener Schärfe gehandhabt. Deshals Vorsicht mit Briefen nach Rußland und speziell nach Russisch-Polen!

Die Behörden streuen Nachrichten aus, daß der Zar Reformen zu Gunsten der Polen und eine Verfassung durchzuführen werde.

Dem arbeiter Partei-Organ „Rajzd“ wird unter dem 16. d. M. aus Warschau gemeldet:

Die fieberhafte Stimmung in den breiten Massen der polnischen Bevölkerung steigert sich immer mehr. Zur Steigerung dieser Stimmung trägt auch die beginnende Krisis in der Industrie bei. Bei verkürzter Arbeitszeit haben Tausende von Arbeitern verlornten Lohn.

Die Regierung befürchtet die Zuführung revolutionärer Aufreißer durch die Grenze. Der Grenzwachdienst ist bis zum äußersten verschärft worden. In Sosnowitz sind neue Spitzel im Hotel Goldstein und überwachen jeden aus Preußen kommenden Zug.

#### Demonstrationen in Moskau.

In einer Versammlung der Senats des Moskauer Gouvernements schlug der Vorsitzende, Fürst Troubekoi, vor, dem Jaren ein Telegramm, das die allerunterthänigsten Gefühle ausdrückte, anlässlich des Krieges zu senden. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Plätzen, schrien mit offenbarem Widerwillen hurra und klatschten in die Hände. Das anwesende Publikum, unter dem viele Studenten waren, blieb stumm. Der Abgeordnete Professor Soograf begann auf die Studenten einzuschreien und verlangte, daß die Namen der anwesenden Studenten notiert würden. Doch die Studenten und das übrige Publikum blieben stumm, schrien und verließen darauf demonstrativ den Saal. Obgleich Soograf die Studenten um Entschuldigung bat, beschloffen letztere, ihn auszusperren. Soograf kam ihnen zuvor und meldete, daß er krankheits halber seine Vorlesung nicht halten werde. Es wurde dann beschlossen, ihn bei der ersten bevorstehenden Vorlesung auszusperrten.

Nach der Vorlesung des Professors Aljuschewski am 12. Februar, bei welcher gegen 500 Studenten zugegen waren, schlug eine Gruppe von 20—25 Mann vor, sich den patriotischen Kundgebungen anzuschließen, wurde aber ausgesperrt. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Regierung richtete, welche den Krieg hervorrief, um das Volk von der revolutionären Bewegung abzulenken. Ferner wurde den an den „patriotischen“ Kundgebungen beteiligten Studenten die Verachtung ausgedrückt. Freilich, solcher Studenten giebt es in Moskau nur einige wenige. Bald darauf zog eine Schar von 200—300 Studenten über die Nikitskaja bis zum Twerdskij Boulevard, indem sie revolutionäre Rieder sang und „Nieder mit dem Absolutismus!“, „Nieder mit dem Kriege!“ rief.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

#### Reichstag.

In der Sonnabend-Sitzung fand der Zwischenfall Kopsch-Gerlach eine lebhaft Fortsetzung. Die Ausführungen der Abgeordneten, die sich rein fachlich mit dem Postetat beschäf-

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober dem Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

higten, fanden nur geringe Aufmerksamkeit und wiederholten in wesentlichen nur früher Gesagtes, oder brachten lokale Beschwerden vor, wie auch unsere Genossen Rollenbühre und Wegner für Elbersfeld und Jachenwälder bei Hamburg. Bemerkenswert unter diesen sachlichen Reden waren nur noch zwei, die des Herrn v. S t a u d y, der namens der konservativen Partei das Eintreten des Herrn Stöcker für das Vereinsrecht der Postbeamten ablehnte, und die des Centrums-Abgeordneten Erzberger. Dieser schloß sich in einer ungemein langen Rede fast allen Forderungen an, die Genosse Singer vorgestern aufgestellt hatte. Nur ist es bei diesem jungen Manne schon zur Manier geworden, daß er in jeder Rede die Socialdemokratie angreift. Und so langweilte er denn auch heute das Haus durch einige recht ungeschickte Ausfälle gegen uns.

Herrn v. G e r l a c h s Erwiderung auf die geistigen Grobheiten des Abg. Kopsch war nicht sehr kraftvoll. Er klammerte sich an allerhand Einzelheiten und begnügte sich mit einigen leichten Scherzen, die dem Schildknappen Eugen Richters nicht die Haut ritzten. Herr Kopsch blieb ganz auf seiner gewohnten geistigen Höhe. Er hielt Herrn v. Gerlach zum hundertstenmal seine politischen Wandlungen vor, die ihn doch schließlich entgegen der freisinnigen Volkspartei immer weiter nach links geführt haben. Den Haupttrumpf glaubte er damit ausgespielt zu haben, daß er Herrn v. Gerlach unter dem tosenden Beifall der Rechten der Socialdemokratie zuzob. Erst in seiner zweiten Entgegnung fand Herr v. Gerlach mit dem richtigen Ton. Aber auch diesen schärferen Wendungen war von vornherein jede Möglichkeit der Wirkung abgeschnitten durch die Erklärung, die vorher im Namen seiner Fraktion, des weiblichen Flügels der freisinnigen Partei, Herr Rommjen abgegeben hatte. Zunächst wies er jede Verantwortung für „Preßzeugnisse“ ab; dann aber versicherte er „im Auftrage und in Uebereinstimmung mit Herrn v. Gerlach“, daß dieser gar nicht daran denke, volle Koalitionsfreiheit für die Postbeamten zu fordern!

Scharf hob sich gegenüber dieser Schwäche und Halbheit die Kraft ab, mit der Genosse M o l k e n b u h r für das Recht der Postbeamten eintrat. Es war eine bekämpfende Niederlage für Herrn Kopsch und seinesgleichen, als unser Redner ihm das Antisociale und Antidemokratische seiner Ausführungen vorhielt. Mit ihrem „Heberzeugen nach oben“ sind sie weit hinter das Jahr 1848 zurückgeblieben, stehen noch unter den Reitermähnen und Dambäcken. Die Scheinargumente, mit denen man im Interesse der Disciplin den Postbeamten ihre verfassungsmäßigen Rechte vorenthalten will, die Wortflambereien und sophistischen Ausreden, mit denen man alle möglichen ungeschicklichen Verdrehungen verteidigen will, widerlegte er auf das gründlichste. Mit dieser Rede, die die Sitzung eingeleitet hatte, war alles Wesentliche wieder richtig gestellt. So konnte man heute ruhig die Generaldebatte über den Postetat schließen lassen. Seine Einzelheiten werden Montag beraten werden.

### Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat am Sonnabend in einer ungewöhnlich langen Sitzung den Etat der **Handels- und Gewerbeverwaltung** in zweiter Lesung zu Ende beraten.

Die Debatte drehte sich zunächst um das Vorsehungsgesetz. Die Redner der Linken, einschließlich des Abg. v. C h u r n e r (natl.), fordern entschieden die Aufhebung des Verbots des Terminhandels, während die Rechte und das Centrum hiervon nichts wissen wollen. Der freikonservative Wortführer Herr v. Z e d l i g steht mit seinem Vorschlag, wenigstens das Verbot des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren aufzuheben, in seiner Fraktion fast vereinzelt, höchstens hat er noch Herrn v. K a r d o r f auf seiner Seite.

Einen weiten Raum nahm die Diskussion über das **K o r t b i l d u n g s - S c h u l w e s e n** in Anspruch. Dem Minister Möller wurde von allen Seiten lebhafter Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen, daß in den Etat 100 000 M. mehr für die Fortbildungsschulen eingestellt sind. Daß Preußen trotzdem auf diesem Gebiete noch hinter anderen Bundesstaaten zurücksteht, wurde nur nebenbei gestreift. Verschiedentlich wurde auch die obligatorische Fortbildungsschule gefordert.

Beim Kapitel „Porzellanmanufaktur“ regte Abg. G o l d - s c h m i d t (fr. Pp.) die Erteilung eines Sommerurlaubs für alle in der Porzellanmanufaktur beschäftigten Arbeiter sowie eine Melitenversorgung an. Der Vertreter des Ministers gab die gleiche wohlwollende Antwort wie im vorigen Jahre. Es schweben immer noch Erwägungen.

Die Einstellung von 300 000 M. in den Etat zur Förderung der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minder bemittelten Bevölkerungskreise gab dem Abg. Dr. A r e n d t (fl.) Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Arbeitersekretariate, der so thöricht ist, daß ein Eingehen darauf nicht lohnt. Die Regierung beabsichtigt, staatlich subventionierte Arbeitersekretariate zu fördern, um der Socialdemokratie das Wasser abzugraben. Wir wünschen lebhaft solche Konkurrenz.

Endlich überwiegt das Haus noch einen Antrag K i n d l e r (fr. Pp.) auf Einrichtung von Meisterkursen und Ausstellungen von im Kleingewerbe verwandten Maschinen und Werkzeugen in jeder Provinz an die Kommission für Handel und Gewerbe.

Am Montag beginnt die Beratung des Justiz-Etats.

### Kardinal Fischer.

Die kirchliche Ueberwachung der katholischen Arbeiter ist von dem Erzbischof von Köln, Kardinal Fischer, in ein vollständiges, straffes System gebracht worden. Die letzte Nummer des „Kirchlichen Anzeigers“ veröffentlicht einen Erlaß, worin Herr Fischer bekannt macht, daß er einen Diözesan-Ausschuß eingesetzt hat zur Ueberwachung der „Organisation der Werke christlicher Liebe und sozialer Fürsorge“. Neben diesem Ausschuss wird ein Diözesan-Komitee gebildet, dem Geistliche aus allen Gebieten der Erzdiözese Köln angehören, die dem Ausschuss als Korrespondenten dienen. Die Einrichtung umfaßt das ganze Gebiet von Köln, Aachen, Düsseldorf, Arefeld, Essen mit dem Ruhrgebiet, Elbersfeld-Warmen, Solingen, Bonn u. a. m. Als Vereine, die überwacht werden sollen, zählt der Erlaß neben den eigentlichen kirchlichen Verbindungen auf: die katholischen Gesellenvereine, die „vielen Arbeitervereine, die Knappenvereine, die Kaufmännischen Vereinigungen“, den Volksverein für das katholische Deutschland, der in der Erzdiözese, in M.-Glabbach, seinen Sitz hat, und andern mehr. Es heißt in dem Erlaß: „Eine solche Organisation im engen Anschluß an die von Gott gesendeten Oberhirten wird außerdem den schätzenswerten Erfolg haben, daß höhere Irrungen vermieden werden, die bei der fast sicherhaften Thätigkeit, die dermalen auf diesem Gebiet herrscht, leicht eintreten und dann verhängnisvolle Folgen haben könnten.“

Als Referenten für die „gesamte sociale Frage“ be-  
gehungsweise die sozialen Einrichtungen im engeren Sinne“

hat der Erzbischof den Pfarre Dr. Oberbörffer, den bekannten katholischen Socialpolitiker, eingesetzt, den nämlichen, der dieser Tage (siehe den Artikel „Der Interessenstreit im Centrum“ in Nr. 30 des „Vorw.“) in öffentlicher Verammlung den Konsumgenossenschafts-Gründungen der katholischen Arbeiter entgegengetreten ist. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat bereits infolge dieses Auftretens erklärt, daß Pfarre Oberbörffer „socialpolitisch nicht als Vertreter der Centrumsansichtungen betrachtet werden kann“. Das Blatt der Herren Wachen stellt sich damit in totalen Gegensatz zu dem Cardinal Fischer, mit dem es auch sonst schon in Konflikt gekommen ist. Die „Kölnische Volkszeitung“, das bedeutendste der deutschen Centrumsblätter, verteilte zur Gegenwehr beispielsweise zur „Germania“ in dogmatischen, moralischen, socialpolitischen u. dergl. Dingen einen — man gestatte das Wort — liberaleren Standpunkt. Sie ist deshalb vom Kölner Erzbischof bereits, wie unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, zu berichten weiß, einmal zurechtgewiesen worden. Cardinal Fischer scheint überhaupt ein strammes Regiment führen zu wollen. So hat er vor einiger Zeit, als die Gattin des Reichstags-Abgeordneten Trimbora und die Gattin eines Kölner Sanitätsrats einer ultramontanen Frauenbund ins Leben gerufen hatten, der sich nicht völlig in den Grenzen des kirchlichen Lebens bewegen sollte, diesen Bund für die Erzdiözese Köln verboten und die Gründenden sehr unanständig angefallen. Weiter hat Cardinal Fischer einer Anzahl Geistlichen das öffentliche Auftreten untersagt, so auch dem Kaplan Schüller, der für die Christlichen gegen die katholischen Gewerkschaften eingetreten war. Der Cardinal befiehlt sich damit als Gegner der christlichen Gewerkschaften. Der Erlaß richtet sich ja nicht ausgesprochen gegen diese, was er auch nicht kann, weil die christlichen Gewerkschaften nicht eigentlich konfessionell sind. Aber daß die neue Einrichtung auch gegen die christlichen Gewerkschaften gemünzt ist, unterliegt kaum einem Zweifel. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind zu allermeist Katholiken, die Führer nahezu ausnahmslos. Es kann also der Geistlichkeit nicht schwer fallen, ihren Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften geltend zu machen. Die letzteren werden sich auf neue Anfeindungen einrichten müssen, die ihnen bei ihrer ohnedies sehr schwachen Konstitution verhängnisvoll werden können.

Nach all diesen Dingen darf man sich noch auf interessante Ereignisse im katholischen Rheinland-Westfalen gefaßt machen.

## Deutsches Reich.

### Die Wahlrechtsreform in Bayern und Baden.

München, 20. Februar. Kammer der Abgeordneten. Bei der fortgesetzten Beratung der Wahlrechts-Vorlage führte der Abgeordnete Segis (Soz.) aus: Durch die geistige Erklärung der Regierung wird unsere Stellung nicht geändert; die Regierungserklärung enthält nur Selbstverständliches. Das Verhalten der Liberalen hat die Regierung gezwungen, solche Erklärung abzugeben. Wir halten es geradezu für eine Pflicht der Regierung, wenn das Gesetz scheitert, die Wahlkreis-Einteilung durch eine Neuordnung zu ändern und kleinere Wahlkreise zu schaffen. Auf eine Einigung des Centrums und der Liberalen über die Wahlkreis-Einteilung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen, also muß die Regierung vorgehen. Wir werden die Regierung unterstützen, zumal da wir gegen die Wahlkreis-Einteilung der Liberalen sehr vorsichtig sein müssen, denn die Liberalen wollen mit ihrer Wahlkreis-Einteilung sich auf unsere Rechten berufen, nicht auf Kosten des Centrums. Der Redner wandte sich sodann in längeren Ausführungen gegen die Liberalen, welche nur ein Abkommen mit allen möglichen nach allen Richtungen einander bekämpfenden Elementen seien, unentschieden hin- und herzuwanken, in wichtigen Fragen sich mit dem Centrum zu verbünden suchten und das freie Wahlrecht nur dann wollten, wenn es ihnen eine Mehrheit bringt. Die Socialdemokraten hätten jahrelang für die Reform des Wahlgesetzes gekämpft, sie würden jetzt der Vorlage unter Abänderung des Art. 14 zustimmen.

Seeberger (C.) erklärt, früher seien alle darin einig gewesen, daß die jetzige Wahlkreis-Geometrie beseitigt werden müsse, deren Ungerechtigkeit sich namentlich im Vergleich zu den Reichstags-Wahlen gezeigt habe; früher hätten die Liberalen stets die relative Mehrheit gefordert, jetzt, seit den letzten Reichstags-Wahlen, hätten sie plötzlich ihre Meinung geändert, die Liberalen fürchten sich vor dem direkten Wahlrecht, es werde ihnen aber nicht gelingen, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Entwurf vor dem Lande zu rechtfertigen. Redner polemisiert dann gegen den Antrag des Reichstags-Mob, der eine Ungeheuerlichkeit ersten Ranges sei.

Föhl (Demokrat) führt aus, dem vorliegenden Entwurf befehlten manche Mängel an, aber die Vorteile seien überwiegend. Es würde den besten Eindruck machen, wenn Baden mit einem freisinnigen Wahlgesez vorgehen würde. Die relative Mehrheit müsse beseitigt werden, da sonst die kleinen Parteien keine Möglichkeit hätten, auf den Ausfall der Wahlen einzuwirken. Er stimme daher für das Gesez, welches doch einen Fortschritt bedeute.

G e h a r d t (Vund der Landwirte) bemerkt, das platte Land habe ein besonderes Interesse an kleinen Wahlkreisen. In den künftigen Landtag werde keine Centrumsmehrheit einziehen, wenn nur eine Partei Kompromisse mit dem Centrum abschließe. Die Erklärung der Regierung habe nicht verböhnend gewirkt, sie habe vielmehr manche, welche noch schwanken, bestimmt, gegen das Gesez zu stimmen.

Abg. D i r z f f (G.) erklärt, seine Partei würde gegen das Gesez stimmen, weil dasselbe die ländlichen Wähler zu sehr gegen die großen Städte benachteilige, und weil die Wahlkreis-Einteilung nicht den Interessen des platten Landes entspreche. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Die badische Wahlrechtsreform ist in ein neues Stadium getreten. Wie hier schon mitgeteilt wurde, zerfällt die von der badischen Regierung geplante „Reform“ des Wahlrechts und der Verfassung in zwei wesentliche Gruppen: Ausbau der I. Kammer und Verdrängung des allgemeinen Wahlrechts zur II. Kammer. Dasselbe will man dann das Linengericht der direkten Wahl gewähren.

Die I. Kammer soll zu einem der eigentlichen Volksvertretung völlig gleichwertigen „Senat“ ausgebaut werden. Während sie heute nur ein sehr problematisches Budgetrecht hat — sie kann das von der II. Kammer beschlossene Budget nur im Ganzen annehmen oder ablehnen — soll sie in Zukunft volles, über alle einzelnen Positionen des Budgets sich erstreckendes Bestimmungsrecht haben. Bei Differenzen mit den Beschlüssen der II. Kammer soll eine gemeinsame Beschlußfassung beider Kammern erfolgen. Damit die I. Kammer bei diesen gemeinsamen Bestimmungen wiederum nicht zu kurz kommt, soll die Mitgliederzahl nicht unwesentlich erhöht werden.

Die Verfassungskommission der II. Kammer hat nun an diesem Ausbau des badischen „Herrnhäuses“ den größten Anstoß genommen. (Siehe Notiz in Nr. 32 des „Vorwärts“.) Trotzdem wird die badische Regierung nicht nachgeben. In einer sehr eingehenden Ansprache zwischen Verfassungskommission und Regierung erklärte Minister Schenkel, daß die ganze Wahlrechtsreform als gescheitert zu betrachten sei, wenn die Erste Kammer nicht mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattet werde. Die Regierung beabsichtigt eine starke Demokratisierung der II. Kammer und sie will, wenn dann eine solche Kammer einmal das Budget oder doch wesentliche Positionen desselben ablehnen sollte, mit diesem Senat das Budget zu stands bringen.

Das ist nun zwar selbst vom Standpunkt der ängstlichsten Regierung aus sehr schwarz gemalt, denn bei der wirtschaftlichen Konstellation Badens ist noch nicht an eine socialdemokra-

tische Mehrheit in der II. Kammer zu denken, aber die bürgerlichen Parteien werden sich schon durch das Zukunfts-Schreckbild einschüchtern lassen. Der Anfang zeigt sich schon; sie hatten der Forderung, daß neben den Vertretern der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern auch Vertreter kommender Arbeiterkammern in der Ersten Kammer sitzen sollten, wohl aber abgelehnt. Nun, da die Regierung die I. Kammer als Schutzwall gegen die „Klassenherrschaft“ deklarirte und infolgedessen selbstverständlich auch das Verlangen abwies, Arbeiter hineinzunehmen, gaben sie schließlich den Gedanken wieder preis.

Der andre wesentliche Bestandteil der Wahlrechts-„Reform“ ist die Beschränkung des Wahlrechts für die II. Kammer. Gegenwärtig ist das Wahlrecht in direkt, aber allgemein, gleich und geheim, nur mit den auch im Reichstags-Wahlrecht vorgezeichneten Ausschließungsgründen (Armenunterstützung, Konkurs, Unmündigkeit) belastet. In Zukunft soll direkt gewählt werden, aber neben den berechtigenden Ausschließungen auch diejenigen kein Wahlrecht haben, die nicht mindestens zwei Jahre badische Staatsangehörige sind und ebenso lange in Baden einen Wohnsitz haben. Ferner sollen ausgeschlossen werden alle Wahlberechtigten, die im Jahre vor der Wahl ihre Staats- und kommunalsteuer nicht pünktlich entrichtet haben.

Die socialdemokratischen Mitglieder der Verfassungskommission bekämpften nachdrücklich diese, sich ausschließlich gegen die Arbeiter richtenden Beschränkungen des bisherigen Zustandes. Vergeblich! Das äußerste Erreichbare ist eine Herabsetzung der Staatsangehörigkeits- und Wohnsitzfrist auf ein Jahr und eine Abschwächung der Steuerresistenz-Bestimmung insofern, daß Steuerrückstände infolge unverschuldeter Notlage das Wahlrecht nicht aufheben.

Dem Centrum und den Nationalliberalen mag der Ausbau der I. Kammer auch nicht gelegen kommen, dafür sind ihnen die reaktionären Vorstöße gegen die Arbeiter um so angenehmer. So werden sie wohl die Verdrängung der I. Kammer in den Kauf nehmen.

In kürzester Frist müssen sich nunmehr, nachdem die Regierung ihr letztes Wort gesprochen, die Parteien entscheiden.

Eine Ermahnung an die Herrens-„Truppen“ soll von der Militärbehörde ergangen sein folgenden Inhalts:

Es ist den Leuten zur strengsten Pflicht gemacht worden, sich gegen die Eingeborenen keinerlei Rohheiten schuldig zu machen, da jeder einzelne Fall mit der größten Strenge des Gesezes geahndet würde. Vor der Rückkehr nach Deutschland unterliegt das gesamte Gepäck der Expedition, auch das der Offiziere, einer genauen Kontrolle, damit kein fremdes Eigentum widerrechtlich entführt wird. Im übrigen ist der Mannschaft anbefohlen worden, sich in Briefen an die Angehörigen der strengsten Wahrheit zu beschreiben und keine übertriebenen und aufgedunsenen Schilderungen zu geben; derartige „Beimühungen“ seien strafbar und würden ohne Ansehen der Person geahndet werden. Dagegen soll sich jeder Mann nach Möglichkeit genaue Notizen über Ereignisse besonderer Art machen, um sie später dem Kommando zur Verfügung zu stellen.

Es ist sehr gut, daß nach den Erfahrungen beim China-Krieg, die Soldaten angewiesen werden, sich nicht durch jene Methode, die bei den astronomischen Instrumenten in Sanssouci ein bleibendes Denkmal gefunden hat, verleiten zu lassen. Allerdings ist der Rat, sich des „Krauses“ von Gegenständen ohne Vorzahlung zu enthalten, für Afrika billig, denn die Hereros dürften schwerlich etwas Mitnehmendes besitzen, wohingegen China ein Reich der Warenüberfluthung ist.

Auch die Mahnung, die Wahrheit zu berichten, ist zweckmäßig. Sie wird aber hoffentlich nicht so verstanden, daß die Soldaten nun überhaupt die brieflichen Mitteilungen als verboten auffassen. Die ästhetischen Summebriefe sind bisher immer noch das wertvollste Material jenes traurigen Nachzuges gewesen und ihre Zuverlässigkeit ist bisher an keinem einzigen Beispiel gerichtlich erschüttert worden.

„Patriotismus“, „Kultur“ und Geldsack-Interessen wissen auch die oberhalbischen Bergwerksbesitzer trefflich mit einander zu vereinigen. Der Vorstand des oberhalbischen Knappschaftsvereins — der infolge des famosen öffentlichen und indirekten Wahlrechts völlig in den Händen der Grubenbarone ist — petitioniert beim Landtag gegen mehrere Bestimmungen der Regierungsnovelle zum allgemeinen Vergesez, da diese Bestimmungen eine Schädigung sowohl der Bergwerksindustrie wie des Deutschtums in Oberschlesien und außerdem noch einen „Rückgang der Kultur“ herbeiführen würden. Diese Gefahren finden die Bergwerksbesitzer beziehungsweise ihre getreuen Diener im Knappschaftsvorstande einmal in der von der Novelle beabsichtigten Einführung der Freizügigkeit der preussischen Bergarbeiter und dann in der beabsichtigten Einführung der geheimen und direkten Wahlen für die Knappschaftskassen. Die „Freizügigkeit“ — die darin besteht, daß nach der Regierungsvorlage die Bergarbeiter beim Wechsel des Wohnortes nicht mehr ihre Ansprüche an ihren Knappschaftsverein verlieren, sondern an neuen Aufenthaltsorte sogleich wieder Mitglieder des dort bestehenden Knappschaftsvereins werden sollen — würde Arbeitermangel schaffen und den Betrieb der oberhalbischen Werke in Frage stellen, den Arbeitern auch die Durchführung von „Generalkonferenzen“ ermöglichen, so daß die Werksbesitzer immer mehr auf den Bezug ausländischer Arbeiter angewiesen seien. Das können die „patriotischen“ Bergwerksbesitzer aber nicht ruhig mit ansehen, denn das — Deutschtum und die Förderung der Kultur gilt ihnen auch in Oberschlesien als das Höchste. Daß sie lediglich fürchten, durch diese Freizügigkeit ihrer „Hände“ zur Zahlung höherer Löhne gezwungen zu werden, damit ihnen die Arbeiter nicht ausweichen, kann nur die Verleumdung behaupten, die den Patriotismus der edlen Herren nicht gelten lassen will.

Gegen das direkte und geheime Wahlrecht im Knappschaftsverein sind die Herren nach ihrer Petition, weil durch dasselbe nur die „polnische Propaganda“ gefördert, das „gesehliche Arbeiten der Knappschaft“ aber illusorisch gemacht würde. Also auch hier lediglich „patriotische“ Interessen. Daß der neue, gerechte Wahlmodus der unumkehrbaren Herrschaft der Grubenbarone in der Knappschaft ein Ende machen und wirkliche Arbeitervertreter an die Stelle der jetzt gewählten, von den Herren abhängigen Beamten usw. treten lassen würde, ist natürlich durchaus nicht bestimmend für die Petition, sondern einzig der Absicht vor der „polnischen Propaganda“.

Der „patriotischen“, den Interessen der Knappen in das Gesicht schlagenden Petition des Knappschaftsvorstandes sind auch mehrere oberhalbische Stadtverwaltungen beigetreten. Bei dem völligen Mangel an wirklichen Arbeitervertretern im preussischen Landtage besteht in der That die Gefahr, daß der konservativen, liberalen wie „liberalen“ Klassenossen die oberhalbischen Bergwerksmagnaten die Kultur- und vaterlandsfreundlichen Wünsche des tatsächlichen Knappschafts-Vorstandes erfüllen und die einzigen für die Arbeiter wertvollen Bestimmungen der Regierungsvorlage beistimmen.

Die Stichwahl in Eichwege-Schmalldalen ist auf den 1. März angelegt.

Erfahrung im 20. sächsischen Wahlkreise. Die das amtliche „Dresdener Journal“ meldet, ist die Reichstags-Erfahrung in dem durch den Tod unseres Genossen Rosenow erledigten 20. sächsischen Wahlkreise (Marienberg-Ischapan) auf den 18. März anberaumt worden.

Ein geistig minderwertiger Soldat vor dem Kriegsgericht.

Der Auswärtiger Otto Lange aus Stedten von der 11. Compagnie des Regiments Nr. 71 in Erfurt hatte sich vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt wegen Unterschlagung und Betruges in drei Fällen zu verantworten. Da dem Gericht Zweifel

An der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aufgestellten waren, wurde ein Stabsarzt und der Compagniechef des Angeklagten zur Abgabe von Gutachten eingeladen. Der Angeklagte hat nämlich 150 M. in seinem eignen Kasten verwahrt, die er sich, ohne einen Auftrag dazu zu haben, von der Mutter eines seiner Kameraden geben ließ. In einem andren Fall hat er sich wiederum ohne Auftrag eines andren Kameraden für diesen von dessen Angehörigen Wurst im Werte von einer Mark geben lassen und diese dann verzehrt; in drei weiteren Fällen handelt es sich wiederum um Wurst, die für einen Kameraden abgeliefert wurde und die er, weil dieser sich in Arrest befand, verzehrte. Der Compagniechef des Angeklagten sah sein Zeugnis dahin zusammen, daß der Mann absolut nicht im Stande sei, die Tragweite seiner Handlungen zu ermessen; er sei für einen Auftrag, der ein selbständiges Handeln nur in geringem Maße verlange, nicht zu gebrauchen. Seine Handlungen, die er begehe, beweisen ihm, daß man es mit einem geistig nicht normalen Menschen zu thun habe. Er besetzte seine Aussage mit einem Beispiel. Der Mann werde demnächst als dienstuntauglich entlassen werden, vom Dienste sei er entbunden, trotzdem habe er die Kaserne verlassen, habe sich dann einige Tage herumgetrieben, sei wieder nach Erfurt gekommen, habe sich in eine Kneipe gesetzt, wo seine Kameraden verkehren, und sei dann aufgefordert worden, mit nach der Kaserne zu gehen, was er auch ohne weiteres that. Der Herr Stabsarzt sagt als Sachverständiger, daß man es hier mit einem Menschen zu thun habe, der geistig zurückgeblieben ist und der ungefähr die geistige Fähigkeit eines 15 bis 18jährigen (?) Jungen hat; das gehe auch aus den unsinnigen Handlungen deutlich hervor. In übrigen schließt er sich den Ausführungen des Herrn Hauptmanns an. Die Frage, ob der Angeklagte vollständig geisteskrank sei, müsse er verneinen, aber ein geistig minderwertiger Mensch ist er unweifelhaft. Der Vertreter der Anklage erkennt die geistige Minderwertigkeit als mildernden Umstand an, will aber aus den letzten Handlungen das Vergehen eines planmäßigen Betruges erblicken. Er beantragt sieben Wochen Gefängnis, will aber von der Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes Abstand nehmen, weil der Angeklagte ja wegen seiner geistigen Minderwertigkeit entlassen werden wird. Demnächst wird sich dieser geistig minderwertige Soldat auch noch wegen Entfernung von der Truppe zu verantworten haben.

#### Sonderbare Amtsgeschichten eines Amtsvorstehers.

Hensburg, 19. Februar. (Orig.-Ver.)

Ein eigenartiges Streiflicht auf die deutlichen Zustände in Nord-Schleswig warf eine Verhandlung, die sich heute vor dem hiesigen Landgericht abspielte. Der Amtsvorsteher Winter von Adersflügel in Scherrebek hatte sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher durch drei Organe der dänischen Protestpartei gegangen war. Dieferthalb standen drei Redakteure auf der Anklagebank. Auch gegen das „Hamburger Echo“ und die „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.“ ist wegen desselben Artikels das Strafverfahren eingeleitet worden. In jenen Tagen wurde gegen v. Winter der Vorwurf erhoben, 300 M., die für die Armenkasse in Scherrebek bestimmt waren, nicht abgeliefert zu haben und ferner verlangt zu haben, sich weitere 200 M. rechtswidrig anzueignen. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Der dänische Staatsangehörige, Hofbesitzer Ottesen zu Westerbed hatte mehrfach um seine Niederlassungs Erlaubnis nachgesucht. Schließlich vertwandte er sich auf Empfehlung des Pastors v. Fischer-Benzon der Amtsvorsteher v. Winter für ihn und die Erlaubnis wurde ihm erteilt. Als ihm v. Winter die Urkunde in Aussicht stellte, fragte er ihn gleichzeitig, ob er nicht ein Scherkein für die Armen opfern wolle. Ottesen war dazu bereit. Einige Tage später sandte der Amtsvorsteher einen Gendarmen zu Ottesen, der ihm mitteilen sollte, daß er die Niederlassungserlaubnis abholen könne. Gleichzeitig hatte derselbe den Auftrag, die Summe von 500 M. festzusetzen. 300 M., welche für die Armenkasse in Scherrebek bestimmt wurden, sollten gleich gezahlt werden, mit dem Reste von 200 M., den die Armenkasse in Moaggen haben sollte, eile es nicht so sehr. Ottesen brachte die 300 M. und erhielt seine Urkunde. Kaum hatte er das Amtszimmer verlassen, so wandte sich v. Winter an den in seinem Bureau anwesenden Telegraphenhausführer Beder aus Tondern und sagte: „Bei dem Mann lieh es sich nicht genau feststellen, ob er deutscher oder dänischer Unterthan ist. Dieses Geld haben wir ihm abgeknöpft, es ist für meinen schwarzen Fonds, aus dem bei den Wahlen die Propaganda für die deutsche Sache bezahlt wird.“ Das Geld zahlte er nicht in die Armenkasse ein, sondern er buchte es unter Titel 6 seines Einnahmejournals. Dieser Titel enthält Gelder, die zur freien Verfügung des Amtsvorstehers stehen. In politischen Zwecken erklärte v. Winter, würden daraus keine Gelder entnommen. Später sandte der Amtsvorsteher den Gendarmen nochmals zu Ottesen, um die zweite Rate von 200 M. abzuholen. Der Beamte sagte heute unter Eid aus, daß er seinen Vorgesetzten darauf aufmerksam gemacht habe, daß dieses Geld für Moaggen bestimmt sei. Darauf antwortete der Amtsvorsteher: „Das macht nichts, mein Geld ist alle, ich muß die 200 M. haben.“ Der Gendarm ging darauf nach Westerbed, bekam aber dort von Frau Ottesen die Antwort, daß die 200 M. bereits bei dem Pastor in Moaggen eingezahlt worden seien. v. Winter leugnete entschieden, daß ein Fonds für politische Zwecke bestünde. Er hatte weiter noch einem Privatier, der in den Straßen von Scherrebek geschossen hatte, einen „Denkzettel“ in Höhe von 50 M. gegeben. Aber nicht in seiner Eigenschaft als Beamter, sondern als Privatmann. Ferner wurde von Zeugen konstatiert, daß der frühere Bureauvorsteher des Amtsvorstehers ernannt hatte, er könne nicht mehr länger mit v. Winter zusammenarbeiten, denn da sei alles Schwindel, Lug und Trug. In seinen Aussagen und auf die Fragen des Gerichtsvorsitzenden und der Verteidiger zeigte v. Winter eine auffällige Gedächtnisschwäche, er vermochte sich auf das Meiste nicht mehr zu erinnern. Nach Schluß der Beweisaufnahme zog der Landrat Becherer-Hadersleben, unter Zustimmung des Amtsvorstehers die Strafanträge gegen die drei Redakteure zurück.

Rarkruhe, 20. Februar. Heute nachmittag ist nach längerer Krankheit der Finanzminister Dr. Buchenberger gestorben.

Dr. Buchenberger ist erst spät in die staatsmännische Laufbahn eingetreten. Seine Lebensarbeit war eine wissenschaftliche, er verfasste zahlreiche Studien und Schriften über ökonomische Fragen, insbesondere über Agrarpolitik und Finanzpolitik. Er war Mitarbeiter am „Sonderbergschen Handbuch der politischen Oekonomie“ sowie am „Wagnerschen Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie“, in dem er in zwei Bänden Agrarwesen und Agrarpolitik, ferner mit Professor Wüster zusammen, Jagd und Fischerei behandelte. Sonst behandelte er hauptsächlich Fragen der badischen Finanzpolitik. Seine Kenntnisse auf diesem Gebiete führten seine Berufung als Finanzminister herbei.

Buchenberger war der Professor der „mittleren Linie“, was ihn befähigte, im Reichstag bei Verlegung des Zolltarifs als Vertreter des Kleinbäuerlichen Wadens trotz aller Selbsthinwände dennoch für die Wucherzölle einzutreten. —

Um die Arbeitskammern. Im badischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion zum Ministerium des Innern eine Resolution eingebracht, die folgenden Wortlaut hat: „Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, falls im deutschen Reichstag und Bundesrat ein Gesetz über Errichtung von Arbeitskammern bis zum Zusammentritt des nächsten Landtags nicht zu Hande kommt, oder zu dieser Zeit den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs ein solcher Gesetzentwurf noch nicht vorliegt, ihrerseits einen Gesetzentwurf zum Zweck der Regelung dieser Angelegenheit für das Großherzogtum Baden dem Landtage vorzulegen.“

Zu diesem Vorgehen ist die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt worden durch das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien im Landtage 1901/02. Damals brachte die sozialdemokratische Fraktion einen, in alle Details ausgearbeiteten Gesetzentwurf ein, der eine Arbeitskammer und Arbeitsämter für Baden vorschlug. Man ging gar nicht auf die Specialberatung ein; die Regierung erklärte, sie stehe einer Interessenvertretung der Arbeiter sehr sympathisch gegenüber, aber im Reichstag sei die Frage ja bereits anhängig und Baden könne nicht eingreifen in eine Materie, die bereits für die Reichsgesetzgebung reserviert sei. Den bürgerlichen Parteien war durch diese Ausrede ein samenes Hinterbüchlein geöffnet, durch das sie schlüpfen konnten, ohne mit ihrem berühmten „Wohltollen“ für die Arbeiter in Widerspruch zu kommen.

Diesem schönen Spiel wollen die Socialdemokraten im badischen Landtag nun ein Ende machen. Dieser Tage erklärte der Minister Schenk, daß in einer Kommission des Bundesrats die Frage der Errichtung von Arbeitskammern gegenwärtig beraten werde. Nun, wenn in zwei Jahren noch nichts bei diesen Beratungen herausgekommen ist, dann darf man wohl sagen, daß im Reichstag und Bundesrat überhaupt nichts daraus wird. —

#### Geppoesie.

Das Grimmschen-Lied der „Gülte“, die poetisch lebendige Forderung des Arbeiter-Koalitionsrechts, fördert noch immer und in bestig steigendem Tempo die freisinnige Bestimmung auf das wahre Selbst. Nun erklärt die „Liberalen Korrespondenz“, das Organ der Zeitung der freisinnigen Vereine, die sociale Geppoesie offiziell in Licht und Abersicht; solche Gedichte, erklärt sie, entziehen nicht den in der freisinnigen Vereinigung herrschenden Ansichten und die Partei wünscht für sie nicht verantwortlich gemacht zu werden.

In berechtigtem Spott erinnert aber die „Kreuz-Zeitung“, daß der weibliche Freisinn „seinen guten Geldmann“ erst erblickt habe, als der Poet sich an den Fabrikanten vergriff. Gegenüber den Agrariern erschien diesem Freisinn als erlaubt und vorzuziehlich, was „wüste Depe“ wird, sobald es den industriellen Kapitalismus trifft. So war zu den letzten Wahlen in Württemberg der freisinnigen Vereinigung dieses „Deh“ gewidmet zu lesen:

#### Wein Vetter!

(Den Agrariern freundschaftlichst gewidmet.)  
Handwerker bin ich — zieh' im Joch —  
Hab' auch nicht viel zu brechen,  
Und einen Vetter hab' ich doch  
Sogar 'nen Ackerstreckchen!  
Er kommt schon an um's Morgenrot!  
Greif' ich nach meinem Frühstücksbrot,  
Da steht er schon  
Der Herr Baron!  
Da hält er hin den Deckel:  
„Lad' ab, lad' ab, du Menschensohn  
Kornzoll für meinen Säckel!“  
Ich bin ein Tischler, manches Brett  
Zerschneiden meine Hände.  
Ich bau die Wiege, bau das Bett  
Und auch den Sarg am Ende.  
Jedoch bei Wiege, Bett und Sarg  
Der Vetter fordert seine Mark,  
Da sieht er schon,  
Der Herr Baron,  
Da hält er hin den Deckel:  
„Lad' ab, lad' ab, du Menschensohn  
Holz zoll für meinen Säckel!“  
's wird Mittagzeit — vorläufig Schluß!  
Fort leg' ich Säg' und Hohl.  
Was giebt's? — Sei Schweinepöckel  
Mit schönem Sauerkraut.  
Doch mach ich meinen Kessel leer,  
So zaubere ich den Vetter her.  
Da sieht er schon,  
Der Herr Baron,  
Da hält er hin den Deckel:  
„Lad' ab, lad' ab, du Menschensohn,  
Fleisch zoll für meinen Säckel!“  
Und so verfolgt mich dieser Topp  
Als nimmerlatter Fresser.  
Vor Aerger trink' ich einen Schnaps,  
Vielleicht wird mir dann besser.  
O, weit gefehlt — ich armer Thor —  
Da springt er ja erst recht hervor.  
Da laßt er schon,  
Der Herr Baron,  
Da hält er hin den Deckel!  
Der Rudolf hole den Baron  
Zusamt mit seinem Säckel!

Die freisinnige Kinnsteinreinigung hat damit aber ihre Ergöhllichkeiten noch nicht vollendet. Als erste Führerin der freisinnigen Vereinigten in der Dege gegen die Geppoesie stand die „Freisinnige Zeitung“, im Grimm wider die Verlegung der Fabrikantenehren haben sich Herr Brömmel und Herr Richter inbrünstig zusammen. Nun ist aber das Gedicht gegen die Agrarier nicht ein Erzeugnis der letzten Wahnheit, sondern es wurde abgedruckt aus dem früheren „Reichsfreund“, einem Blatte des Richter-Freisinns. Die Konserwativen haben also recht, diesem Freisinn zu spotten. Dem Dichter ist gern erlaubt, wider die Agrarier zu rufen. Doch wenn er sich erdreistet, gegen die gepehlte Fabrikantengewalt zu „hehen“, so sind die geschmacklosen Lieder des Kinnsteins würdig. —

#### Ausland.

##### Italien.

#### Die Urteilsbegründung im Prozeß Ferri-Vettolo.

Rom, den 18. Februar. (Eig. Ver.)

Gestern Abend ist die Urteilsbegründung im Prozeß gegen Ferri bei der Kanzlei des römischen Gerichts niedergelegt worden. Es ist ein endlos langes, 244 Quartseiten umfassendes Dokument.

Die Begründung steht den Hauptpunkten der von Ferri gegen Vettolo erhobenen Anklage in dem dem Exminister gemachten Vortrags der Unredlichkeit, der seinen prägnantesten Ausdruck in dem Satz findet: Sie sind ein Verschlinger von Millionen.

Darauf analysiert die Urteilsbegründung die Mittel, durch die Ferri den Beweis seiner Anklage zu erbringen verfuhrte, und unterscheidet hier mehrere Hauptgruppen. Die erste, die die weitestlichte ist, bezieht sich auf die Thatsachen, durch die dem Privatkläger nachgewiesen werden sollte, daß er in strafbarer Weise seinen politischen Einfluß zu privatem Vorteil und zum Nachteil des Staates geltend gemacht habe.

Dieser steht das Dokument mit der Bewilligung der berühmten 6000 Lire-Zulage ein, die Admiral Aceffini erhalten soll, um den 20 Millionen-Kontrakt vom November 1899 zu ratifizieren. Die Urteilsbegründung hält den Beweis nicht für erbracht; die Zulage wurde immer ausbezahlt und nur unter Vettolos Regeltrecht in das Budget als laufende Ausgabe eingetragen. Katarrisch hält das Dokument in gleicher Weise für unbewiesen, daß der 20 Millionen-Vertrag für die Marine ungünstig war.

Das Projekt, das Staatsarsenal in Neapel der Privatindustrie zu übertragen, hätte schon vor Vettolo bestanden. Was die Begünstigung von Vettolos Schwager Sertoli betrifft, so hätte dieser während des ersten Ministeriums Vettolo nur Lieferungsanträge für 100 000 Lire erhalten, während die Firma Benejoni für mehr als das Doppelte geliefert habe. Und so geht es weiter. Nichts, aber auch gar nichts will das Gericht als Beweisen gelten lassen, nicht die Beteiligung des Marineministers an den Würfelspielen, nicht die falsche Darstellung der Probeversuche von Ruggiano (an den Panzerplatten der „Terzi“) vor dem Parlament, nicht die Erfindung einer Bombe Garconi (Präsident von Genua), Vettolo und Co., nicht die politischen Mordgeleien, durch die Vettolo zum zweitenmal ins Marineministerium gelangte.

Nachdem die Urteilsbegründung so mit großer Grazie über alle schwierigen Punkte hinweggeglitten ist, singt sie ein Loblied auf Vettolos militärische Tüchtigkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit, um dann die juristische Seite der Frage zu betreten. Das Richterkollegium erklärt, in den behaupteten Anschuldigungen seien alle Elemente einer Verleumdung gegeben. Ferner handele es sich nicht um eine einmalige, sondern um eine fortgesetzte Verleumdung. Als erschwerender Umstand käme die Veröffentlichung in einer verbreiteten Tageszeitung in Betracht.

Ueber den guten Glauben Ferris sagt die Urteilsbegründung, die Glaubwürdigkeit der Behauptungen sei nicht besonders einleuchtend. Ferner habe Ferri leidetfertig die Behauptungen anderer Personen übernommen. Uebrigens wäre die subjektive Wahrscheinlichkeit der Verleumdungen nicht strafauslösend, sondern allein strafmildernd.

Was das Strafausmaß betrifft, so erklärt die Begründung, das Gericht hätte das Strafminimum angewendet mit Rücksicht auf die Motive, die nicht persönlicher Gechäftigkeit, sondern politischen Zwecken entzpringen. —

Diese Urteilsbegründung wiederholt in allen juristischen Erwägungen die Ausführungen des Staatsanwaltes. In ihrer Vertung des Beweismaterials muß sie als ungeheurer parteiisch erscheinen; gerade das Akzentwesen und eine vielverzweigte administrative Wirtschaft ist aus den Verhandlungen abfolnt klar bewiesen worden. Das konnte nur dem entgegen, der es nicht sehen wollte. Und in dieser Lage dürften sich die Richter wohl befunden haben. —

#### England.

Das Oberhaus verwarf den von Lord Creve eingebrachten Beschlußantrag, welcher die Einführung neuer Zölle in jedem einzelnen Fall an die Genehmigung des Parlaments binden wollte, und nahm den Gegenantrag der Regierung, der die Festlegung einer Richtschnur der Zollpolitik für künftige Parlamente ablehnt, mit 98 gegen 47 Stimmen an. Im Laufe der Debatte legte der Herzog von Devonshire die Gründe seines Austritts aus dem Kabinett auseinander und bekämpfte die Handelspolitik der Regierung als unbestimmt und unbefriedigend. Der Minister des Innern Marquis of Lansdowne gab die Erklärung ab, die Regierung wünsche keine Tarif-Feindseligkeiten hervorzuheben, allein wenn die Regierung nicht Vergeltungsmahnahmen als letztes Hilfsmittel ins Auge fassen könne, würde sie bei handelspolitischen Unterhandlungen ihren Stand nicht zu behaupten vermögen. —

#### Amerika.

Aus San Domingo wird gemeldet, daß ein amerikanisches Kriegsschiff die Aufständischen bei Pajarite in der Nähe von San Domingo bombardierte und danach Marine-soldaten landete. —

## Partei-Nachrichten.

„Nieder mit den Socialdemokraten“ von Wilhelm Braude ist loeben in neuer Ueberarbeitung von unsrer Parteiverlage, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben. „Nieder mit den Socialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitations-broschüren für die ländliche Bevölkerung. Braude hat die landläufigsten Vorurtheile, die gegen unsre Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Teilen“, von der „Zerstörung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unsren Gegnern kolportiert werden, werden in überzeugenden Worten zurückgewiesen. Der Einzelpreis ist 10 Pf. An Agitationskomitees, Wahlvereine und Vertrauensleute wird die Agitationsausgabe der Broschüre geliefert: 500 Exemplare für 10 Mark, 1000 Exemplare für 15 Mark, 10 000 Exemplare für 135 Mark.

Die Broschüre ist in allen Partei-Buchhandlungen, in Berlin in den Parteispeditionen und in der Buchhandlung Vorwärts zu haben und wird von den Kspporturen und Zeitungsböten besorgt.

## Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Möbelindustrie im Jahre 1903. Gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1902, das bereits die Anfänge einer wirtschaftlichen Besserung erkennen ließ, hat sich nach dem Jahresbericht der Handelskammer das Möbelgeschäft in 1903 beträchtlich gehoben.

Schon zu Beginn 1903 war in fast allen Betrieben eine regere Beschäftigung zu beobachten. Die Vorräte der Kunststoffe waren ansehnlich nur gering, und da man für den April guten Abzug und Mangel an fertiger Ware erwartete, gingen bereits im Januar größere Aufträge ein. Zu Ostern war das Geschäft sehr flott, es wurde fast ausschließlich auf Bestellung gearbeitet, und der Bedarf konnte nur mit Mühe befriedigt werden. Auf mittlerer Linie hielt sich der Abzug alsdann bis Ende August; man glaubte allgemein an ein gutes Herbstgeschäft und hielt den Betrieb mit brauchbaren Arbeitskräften, soweit solche vorhanden waren, aufrecht, um genügendes Lager anzuammeln. Von Anfang September ab trat ein großer Vegehr zu Tage, der sich täglich steigerte und im Oktober seinen Höhepunkt erreichte. Um diese Zeit herrschte regste geschäftliche Thätigkeit, und mancher Auftrag konnte nicht rechtzeitig zum verabredeten Lieferungsstermine erledigt werden. Wenn auch die Nachfrage hinterher langsam abnahm, blieb das Geschäft doch bis zum Jahreschluss befriedigend, ohne daß sich bei den Produzenten, wie dies sonst zu geschehen pflegt, größere Vorräte anhäufeten. Nicht un-beträchtliche Aufträge wurden in das neue Jahr hinübergenommen, sie sichern für die ersten Wochen ausreichende Beschäftigung.

Kamentlich hat sich der Abzug nach der Provinz gesteigert; vornehmlich kommen Rheinland und Westfalen in Betracht, infolge des Aufschwunges der dortigen Montanindustrie; aber auch die östlichen Provinzen der Monarchie und besonders Schlesien waren gute Abnehmer. Das Geschäft nach dem Königreich und der Provinz Sachsen war befriedigend.

Die Große Berliner Straßenbahn hat, wie wir schon kürzlich mittheilten, im letzten Jahre ein recht gutes Geschäft gemacht. Nach einem Anstieg aus ihrem Geschäftsbericht pro 1903, den wir heute zugeandt erhielten, belief sich im vergangenen Jahre ihre Gesamteinnahme einschließlich der auf Betriebbrechnung verbuchten Neben-erträge auf 20 521 170,15 Mark gegen 27 072 000,97 Mark im Jahre 1902 und die Gesamtausgabe auf 15 905 587,22 M. gegen 15 338 376,07 M. im Jahre 1902. Der Prozentsatz der Ausgaben gegenüber den Betriebseinnahmen beträgt 53,88 Proz. gegen 55,41 Proz. im Vorjahre. Der Reingewinn stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Jahre 1902 auf 8 244 544 M. Nach dem Vorschlage der Verwaltung soll davon bekanntlich eine Dividende von 8 Proz. auf das 85 785 000 M. betragende Aktienkapital verteilt werden.

Wie sich aus diesen Ziffern ergibt, hat die Direktion ihre Betriebskosten im Verhältnis zur Einnahme nicht unbedeutend herabgedrückt. In ihrem Bericht heißt es darüber: Der weitere prozentuale Rückgang der Betriebsausgaben ist durch die einheitliche

Betriebsführung und die damit verbundenen Ersparnisse herbeigeführt worden; die Ausgaben für Futter- und Streumaterial sind bis auf 44 700,70 M. gesunken, die Ausgaben für Unterhaltung der Accumulatoren gänzlich weggefallen. Andererseits sind die Ausgaben für die Unterhaltung des Bahnkörpers gestiegen infolge der weiter zunehmenden Verwendung des Asphalt zur Straßenspülung sowie durch Mehraufwendungen für die Unterhaltung der Oberleitung aus Anlaß umfangreicher Drahtauswechslung und für die Unterhaltung der Unterleitungsstrecken, die bei einer Ausdehnung von nur 8 Kilometer allein eine Ausgabe von 82 570,98 M. erforderte. Ebenso haben sich die Ausgaben für die Unterhaltung der Wagen nach vollständiger Durchführung des elektrischen Betriebes und nach weiterer Einstellung von 50 für den Sommer- und Winterbetrieb eingerichteten Anhängewagen vergrößert. Die Mehrausgaben sind insbesondere infolge der notwendigen Erneuerung elektrischer Ausrüstungsteile und der mit den gesteigerten Betriebsleistungen verbundenen erhöhten Abnutzung der Wagen eingetreten.

Auf den Bahnlinien der Gesellschaft wurden im Berichtsjahre 312 410 000 Personen gegen 294 800 000 Personen im Vorjahre befördert, somit im Jahre 1903 17 610 000 Personen = 5,97 Proz. mehr. Die Einnahme aus der Personenbeförderung betrug 28 888 161,72 M. gegen 27 191 805,57 M. im Jahre 1902, so daß 1 696 356,15 M. = 6,24 Proz. mehr eingenommen worden sind. Die durchschnittlich für das Wagenkilometer erzielte Einnahme stellte sich auf 41 Pf. gegen 40 Pf. im Vorjahre.

**Norddeutsche Bank, Hamburg.** Der Bruttogewinn pro 1903 beträgt, wie die Verwaltung mitteilt, 5 575 434 M. (5 488 913 M.). Die hauptsächlichsten Gewinnposten betragen auf Zinsen-Conto und Hamburger Wechsel 2 126 947 M. (1 908 144 M.), auf auswärtige Wechsel 851 826 M. (849 244 M.), auf Wertpapiere, Konfessionals- und Kommanditbeteiligungen 1 091 830 M. (1 176 914 M.), auf Provisions-Conto 1 464 222 M. (1 456 501 M.). Nach Abzug von Verwaltungskosten, Steuern etc. bleiben 4 538 403 M. (4 539 896 M.). Der am 10. März dieses Jahres stattfindende Generalversammlung soll eine Dividende von 8 1/2 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag gebracht werden.

Die Dividende fällt bekanntlich an die Diskonto-Gesellschaft, da diese im Besitz sämtlicher Anteile des sich auf 50 Millionen Mark belaufenden Kommanditkapitals ist.

**Bergwerks-Gesellschaft „Consolidation“, Schafte.** Der Aufsichtsrat der Bergwerks-Aktiengesellschaft „Consolidation“ beschloß in der gestrigen Sitzung, der für den 26. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 28 Proz. für 1903 vorzuschlagen.

**Neues Kalifornien.** Nachdem die älteren Stafturter Werte jegliche Konzessionen gegenüber den jüngeren Werken abgelehnt haben, wollen jetzt die jüngeren Werke, der „Sun- Zeitung“ zufolge, zur Bildung einer selbstständigen Organisation schreiten. Die neue Kalifornien-Bereinigung wird ihren Sitz in Hamburg oder Berlin haben. Von mehreren jüngeren Kalifornien wird geplant, einen Kampffonds anzusammeln.

Die Mineralmagnaten Transvaals haben ihre Absicht erreicht. Das englische Unterhaus hat die sogenannte „Chinesen-Ordnung“, d. h. die Erlaubnis zur Einfuhr chinesischer Kulis in Transvaal, angenommen. Der gesetzgebende Rat von Transvaal hatte schon vor längerer Zeit sich für die „Ordnung“ ausgesprochen; aber da Transvaal keine selbständige, sondern nur eine sogenannte Kronkolonie ist, stehen dessen Ordnungen unter der Kontrolle des englischen Parlaments.

In der Adreßdebatte des englischen Unterhauses stellte H. Samuel ein Amendement gegen die Chinesenverwendung. Die Verteidigung fiel dem Kolonialsekretär Lyttelton zu. Der Minister gab zu, daß der Chinesenimport unerwünscht sei. Aber das Land besitze nicht genügend schwarze Arbeiter und die Einfuhrung von Weißen werde nichts nützen, weil Weiße keine Arbeit thun, die auch von Kaffern verrichtet wird. Nun wäre es denkbar gewesen, daß aus andern Teilen Afrikas Schwarze heranzugelassen seien. Tatsächlich habe die Regierung von Transvaal durch das englische Kolonialamt, das Auswärtige Amt, ja sogar durch die deutsche Regierung in allen Teilen Afrikas nach Arbeitern suchen lassen, aber vergebens. „Wir haben nur 250 Millionen Pfund (5 Milliarden Mark) ausgegeben und große Opfer für das Land gebracht und es wäre Heuchelei (cant) und gegen die menschliche Natur, wenn wir sagen wollten, diese gigantische Anstrengung sei bloß für die Boeren gemacht worden, wenn wir unsre eignen Leute „ohne Hilfe und in der Minorität lassen wollten“.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz mit einer Majorität von 51 Stimmen angenommen. Wenn der Profit in Frage kommt, schwinden eben alle Bedenken.

Die Wirkung des kanadischen Zollzuschlages auf die deutsche Einfuhr ist aus den kanadischen Einfuhrlisten der letzten drei Monate des vorigen Jahres ersichtlich. Danach betrug die Einfuhr von Deutschland

	1902	1903
Oktober . . . . .	835 824 Dollar	609 043 Dollar
November . . . . .	655 928 „	302 186 „
Dezember . . . . .	789 504 „	353 928 „
Summa	2 280 256 Dollar	1 265 157 Dollar

Der Rückgang der deutschen Einfuhr in Kanada beträgt danach 40 Proz.

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

Die Ärzte in Leipzig halten der Ortsklasse gegenüber fest an der Forderung der grundsätzlichen Anerkennung der freien Arztwahl und eines Pauschales von 8 M. Daß der Kassenvorstand nicht daran denkt, die Kasse den Ärzten durch die freie Arztwahl bedingungslos auszuliefern, geht aus folgendem Inserat hervor, das er jetzt in Leipziger Blättern erläßt:

„Nachdem der unterzeichnete Kassenvorstand eine größere Anzahl Distriktsärzte fest angestellt hat, beabsichtigt er, nimmere die bereits früher vorgesehenen

#### ärztlichen Beratungsanstalten

einzurichten. Für diese Anstalten sucht er zum 1. April d. J. eine Anzahl erfahrene Oberärzte mit einem festen Gehalt von 8000 Mark pro Jahr unter Ausschluß der Privatpraxis, sowie die erforderlichen Assistenten mit einem Jahresgehalt von 3000 M., deren spätere Anstellung als Distriktsärzte in Aussicht genommen ist.

Reflektanten belieben ihre Bewerbungsschreiben unter Angabe von Referenzen und Befähigung etwaiger Zeugnisabschriften bis 29. d. M. an die Geschäftsstelle der unterzeichneten Orts-Krankenkasse zu richten.“

Die Leipziger Ortsklasse ist damit unfres Erachtens auf dem richtigen Wege. Sie behält mit dieser Einrichtung in Verbindung mit der Anstellung von Distriktsärzten, denen sie 6000 M. Einkommen aus Kassenpraxis garantiert, die Verfügung über die Kassenmittel und zahlt doch ärztliche Honorare, von denen kein vernünftiger Mensch behaupten kann, daß sie ungenügend sind.

Was speziell die Assistenzärzte betrifft, so ließe sich wohl noch über Zulagen nach längerer Dienstzeit reden. Die Stadt Berlin beispielsweise bezahlt die Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern erheblich schlechter. Es kommen in Berlin im ganzen 81 Assistenzärzte in Frage. Sie erhalten vorweg als sogenannte Emolumente (als Ersatz für die Naturalverpflegung) ganz gleichmäßig jeder 1000 M. jährlich. Außerdem erhalten 47 Assistenzärzte an Krankenhäusern 1020 M. Nach anderthalbjähriger

Dienstzeit bekommen sie 1200 M. In den Irrenanstalten bekommen die 28 Assistenzärzte gleich 1200 M., steigend bis zu 2400 M. Dieses Höchstgehalt von zusammen also 3800 M. ist jedoch erst nach zehnjähriger Dienstzeit zu erreichen. Ganz besonders schlecht sind aber die 6 Assistenzärzte am Kaiser- und Kaiserin Friedrich-Krankenhaus bezahlt. Es bekommen nämlich drei von ihnen 750 M. und drei gar nur 500 M., im ganzen also jährlich 2000 M.

Die „Post“ behauptet heute — und beruft sich dabei auf Vosadowsh — bei vielen Kassen erhielten die Rendanten bis 10 000 Mark, ja selbst 17 000 Mark und mehr Gehalt und die Inhaber dieser Stellen seien natürlich Socialdemokraten. Die „Post“ hütet sich, eine einzige solche Kasse zu nennen, damit es nicht so leicht wird, die Angaben als das nachzuweisen was sie sind: eine ganz unverschämte Lüge!

### Der socialdemokratische Kampf gegen die Bergewaltigung der Krankenkassen.

**Köln, den 20. Februar.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Vorstand des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln beschäftigte sich mit den Maßregeln gegen die Krankenkassen in Köln. Der Vorstand gelangte zu der einmütigen Auffassung, daß die von den Kölnischen Mitgliedern des Vereins unterhaltenen Betriebskassen, soweit sie mit derselben Anzahl Ärzte, wie vor dem Streik, Verträge abgeschlossen hatten, gegen die Verfügungen des Regierungspräsidenten die Klage beim Oberverwaltungsgericht anstrengen sollen. Der Vorstand protestierte ausdrücklich gegen die Forderung, den Widerstand gegen die Regierungsmassnahmen in der Kassenfrage als parteipolitisch hinzustellen. In dieser Frage bestehe zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern kein Gegensatz. Sie empfinden das Eingreifen der Aufsichtsbehörde als eine bedauerliche Störung der erspriechlichen gemeinsamen Tätigkeit der Kassenorgane.

### Die neue Konfektionsverordnung.

die heute im „Reichs-Anzeiger“ mit dem Datum des 17. Februar veröffentlicht wird, lautet:

Wir beordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats, auf Grund des § 151 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung unter Hinweis auf § 146 Abs. 1 Ziffer 2, § 140 Abs. 1 Ziffer 7 a. a. D., was folgt:

#### Artikel 1.

I. Der § 1 der kaiserlichen Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139, § 139b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion, vom 31. Mai 1897 (Reichsgesetzbl. S. 459) erhält folgende Fassung:

Die Bestimmungen der §§ 135 bis 139, § 139b der Gewerbe-Ordnung finden mit den aus dem folgenden sich ergebenden Abänderungen Anwendung:

1. auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Verarbeitung von Mänteln und Knabenkleidern (Möden, Hüden, Hüden, Mänteln und dergleichen) im großen erfolgt,
2. auf Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen) im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Hersteller angefertigt oder bearbeitet wird,
3. auf Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderhüte befestigt (garniert) werden,
4. auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Verarbeitung von weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt.

II. Im § 3 Abs. 1 treten an Stelle des vierten Satzes folgende Bestimmungen:

Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, wenn entweder mittags eine einunddreißigstündige Pause gewährt wird oder die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je vier Stunden nicht übersteigt.

III. Der § 6 Abs. 3 erhält folgende Fassung: Gewerbetreibende, die Arbeiterinnen über sechzehn Jahre auf Grund der vorstehenden Bestimmungen über die in § 4 Abs. 1, 2 festgesetzte Zeit hinaus beschäftigen, sind verpflichtet, an einer in die Augen fallenden Stelle der Werkstätte eine Tafel auszuhängen, auf der jeder Tag, an dem Leberarbeit stattfindet, vor Beginn der Leberarbeit einzutragen ist.

IV. Der § 8 erhält folgende Fassung: Auf Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

#### Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1904 in Kraft. Die seitgedruckten Stellen enthalten die Abänderung gegen die bisherige Begrenzung der Wirksamkeit der Verordnung. Im § 8 fällt die bisherige Ausnahme zu Gunsten der Werkstätten, in denen die Herstellung der genannten Waren nur gelegentlich erfolgt.

**Arbeiterkass in Gladstätten.** Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 42 des „Vorwärts“ enthaltenen Notiz teilt uns Genosse Georg Horn mit, daß die darin erwähnten Pfaffenblauschmähnen in der Rieburger und andern Gladstätten noch so unvollkommen sind, daß sie zur Zeit noch immer nur zu Experimenten benutzt werden und für die Produktion noch gar nicht in Betracht kommen. Auf sie darf also noch lange nicht gerechnet werden für die Verhinderung der Arbeitsübertragungen, die eine Folge der gemeinsamen Benutzung der Pfeifenmündstücke sind. Es müssen deshalb Maßregeln ergriffen werden, die auch bei der zur Zeit allein in Betracht kommenden Hand- oder vielmehr Mundarbeit die Ansteckungsgefahren bekämpfen.

Der Stadtmagistrat Würzburg wurde von der unterfränkischen Kreisregierung aufgefordert, ein Gutachten über die Notwendigkeit eines zehnstündigen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen abzugeben. Mit der Einholung von Informationen wurde ein Rechtsrat betraut, der, als richtiger Jurist, sich nicht etwa an die Arbeiterinnen selbst, die doch die zunächst Beteiligten sind, oder an den Fabrikinspektor, sondern an die — Unternehmer wendete. Selbstverständlich erklärten sich diese Herren gegen die allgemeine Einführung des zehnstündentages, der allenfalls für verheiratete Arbeiterinnen und solche, die einem selbständigen Haushalt vorstehen müssen, empfehlenswert sei, nicht aber für jugendliche Arbeiterinnen. Es wird schlankweg behauptet, daß die letzteren die durch Verkürzung der Arbeitszeit gewonnene freie Stunde nicht zur Erholung ihres Körpers verwenden würden. Der Magistrat machte sich ohne weiteres diese Unternehmeransicht zu eigen und gab sein Gutachten in diesem Sinne ab.

Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Fleischergewerbe macht der Fleischerverband (Unternehmer) mobil, indem er eine entsprechenden Denkschrift an den Beirat für Arbeiterstatistik richtet.

Die bairischen Fabrikinspektionsberichte für 1903 sind erschienen. Die preussischen Berichte erscheinen in kurzem.

## Gerichts-Zeitung.

**Reichs-Preßgesetz und preussisches Preßgesetz.** Ein bemerkenswertes Urteil fällt kürzlich die 5. Strafkammer des Berliner Landgerichts II in der Frage der öffentlichen Ausschmückung von Plakaten ohne polizeiliche Genehmigung. Das Schöffengericht zu Königs-Wusterhausen hatte unfren Parteigenossen Blankensfeld wegen Uebertretung des preussischen Preßgesetzes vom

12. Mai 1881 verurteilt, weil er im Juli 1903 ohne Vollzeiterlaubnis in mehreren Gastwirtschaften Plakate für den Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter öffentlich ausgehängt hatte. Das Schöffengericht hatte sich dabei auf eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts berufen. Das Landgericht aber verwarf mit Recht die Auffassung des Ober-Verwaltungsgerichts, daß die Bestimmung des Reichs-Preßgesetzes hier in Kraft trete, die lautet: Das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Anhängen usw. von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen zu erlassen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt. Durch diese Bestimmung werde nicht die Vorschrift des preussischen Preßgesetzes aufrecht erhalten, nach der polizeiliche Genehmigung nötig sei bei öffentlicher Ausschmückung von Plakaten, sondern lediglich festgesetzt, daß das Recht der Bundesstaaten unberührt bleibt, für die Zukunft Gesetze über diese Frage zu erlassen. Die betreffenden Bestimmungen (§§ 9 und 10) des preussischen Gesetzes sind als nicht mehr gültig zu erachten. Der Angeklagte wurde freigesprochen, Revision seitens der Staatsanwaltschaft wurde nicht eingelegt.

**Weimar, 20. Februar.** Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts fand heute die vom Reichsgericht angeordnete erneute Verhandlung gegen den früheren Ersten Bürgermeister von Eisenach Dr. v. Hewion statt, welcher von der Strafkammer in Eisenach wegen Amisgehens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt war. Der Gerichtshof erkannte heute auf Freisprechung, da dem Angeklagten in objektiver wie subjektiver Hinsicht keine Schuld zuzuschreiben sei.

## Verfammlungen.

**Eine Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Arbeiter** beschloß, vom 1. April d. J. ab die Beiträge durch Kassierer einzuziehen zu lassen. Ferner wurde in Erwägung gezogen, ob es möglich sei, zu der Arbeitslosen-Unterstützung einen Lokalausschuß von 8 M. zu wählen. Der dazu nötige Fonds soll durch Erhöhung der Beitragssumme auf 60 Pf. zusammengebracht werden. Der Vorstand wurde beauftragt, diesbezügliche Vorschläge auszuarbeiten und sie der nächsten Versammlung vorzulegen.

**Der Verein der Bauanschläger** hielt am Sonntag, 7. Februar, eine gutbesuchte Versammlung ab. Als Klassenrevisoren wurden die Kollegen Kretschmer, Wilko und Wiegand gewählt. Sodann gelangte ein Antrag von Wiegand zur Annahme, der Vorstandsmitgliedern zur Deckung eines Teiles ihrer Unkosten bei Erscheinen in den Vorstandssitzungen je 90 Pf. pro Sitzung zu vergüten, sowie dem Kassierer ein Monatsgehalt von 10 M. und dem Schriftführer eine Remuneration von 10 M. für das Jahr 1904 zu zahlen. G. S. H. verlas dann den Bericht der im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen vom Sonntag, den 10. v. Mts. Um Zwistigkeiten aus dem Wege zu gehen, wurde beschlossen, gar nicht darauf zu reagieren.

**Schöneberg.** Die am Dienstag, den 16. d. Mts., stattgefundene Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins zu Schöneberg war, vielleicht im Hinblick auf die am Donnerstag stattgefundene Volksversammlung, nicht besonders besucht. Nach einem kurzen, dem verstorbenen Genossen Rosenow gewidmeten Nachruf erörtere die Versammlung das Andenken des Toten durch Erheben von den Sihen. — Abdann ergriff Genosse E. K. H. das Wort zu seinem Vortrage: „Alkohol und Arbeiterschaft“. In der Diskussion ergriff zunächst Genosse Dr. Chajes das Wort und meinte, daß ein plötzliches Uebergehen zur völligen Abstinenz ein großer Fehler für diejenigen sein würde, welche sich an den Alkoholliberalismus gewöhnt hätten. Gerade die Angehörigen derjenigen Berufe, welche in hohen Lufttemperaturen, wie Formier, Sieber usw., arbeiten müssen, sind meistens der allerdings irigen Meinung, daß der Alkohol kräftige und erfrische. Seiner Meinung nach sei das beste Mittel zur Bekämpfung des Alkoholverbrauchs die Errichtung von Arbeiterhäusern, sogenannten Abstinenzheimen. Auch auf dem Wege der Gesegebung sei man in Norwegen zu sehr guten Erfolgen gekommen. Er versprache sich aber den größten Erfolg von der Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft. Genosse G. Hoffmann a n n tzielt an den Referenten einige Fragen, auf welche Genosse R. K. H., der Vorsitzende des Abstinenzbundes, antwortete. — Abdann ergriffte Genosse G. O. I. M. den Bericht von der Generalversammlung des Kreises. — Zur Aufnahme gelangten 20, zur Abmeldung 23 Genossen.

## Der russisch-japanische Krieg.

**Chardin, 20. Februar.** (W. L. B.) Die Eisenbahn ist fahrbar. Die Japaner, welche die Brücke über den Sungari sprengen wollten, sind hingerichtet worden. Es werden Chinesenbanden unter japanischer Führung bemerkt; die Verfolgung der Banden wurde aufgenommen. Die Bevölkerung der Stadt ist ruhig. Auf der Eisenbahn herrscht lebhafter Verkehr von Truppentransporten. Alle japanischen Arbeiter, die auf der Eisenbahnlinie beschäftigt waren, sind geflohen. Die chinesischen Arbeiter haben nach dem chinesischen Neujahr die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Russische Freiwillige.

**Petersburg, 20. Februar.** Aus Port Arthur wird von heute gemeldet: Auf Befehl des Statthalters Alexejew wird ein Freiwilligenkorps zur Verteidigung der Festung formiert. Die Freiwilligen erhalten vom Staat Waffen, Verpflegung und, wenn nötig, Bekleidung. Am Horizont zeigen sich zeitweilig noch immer feindliche Schiffe. Man nimmt an, daß die Japaner nach Port Arthur bestimmte Lebensmittel als absolute Kriegsunterhandlungen betrachten. Nach dem Besat vom 9. Februar scheinen sich die Japaner die Aufgabe zu stellen, Port Arthur durch Belagerung zur Uebergabe zu zwingen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Disciplinaruntersuchung gegen den Centrumsagrarier Dr. Heim.** München, 20. Februar. Gegen Dr. Heim ist nimmere seitens seiner vorgesetzten Behörde die Disciplinaruntersuchung eingeleitet worden.

#### Socialistische Kundgebung.

**Budapest, 20. Februar.** Heute verhielten etwa 150 Socialisten infolge einer von dem Ministerpräsidenten erlassenen Verordnung gegen socialistische Versammlungen vor dem Palais des Ministerpräsidenten eine Kundgebung zu veranstalten. Auf dem Wege dorthin wurden sie von der Polizei aufgehalten, sieben Personen wurden festgenommen und zu polizeilichen Ordnungstrafen verurteilt.

#### Russische Kampfgenossen.

**Paris, 20. Februar.** Ein Mitarbeiter der „Revue Neue“, Herr von Zensinoff, berichtet auf Grund von Informationen aus erster Quelle, daß die Behörden in der Mandchurei 300 Chinesen, aus allerlei Gesinde bestehend, zum Schutze der Bahnhöfen angeworben haben.

#### Straßenbahner-Auswand.

**Paris, 20. Februar.** In Lille beschloßen heute nacht 600 Straßenbahn-Angestellte, in den Auswand zu treten.

#### Die japanische Anleihe zweimal überzeichnet.

**Tokio, 20. Februar.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der Vorrat des Schatzamtes an altem Gold und Silber ist in der Bank von Japan als Specialreserve hinterlegt worden. Vicomte Hoshikawa ist zum Minister des Innern ernannt worden.

Reichstag.

38. Sitzung. Sonnabend, 20. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Krætzle. Die zweite Beratung der Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Rolkenbaur (Soc.): Als ich mich zum Wort meldete, hatte ich lediglich die Absicht, eine mehr lokale Angelegenheit zur Sprache zu bringen, doch muß ich nach dem gestrigen Verlauf der Debatte auf einige Bemerkungen, die nicht unumwunden bleiben dürfen, zurückkommen. Der Herr Staatssekretär hat wieder einmal recht scharf das Vorgehen der Postbehörde in den polnisch sprechenden Teilen Deutschlands verteidigt. Die Polen sollen angefangen haben mit der Chitane, und die Post ihre Pflicht, daß die Polen angefangen haben, wird der Herr Staatssekretär allerdings leicht nachweisen können, denn in jenen Gegenden wurde schon polnisch gesprochen, ehe dieselben überhaupt preussisch wurden, und wenn die Leute sich dort ihrer Muttersprache bedienen, so ist das nur selbstverständlich. Man sollte doch glauben, daß es gar kein natürlicheres Recht eines Menschen giebt als den Gebrauch seiner Muttersprache. Jeder Mensch hat dies Recht genau ebenso, wie er das Recht hat, sich seiner Nase zum Rechen zu bedienen. Es ist ganz unmöglich, eine Volkssprache ausrotten zu wollen. Sollen die Herren, welche die Politik der Regierung verteidigen, etwa glauben, daß wenn 1812 die von den Franzosen besetzten Teile Deutschlands französisch geworden wären, es gelungen wäre, hier die deutsche Sprache auszuwurzeln? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Man würde sicher heute noch in diesem Gebiete deutsch sprechen. Jeder Deutsche wird es mit Freude lesen, was Goethe schildert, wie 1770 in Strahburg noch deutsch gesprochen wurde, nachdem diese Stadt schon hundert Jahre französisch gewesen war. Ich erinnere auch an die Bestrebungen im Anfang der 60er Jahre, Teile von Schleswig-Holstein zu danisieren, die ebenfalls mißlungen. Wenn man aber nun einmal die Muttersprache eines Volkes nicht nehmen kann, so ist es durchaus unangebracht, Leute zu belästigen, weil sie eine bestimmte Sprache haben. Man kann höchstens der Regierung den Vorwurf machen, daß sie es nicht verstanden hat, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. In der Schweiz, wo in manchen Gegenden drei Sprachen gesprochen werden, kommt man sehr gut damit aus, ebenso bilden die Deutschen in Amerika deutschsprechende Kolonien, ohne im geringsten belästigt zu werden. Dazu kommt, daß die Post das denkbar ungeeignetste Institut ist, um eine Nationalität auszuwurzeln. Ihre Aufgabe ist, den Verkehr möglichst glatt zu erledigen, und sie sollte einen gewissen Stolz darauf hegen, besonders sich zu sein, um auch schwächere Adressen zu befördern. In den polnischen Gebieten aber zeigt die Post im Gegenteil eine gewisse Virtuosität im Nichtanfinden von Adressen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wenn es so schwierig wäre, Briefe mit zum Teil fremdsprachlichen Adressen zu befördern, in welcher schwieriger Lage wäre da z. B. ein New Yorker Briefträger! — Nun sucht man aber die Post aus einem Verkehreinstitut immer mehr zu einer politischen Einrichtung zu machen. Dabei kommt man zu den rückständigsten Anschauungen: Das Koalitionsrecht, das allen Arbeitern zusteht, will man den Postbeamten nicht geben. Auch aus den freisinnigen Reihen kamen gestern äußerst rückständige Ansichten zu Tage. Herr Kopisch sprach nach Herrn Stöder, von dem wir ja rückständige Ansichten gewohnt sind, gestern aber schien mir doch Herr Stöder ein Revolutionär im Vergleich zu Herrn Kopisch. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Socialdemokraten und Heiterkeit.) Denn dieser ist der Meinung, daß man nicht durch Heyen nach unten, sondern nur durch Ueberzeugung nach oben besser könne. Als ich das hörte, glaube ich mich unbedingt verhöht zu haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Das hat der Reichstag seit dem Tode Kleist-Reghows nicht gehört. Aber daß diese Aeußerung gerade von einem freisinnigen Mann, war charakteristisch und zeigte, daß Sie weiter nach rechts herüber gerückt sind, als die schlimmsten Gegner der freisinnigen Volkspartei jemals behauptet haben. Das sind die Grundsätze der Meternich und Dambach gewesen, als sie die Demagogen verfolgten und die Leute, die von unten aufsteigen wollten, löpfen ließen oder mindestens ins Zuchthaus steckten. Aber das Volk in seiner Allgemeinheit hat sich sein Recht auf den Vorklappen von 1848 erkämpft und damit jene Anschauungen vollständig begraben, die heute in der freisinnigen Volkspartei ihre fröhliche Auferstehung feiern. Danach ist auch Seiner Majestät allergetreue Opposition nicht mehr zulässig, denn jede Opposition wendet sich nach unten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber Herr Kopisch hat die Ansichten „aller seiner Parteigenossen“ hier vertreten; denn der Satz „nicht durch Heyen nach unten, sondern durch Ueberzeugung nach oben“ ist in der „Freisinnigen Zeitung“ sogar gesperrt gedruckt. Und was bedeutet denn der Begriff „Heyerei“? Der ist doch rein subjektiv. Er wird ihn wohl im Sinne der Scharfmaacher gemeint haben, im Sinne der „Hamburger Nachrichten“, der „Freisinnigen Zeitung“ und der „Post“. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Für diese ist schon Heyerei, wenn man den Leuten sagt, daß sie irgend einen Rechtsanspruch haben.

Nun wird Herr Kopisch seinen Satz vielleicht auf die Postbeamten einschränken wollen, für diese soll man „nicht durch Heyen nach unten, sondern durch Ueberzeugung nach oben wirken“. Wie hat man es denn gemacht, die Leute oben zu überzeugen. Ich erinnere an den 8. Februar 1898. Auch damals stand das Gehalt des Staatssekretärs des Reichspostamts zur Beratung. Der Reichstag bewilligte ihm statt 30 000 Mark 24 000 Mark. Der Rest würde ihm zugewilligt werden, wenn man in der Postverwaltung Zeit gefunden hätte, an die Gehälter der Unterbeamten zu denken. Das war die „Ueberzeugung“ die man nach oben verbreiten wollte. (Heiterkeit.) Auch der etwas mattere Satz (Heiterkeit bei den Socialdemokraten) des Staatssekretärs, an ein Koalitionsrecht der Beamten sei nicht zu denken, und die Ausführungen des Herrn Schrader kamen darauf hinaus, daß die Postbeamten kein Koalitionsrecht hätten, weil sie nicht unter der Gewerbe-Ordnung ständen. Aber der § 132 der Gewerbe-Ordnung hebt doch nur die Koalitionsverbote für gewerbliche Arbeiter auf! Bestehen nun solche Koalitionsverbote für die Postbeamten? Reichsgesetzlich sicher nicht! Und wenn die Postverwaltung sie durch Verordnung einführen will, so ist das eine Anfechtung gegen die Reichsgesetze, die sich eine Behörde am wenigsten zu Schulden kommen lassen sollte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei den eigenartigen Verhältnissen der Post- und Eisenbahnarbeiter würde ein Streik ja kaum Platz greifen können, weil das ganze Dienstverhältnis unter dem Beamten-gesetz steht und die Kündigungsfreien sehr lange sind. Wohl aber wäre es möglich, daß die Hilfsarbeiter von allen Rechten der Arbeiter Gebrauch machen könnten. Dagegen verweist man immer auf die Disziplin. Giebt es einen großen Betrieb, in dem sie nicht nötig wäre? Und doch müssen sich größere Werke damit abfinden, müssen trotz des Koalitionsrechts die Disziplin aufrecht erhalten. Auch die Unternehmer wissen ja dann vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Die Strafen, womit den Leuten die Ausübung des Vereinsrechts unmöglich gemacht werden soll, sind als gesetzliche nicht zu betrachten. Gesetzliche Strafen sind die Knechtung, Zuchthaus und Gefängnis, aber nicht die Entlassung. Nach einem Urteil des Bremer Landgerichts verstoßt es gegen die guten Sitten, das öffentliche Recht durch Privatvertrag aufzuheben. Gegen diese guten Sitten verstoßt die Postverwaltung beständig. Ganz wie Stumm sagt der Staatssekretär: Ich kann doch nicht mit den Organisationen verhandeln. Aber der englische Postminister thut es, ohne daß der Betrieb

darunter leidet. Das Ziel der Postverwaltung ist, möglichst hohe Ueberschüsse herauszuwirtschaften; das ist der innerste Grund, weshalb den Beamten das Koalitionsrecht vorenthalten wird. Gerade die Postbeamten stehen mit dem Publikum in unmittelbarer Berührung; sie sehen, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht haben, und es muß sie mit besonderer Bitterkeit erfüllen, daß sie, denen ein besonderer Beamtenstolz gepredigt wird, das Koalitionsrecht nicht besitzen. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, auch hoch-gestellte Beamte hätten sich als junge Leute mit einer Butterstulle als Mittagbrot begnügen müssen. Ich weiß nicht, ob der Herr Staatssekretär persönlich schon einmal in der Lage gewesen ist, bei schwerer Arbeit und größter Sparsamkeit nicht sein Mittagbrot kaufen zu können. Er würde es dann auch sehr bitter empfunden haben, sich nichts verschaffen zu können, um seinen Körper arbeitsfähig zu erhalten. Ungenügendes Essen erschwert die Pflicht-erfüllung. Der Herr Staatssekretär hat es dem Beamten übel genommen, der in Hamburg erzählt hat, daß er eine Schmalzstulle in einer abgelegenen Straße gegessen habe. Ja, ist es denn dem Beamten verboten, die Wahrheit zu sagen? Sind sie denn gezwungen zu lügen? Wenn ein Beamter sagt, was wahr ist, dann ist es unzulässig, ihn deshalb zu strafen. (Leb- hafter Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär verblüdete, daß er keine Beamten nach dem allgemeinen üblichen Sätzen bezahle. Wonach bemisst er denn die allgemeine Ueblichkeit? Er zahlt doch weniger, als Württemberg und Bayern den Postbeamten zahlen. In New York erhält der Ober-Postdirektor sechs-mal so viel, als der Briefträger. Wenn bei uns ein ähn- licher Maßstab, ein gewisser Einheitsfuß eingeführt würde für die Unterbeamten, und wenn weiter bestimmt würde, daß eine Gehalts-erhöhung auch für die höheren Beamten nur durch Er- höhung des Einheitsfußes für die Unterbeamten möglich wäre, dann würde das Verständnis für die traurige Lage der Unterbeamten sehr bald auch den höheren Beamten anhaften. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär weist darauf hin, daß sich die Leute nach Stellen in Postbetriebe drängen. Diesen Hinweis hat er bereits vorgefunden, die Herren Stephan und Fischer pflegten auch so zu reden.

Danach giebt es in der ganzen Welt überhaupt keine schlechte Bezahlung. Giebt es doch nirgends einen Unternehmer, der seine Leute so schlecht entlohnt, daß er überhaupt keine Arbeiter mehr findet. Denn bevor einer vollständig verhungert, bietet er sich zum geringsten Lohn an. Das ist ein Beweis für die schlechte wirtschaftliche Lage unres Volkes, aber kein Beweis, daß die Beamten bei der Post gut und ausreichend bezahlt werden. Ein öffentlicher Betrieb hat um so weniger das Recht, die Lot der Leute, die sich ihm zur Verfügung stellen, in solcher Weise aus- zunutzen, als diese nicht eine günstige Konjunktur, wie die löbigen Arbeiter, durch einen Streik ausnutzen können. Er muß seine Angestellten deshalb besser stellen als der Privatbetrieb seine Arbeiter, die das Koalitionsrecht haben, entlohnt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Dienst- stätigkeit über die Dienstzeit muß nach der wirklichen Dienstzeit, nicht nach der dienstplanmäßigen, aufgenommen werden, weil der Dienst- plan häufig außer acht gelassen wird. Als die Beamten einer Post- anstalt sich darüber beschwerten, daß der Dienstplan nicht eingehalten wurde, wurde der Dienstplan einfach aus der Postkarte entfernt. (Heiterkeit.) In der Statistik sollten auch nur solche Pausen als Pausen verzeichnet werden, die eine Stunde dauern. So ist es auch bei der Statistik über die Lage der Konfektionsarbeiter gehandhabt worden.

Man sollte sich daran gewöhnen, den Begriff, was Tag- und was Nachtarbeit ist, auch für Beamte nach der Gewerbe-Ordnung zu bestimmen. — Redner führt des weiteren Beschwerde, daß in Elberfeld in der Nordweststadt sich kein einziges Postamt befinde. Bis zu dem Hauptpostamt ist ein halbstündiger Weg. Daher müßte auch die vorgesehene Erweiterung des Hauptpostamts nicht. Der Verkehr in Elberfeld ist kolossal gewachsen. Das geht schon daraus hervor, daß in Elberfeld 884 000 Pakete befördert wurden, in der größeren Stadt Stettin aber nur 940 000. Besonders die Kleingewerbetreibenden im Nordwestteil Elberfelds leiden unter dem Mangel eines besonderen Postamts, sie müssen heute den weiten Weg von Berg zu Thal zum Hauptpostamt wandern. Man sollte daher aus dem Berge ein neues Postamt errichten, das wäre eine große Erleichterung für die Bevölkerung. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Jazdzewski (Pol): Die Dstmarkenzulagen sind aus- gesprochen politischer Tendenz; doch darüber sprechen wir später noch. — Der Herr Staatssekretär sprach von den Chitanen der polnischen Bevölkerung. Was ist eine Chitane? Eine Chitane ist eine böswillig herabgerufene Schwärzerei gegen die von einem andern beabsichtigte Ausführung einer Sache. Solche Chitanen werden fortgesetzt von der Post gegenüber der polnischen Bevölkerung verübt. Die Ausführungen des Herrn Rolkenbaur in Bezug auf die Behandlung der polnischen Adressen kann ich nur vollständig unter- schreiben. Nach der Postordnung sollen Briefe, die nach dem Ausland gehen, in einer Sprache adressiert werden, die am Bestimmungs- ort bekannt ist. Warum wird nun das Inland schlechter behandelt als das Ausland? Man kann doch nicht be- streiten, daß in den polnischen Provinzen überwiegend polnisch ge- sprochen wird. Nach den Bestimmungen des Weltpostvereins ist die Post auch verpflichtet, Briefe mit fremdsprachlichen Adressen zu be- fördern, sobald die Wohnung des Adressaten klar ersichtlich ist. Diese Bestimmung wird in den polnischen Provinzen fortgesetzt verletzt. In Schroda, wo ich wohne, bin ich der einzige meines Namens und habe ein eigenes Fach in der Post. Trotzdem sind Briefe an mich zuerst an das Uebersetzungsbureau nach Posen ge- schickt worden. Ich habe darüber ein reichliches Material, das ich dem Herrn Staatssekretär zur Verfügung stelle. Ein Einschreib- brief mit ganz polnischer Adresse wird in Berlin ohne weiteres auf- genommen, in Posen aber zurückgewiesen. Sind das keine Chitanen, das ist doch thöricht! (Sehr wahr! bei den Polen.) Hier sollte der Herr Staatssekretär Remedur schaffen. Aus dem Verhalten der Beamten geht aber hervor, daß geheime Erlasse bestehen, die das Abnehmen von Briefen mit polnischer Adresse mit Strafe belegen. Warum geht man nicht öffentlich vor?! Wir bemähen uns, der Post den Dienst nach Möglichkeit zu erleichtern, aber vielen Leuten dort ist es gar nicht möglich, die Ortsnamen richtig deutsch zu schreiben. Ich bitte also den Herrn Staatssekretär, daß dem Unwesen der Uebersetzungsbu- reaus endlich ein Ende gemacht wird. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Krætzle: Es handelt sich nicht darum, vereinzelte Briefe von Leuten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, zu befördern. Läge die Sache so, dann hätten sich keine Schwierigkeiten ergeben. Aber nach der Aufforderung, die 1900 in den polnischen Wäldern erging: schreibt stets die Adressen polnisch, die Post ist verpflichtet, solche Briefe zu befähigen — obwohl die Zahl der polnisch adressierten Briefe lawinenartig an, so daß die Postbeamten fast erstickten und die Arbeit nicht bewältigen konnten. (Hört! hört! rechts.) Es kommt durchaus nicht nur auf den Namen und den Bestimmungsort an. Sie wären wohl kaum damit zufrieden, wenn wir alle Briefe an die verschiedenen Schulze in Posen an den einen und bekannten Schulze schiden würden. Wir müssen daher verlangen, daß auch die näheren Bezeichnungen deutsch geschrieben werden. Von den Konfessionen wird nur die Bezeichnung „portopflichtige Dienstfahde“ deutsch geschrieben. (Heiterkeit.) Dann folgen lange polnische Litaneien. Eine große Firma wurde aufgefordert, an die Propstei um ihre Preiscourante stets in polnischer Adressierung zu senden, sonst würde sie keine Aufträge erhalten. (Hört! hört! rechts.) Es ist ein besonderes Verzeichnis zur Polonisierung bekannter deutscher Städte wie Charlottenburg, Altona usw. von den Polen herausgegeben. Wir können aber unsere Beamten nicht eine besondere polnische Geographie lernen lassen, für uns

gilt die deutsche Geographie. (Sehr richtig! rechts.) Wir kommen den Polen gern entgegen, aber durch solche Herausforderungen, durch die man die Post unter das Joch zwingen will (Widerspruch bei den Polen), werden wir uns nicht beeinflussen lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antik.) wünscht eine Erhöhung des Wohnungsgeld- zuzusches der Postbeamten. Die Dstmarken-Zulage wertverste ich, wenn sie widerrufen gegeben werden soll. Statt der Gratifikationen an einzelne Gruppen wäre eine Gehaltsaufbesserung aller Postbeamten am Plage. In Bezug auf das Verhalten zu den Wünschen der Beamenschaft stelle ich mich auf den Standpunkt des verehrten Kollegen Kopisch: Nicht Heye nach unten, sondern Ueberzeugung nach oben. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Erzberger (C.): Ein Wort zu der gestrigen Debatte zwischen den Herren v. Gerlach und Kopisch. Wenn die männliche und weibliche Linie des Freisinn eine Ertrator aufzuführen, so wird deshalb das Centrum seinen roten Kopf bekommen. Und sollte es gar zur Scheidung kommen, so würde die weibliche Linie ja sofort Aufnahme finden in den Uebe- vollen Armen der Herren Singer und Bebel (Heiterkeit im Centrum), Unruhe bei den Soc.). Das Schlagwort von der Einigkeit des Liberalismus wird durch diesen Streit jedenfalls wunderbar beleuchtet. — Herr Singer hat behauptet, daß das Centrum erst in der letzten Zeit für die Postbeamten eingetrete, und hat sich damit in Widerspruch gesetzt zu seiner eignen Aeußerung vom 28. Februar vor J. Damals war er so objektiv arguerkennbar, daß auch andre Parteien für die Koalitionsfreiheit der Unterbeamten seit jeher eingetrete seien. Ihm wird auch nicht unbekannt sein, daß besonders die bairische Fraktion sich stets der Koalitionsfreiheit dieser Beamten entschieden angenommen hat. Wenn wir aber in Süd- deutschland die Beamten aufforderten, sich zu organisieren, dann sind wir gerade in der socialdemokratischen Presse angegriffen worden. (Hört! hört! im Centrum. Zuruf des Abg. Hildenbrand [Soc.].) Es handelt sich dabei nicht um eine konfessionelle Vereinigung, Herr Kollege Hildenbrand! In der Sache selbst sind wir mit Herrn Singer also einverstanden. Wenn der Staatssekretär zugab, daß die Postbehörde mit den süddeutschen Vereinen viel besser ausgekommen wäre als mit den norddeutschen, so mag er sich doch einmal die Frage vorlegen, ob das wirklich nur an dem Ver- halten der Postbeamten gelegen hat. Vielleicht liegt es doch an dem mangelnden Ent- gegenkommen der Behörden in Norddeutschland. Der Staatssekretär sollte einer Verbindung der einzelnen Vereine, einem Verbande über das ganze Reich, nicht länger feindlich gegen- überstehen. Redner fragt an, ob die Postassistenten, die seiner Zeit ihr Ehrenwort gegeben haben, dem Verbande nicht beizutreten, jetzt nach Friedensschluß von diesem entbunden seien.

Zur Sonntagsruhe übergehend, frage ich an, wie es mit den 28 Proz. der Beamten steht, die nach der Erklärung des Staats- sekretärs nicht einmal jeden vierten Sonntag frei haben. Vielleicht, zum Beispiel in Dortmund, müssen Beamte am Sonntag wegen 1—2 Minuten Arbeitszeit sieben Stunden auf dem Amt sein. Die Resolutionen des Centrums sind leicht durchführbar. Dem Abänderungsantrag der Nationalliberalen kann ich persönlich zustimmen. Wir hoffen, daß alle Vorgesetzten ihr sociales Gewissen schärfen und den Unterbeamten die Feier des Sonntags möglichst wenig verkürzen.

Die Wohnungen für Unterbeamte sind vielfach zu klein, das Reich hat in den letzten Jahren die Mieten erhöht (Hört! hört! im Centrum und bei den Socialdemokraten); es ist dringend notwendig, den Wohnungsgeldzuschuß zu erhöhen.

Abg. Metzger (Soc.) führt Beschwerde darüber, daß in Finke- werder bei Hamburg eine Postagentur in ein Wirtshaus verlegt worden ist. Für viele Leute bedeutet infolge dessen bei ihrer wirt- schaftlichen Abhängigkeit ein Gang zur Post zugleich einen Gang ins Wirtshaus. Der Herr Staatssekretär sollte die Ober-Postdirektion beauftragen, die Sache in anderer Weise den Wünschen der dortigen Ver- öffentlichung entsprechend zu regeln. Weiter wird Beschwerde darüber ge- führt, daß man Finkewerder das Telegraphenamt genommen und statt dessen eine Fernsprechstelle eingerichtet hat, die bereits um 6 Uhr geschlossen wird. Ich hoffe, es wird nur dieser Antrag be- dürfen, um den Herrn Staatssekretär zu veranlassen, auch diese An- gelegenheit gründlich zu untersuchen. (Bravo! bei den Social- demokraten.)

Abg. Kröfel (Ant.) beklagt sich darüber, daß in Leipzig zu Gunsten der Großindustriellen eine dreimalige Schalteröffnung am Sonntag eingeführt sei. Redner tritt des weiteren für eine Auf- besserung der höheren Postbeamten ein.

Abg. Schmeichardt (Süd. Dp.) bekräftigt die Resolution Erz- berger auf Vortofreiheit der Soldatensendungen.

Abg. Dr. Posthoff (fr. Dp.): Auf die Angriffe des Herrn Kopisch gegen meinen Freund v. Gerlach will ich nicht eingehen. Herr v. Gerlach wird ja vielleicht selbst Gelegenheit haben, diese Angriffe zurückzuweisen, und ich habe das Zutragen, daß er das in genügender Ruhe verstehen wird. (Unruhe links. Zuruf bei der freis. Volkspartei: Na, na!) Ich möchte aber doch meinem lebhaften Bedauern Ausdruck geben über die Angriffe des Abg. Kopisch und über den Ton, dessen er sich bediente. (Zuruf bei der freisinnigen Volkspartei: Brömel im Abgeordneten- hauses!) Damit wird dem Liberalismus und dem Ziele, eine Einigung und Kräftigung des Liberalismus für die Zukunft vor- zubereiten, gewiß kein Dienst geleistet. Es gäbe doch für einen frei- sinnigen Reichstags-Abgeordneten wohl höhere Ziele, als das ohnehin schon so kleine Pflänzlein der bürgerlichen Linken durch solche gewiß nicht notwendigen Angriffe noch weiter zu schwächen und dadurch auf der rechten Seite des Hauses Weisfall und Schadenfreude zu erregen. (Zustimmung b. d. freisinnigen Vereinigung.)

Die Postbeamten in Waldeck sind besonders ungünstig gestellt. Sie müssen mehr Steuern zahlen als ihre preussischen Kollegen und werden sogar zu Wegebaulasten herangezogen. Auch die Volksschule ist in Waldeck nicht frei. Natürlich können die Gehälter in Waldeck nicht höher bemessen werden als in anderen Deutschland, aber man sollte ihnen auf dem Verwaltungswege eine Entschädigung in Form von Teuerungszulagen usw. gewähren.

Staatssekretär Krætzle: Die vorgebrachten Wünsche sollen ge- prüft werden. Stellt sich etwas Ungeschicktes heraus, so wird Abhilfe gesucht werden. — Die Frage des Zeitungstarifs ist seiner Zeit bis ins kleinste geprüft worden, noch im letzten Moment sind die Gebühren ermäßigt worden. Den Sonntagsdienst bemähen wir uns nach Möglichkeit einzuschränken.

Abg. v. Gerlach (Dsp. d. fr. Dp.):

Ich bin mit dem Herrn Abg. Kopisch vollkommen eines Sinnes darin, daß es nicht erfreulich ist, wenn die Zeit dieses hohen Hauses in Anspruch genommen werden muß, um Vorkonfessionen fortzusetzen und persönliche Reibereien auszufechten. Gerade deshalb hatte ich die vorübergehende Erwähnung der „Freisinnigen Zeitung“ in eine möglichst harmlose Form gekleidet, indem ich von „einem liberalen Blatte“ sprach. Aber diese nebenfällige Erwähnung eines liberalen Blattes — ich sprach nicht einmal von einem „freisinnigen“ Blatte (Lachen rechts) — bot Herrn Kopisch die willkommenen Gelegenheit, um, wie man sagt, vom Leder zu ziehen. (Heiterkeit.) Ich fand in seinen Ausführungen lediglich ein etwas komisches Moment, insofern als er sich die erdenklichste Mühe gab, zu schütteln und zu schütteln, bis ihm der Herr Präsident das Weitergeschütteln untersagte.

Daß Herr Erzberger sich bei diesem Streite als tertius gaudens aufspielte, kann ich ihm absolut nicht verdenken. Das Charakteristische aber war, daß während der Ausführungen des Abg. Kopisch gegen mich eine Jubelstimmung auf der rechten Seite herrschte, daß das ausgesprochen wurde, was ihnen auf dem Herzen lag. Selbst bei den Rednern der Rechten herrscht dort solche Stimmung fast nie.

(Abg. Kopsch: Bei Liebermann von Sonnenberg neulich auch.) Das zeigt, wenn mit solchen Angriffen gedient wird. Die Ausdrucksweise vom „hegen nach unten“ ist ja auch die der Rechten. (Sehr richtig! links.) Hat man dem Abg. Kopsch in der Frage nach dem „hegen“ vor- geworfen? (Lebhafte Zustimmung rechts; Heiterkeit links.) Die liebenswürdige Art und Weise, in der Herr Kopsch Liebermann v. Sonnenberg zitierte, geht wohl aus derselben Stimmung hervor, die jetzt bei seinen Parteigenossen im Wahlkreise Eschwege-Schmallalden zu herrschen scheint. Das ist ein Zeichen der Zeit. Die Gegenwartspolitik seiner engeren Freunde ist in dieser Beziehung viel interessanter als meine Vergangenheit. (Große Heiterkeit, Zustimmung links.) Der Artikel der „Berliner Zeitung“ erschien zu einer Zeit, wo ich noch nichts mit ihr zu thun hatte. Ich hatte also keine Klame für mich gemacht. Bei den Bemerkungen über die Werteschilderung der Redakteure hat ja Abg. Kopsch wohl nicht an sich gedacht; er ist ja kein Redakteur. Aber sonst würde er im Wettstreit des Selbstbewußtseins weitens als erster am Ziel anlangen. Er hat ja vor wenigen Tagen in einer Verammlung gesagt, er würde den Zeitungen die angebliche entstellte Wiedergabe seiner Reden verbieten. „Ich werde meine Reden als mein geistiges Eigentum erklären“ (Stürmische Heiterkeit rechts und bei den Sozialdemokraten) „und ich will den sehen, der mir mein geistiges Eigentum nimmt.“ (Wiederholte stürmische Heiterkeit. Abg. Hermes: Hat Abg. Kopsch nie gesagt!) Doch wohl, Herr Abg. Hermes! ich habe zwei Zeugen hier, die bereit sind, es eiblich zu erhärten. Seit den Zeiten des Demosthenes bis etwa auf Bismarck und Chamberlain hat man keine derartige Inanspruchnahme des geistigen Eigentums erlebt, wie sie hier erfolgt ist. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Jeder schämt sich eben so hoch, wie er sich schämen muß.

Um nun von unten nach oben zu gehen, eine möglichst kurze Erwiderung auf die Worte des Staatssekretärs. (Heiterkeit.) Er sagte, wenn er isoliert sei, so sei er glücklicherweise wenigstens nicht in meiner Gesellschaft. (Sehr richtig! rechts.) Ich werde mich umso leichter mit dieser Thatsache abfinden können, als ich mich in sehr guter Gesellschaft befinde, in der Gesellschaft eines sehr großen Teils seiner Beamten und Unterbeamten, deren Vertrauen mich tröstet wird. (Heiterkeit.) Die Forderung der Unterbeamten, einen allgemeinen Verband begründen zu dürfen, ist noch von keinem Redner in diesem Hause genehmigt worden. Diese Einmütigkeit müßte doch den Staatssekretär veranlassen, den Verband wieder erheben zu lassen. Er existierte bekanntlich nur von 1898-99 und wurde dann aufgelöst, weil der Vor- sitzende ein angelegentlich unpassendes Schreiben an die Oberpostdirektion in Braunschweig gerichtet hat. Dabei hatte der Verband vom Stand- punkte der Postverwaltung die aller erzielbarsten Ziele: Pflege der Königstreue, Vaterlandsliebe, Selligkeit und Bildung. Das Einzige, was vielleicht bedenklich erscheinen könnte, ist die Bil- dung. (Heiterkeit.) Solange die Kardinalforderung des un- beschränkten Organisations-, Vereins- und Versammlungsrechtes der Postbeamten nicht erfüllt ist, solange werden wir mit unser Kritik nicht aufhören. (Bravo! links.)

Abg. von Staudy (kon.): Herr v. Gerlach stellte es so dar, als wären wir mit einem großen Teil seiner Ausführungen einverstanden. Das ist durchaus nicht der Fall. (Lebh. Zustimmung rechts.) Fast bei jedem Ihrer Gedanken (zum Abg. v. Gerlach) stehen wir Ihnen direkt entgegen. Insbesondere widerspreche ich nicht nur im Namen der deutschkonservativen Partei, sondern auch im Namen der deutschen Reichspartei der Forderung, daß den Post- beamten das volle Koalitions- und Ver- sammlungsrecht gegeben werden müsse. Wir stehen ganz im Gegensatz dazu auf dem Standpunkte, den früher Staatssekretär von Bobielski hier klar ausgesprochen hat. Wir hoffen von dem gegenwärtigen Staatssekretär dasselbe. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

Meine Worte haben sich nicht gegen die Mitglieder der Frei- sinnigen Vereinigung sondern ausschließlich gegen den nationalsozialen Herrn v. Gerlach gerichtet. Nach wie vor werden wir mit den befreundeten Herren von der freisinnigen Vereinigung zusammenarbeiten, wo gemeinsame Interessen vorliegen. — Dem Sage: „nicht hegen nach unten, sondern überzeugen nach oben“ hat Herr Rolfenbueh eine ganz falsche Auslegung gegeben. Unter hegen verstehe ich lediglich das Erregen der Leidens- schaften in demagogischer Weise, und die Ueberzeugung nach oben bezog sich lediglich auf unser Wirken im Parlament. Der Hinweis auf 1848 ist ganz verfehlt, denn 1848 hatten wir noch kein Parlament. Das Interesse des Gesamtliberalismus liegt uns ebenso am Herzen wie Herrn Dr. Posthoff, aber gerade deshalb mußte ich gewisse Be- strebungen ablehnen, die mit dem Wesen und dem Ansehen des bisherigen Liberalismus nichts gemein haben. (Sehr richtig! bei der freisinnigen Volkspartei.) Redner erinnert an die gegen Raumam gerichteten Ausführungen des Abg. Brömel am 9. Februar 1904 im Abgeordnetenhaus. Ich habe Herrn v. Gerlach nicht entfernt so stark abgelehnt, wie Herr Brömel den Herr v. Gerlach. Herr v. Gerlach hat mich an die Debatten über Traktaten erinnert. Das Auftreten der Kon- servativen im preussischen Landtage ist ja nicht übermäßig konziliant gegen uns, aber ich konstatiere, daß gegen mich ein ähnlicher Vorwurf, wie ich ihn gegen Herrn v. Gerlach erhoben habe, von den Konservativen nicht laut geworden ist, weil meine Worte nicht dazu an- gehen waren, eine derartige Bezeichnung wie „hegen“ auf sie anzuwenden. Meine Selbsthilfe gegenüber Berliner Blättern, die Zerrbilder meiner Reden nach ihrer Tendenz gaben, war notwendig. Nicht, daß ich das Wort „abschlitteln“ so oft gebrauchte, war komisch, sondern daß diese Manipulation von so verschiedenen Parteien Herrn v. Gerlach gegenüber Platz greifen mußte. Seine Wandlungen erinnern an den Vers von Goethe: „Januar, Februar, März — Du bist mein Herz; Juni, Juli, August — mir ist nichts mehr behütet.“ (Heiterkeit.) Die Wintermonate will Herr v. Ger- lach bei den freisinnigen Parteien zubringen. Eine so große poli- tische Wandlungsfähigkeit hat schon Bamberger in prophetischen Worten gekennzeichnet. Jedenfalls wollen wir Herrn v. Gerlach bei seiner Durcheinander zur Sozialdemokratie (Stürmische Unterbrechung und lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) nicht lange aufhalten. Glänzliche Reise! (Lebhafte Beifall rechts und bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Mommsen (fr. Sp.): Bis hierher konnten wir es unfremd Hospitanten und Freunde v. Gerlach überlassen, sich zu wehren. Aber auf diese Rede des Herrn Kopsch muß ich namens meiner politischen Freunde kurz erklären, daß wir uns nicht für irgendwelche Präferenzen verantwortlich machen lassen, ich lehne es deshalb ab, mich über den Inhalt des betreffenden Gedichtes zu äußern. Auch unfre Kollegen Brömel Erklärung hat sich nur auf dieses Gedicht bezogen. Bei seinen Ausführungen über den Postunterbeamten-Verband war jedenfalls Herr v. Gerlach nicht nur in vollkommener Uebereinstimmung mit uns, sondern auch mit dem Centrum. Nicht Koalitionsrecht für die Beamten, wohl aber freies Vereins- und Versam- lungrecht fordern wir und wir lassen uns keine andre Forderung unterziehen.

Abg. v. Gerlach: Herr Kopsch behauptete, er hätte sich nur gegen mich gewandt, aber mit der Fraktion der freisinnigen Vereinigung ständen seine Parteigenossen in besten Beziehungen. Nun, es trägt jedenfalls nicht dazu bei, diese guten Beziehungen zu fördern, wenn in jeder Nummer der „freisinnigen Zeitung“ ein so hervorragendes Mitglied unserer Partei wie Herr Dr. Warth in schmählichster Weise angegriffen wird. Herr Kopsch schloß, und damit hatte er wieder den Beifall der Rechten, mit der Bemerkung: „Glänzliche Reise zur Sozialdemokratie!“ Es scheint ja jetzt sein Hauptbestreben zu sein, den Beifall der Rechten zu erringen. Uebrigens ist diese Verhörung keineswegs sein geistiges Eigentum. (Große Heiterkeit.) Er hat sie außerordentlich oft von Agitatoren des Bundes der Land- wirte gehört, soweit sie unterhalb der zweiten Güte standen.

Mit solchen wohlgezielten Verhörungen kann man allerdings nur den Beifall solch bescheiden anspruchsvoller Gemüter erregen (Heiter- keit), wie sie die Agitatoren des Bundes der Landwirte vor sich haben. Herr Kopsch hat von „Zerrbildern“ in meiner Zeitung ge- sprochen. Die sehr interessante Verhörung vom „geistigen Eigentum“ hat er jedenfalls nicht bestritten. Sollte mein Blatt einmal auch ein Zerrbild gebracht haben, so würde es sich damit nur als außerordentlich gelehrige Schülerin der „Frei- sinnigen Zeitung“ erwiesen haben. (Sehr richtig! bei der freisinnigen Vereinigung.) Wenn Herr Kopsch mich mit Antonius ver- gleichen hat, so bemerke ich, daß ich bisher noch nicht Antonius gehabt habe, die Worte, mit denen Antonius seine Rede schloß, ihm gegen- über anzuwenden. (Große Heiterkeit.) Ich habe bereits erklärt, daß die Abschüttelungsversuche des Herrn Kopsch überflüssig waren, da ich mit meinen sozialen Anschauungen keinen Anlaß hatte, mich auf einen Baum zu setzen, auf dem so unsoziale Früchte wachsen. (Heiterkeit.) — Herr Kopsch hat wieder meine politische Vergangenheit erwähnt. Mein Ausschluß vom Bunde der Landwirte ist erfolgt, weil ich den Gegensatz zwischen Klein- und Großgrundbesitz zu sehr betont habe. Ueber diese Begründung kann ich mich nur freuen. Hätte übrigens der liberale Herr Kopsch es lieber gesehen, wenn ich in den alten Anschauungen geblieben wäre? — Herr Liebermann v. Sonnenberg hat seiner Zeit ein Verschen gegen mich zitiert, das auf die Verderbung meiner politischen Ueberzeugung Bezug nahm. Wir ist auch ein Vers zu- gegen, ein Vers von Goethe:

Die durch Irrtum zur Wahrheit reifen,  
Das sind die Weisen;  
Die im Irrtum verharren,  
Das sind die Narren. (Große Heiterkeit.)

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. v. Jagdewski (Pole) schließt die Diskussion. Der Titel „Staatssekretär“ wird beivilligt und sämtliche dazu vorliegenden Resolutionen angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Mündlicher Bericht der Ge- schäftsordnungs-Kommission über Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. Krösel (Antik.), Finsangel (C.), Gerstenberger (C.), Nest des Postkass. Etat des Reichs-Eisenbahnamtes.

Schluß 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Sonnabend, 20. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller.  
Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbe- verwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Staatskommissariat bei der Berliner Börse“.

Abg. Brömel (fr. Sp.): Freiherr v. Zedlitz hat „durch seine geistreiche Rede bewiesen, daß er vernünftiger Belehrung doch zugänglich ist. Er hat eingesehen, daß der panikartige Kurosturz an der Berliner Börse beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges durch die Besetzung der Börsen-Gesetzgebung hervor- gerufen ist. Von den Nachteilen dieser Gesetzgebung werden weniger die großen als gerade die mittleren und kleineren Banken getroffen. Daß der Börsenstempel herabgesetzt werden muß, wird selbst in den Kreisen anerkannt. Die „Königliche Zeitung“ hat sich das Verdienst erworben, die Börsenreform als eine nationale Aufgabe zu charakterisieren. Der Handelsminister sollte seinen Stand- punkt der Passivität aufgeben. (Bravo! links.)

Abg. Hund (fr. Sp.): Auch meine politischen Freunde sind von der Antwort des Ministers keineswegs befriedigt. Die Art, wie er gestern diese für unser wirtschaftliches Leben so bedeutungsvolle Sache behandelt hat, scheint mir der Sache wenig zu entsprechen. Der Minister sprach von einer „Reparatur“ von Treu und Glauben im Geschäftsleben. Aber nicht Treu und Glauben bedürfen einer Reparatur, sondern diese Gesetzgebung, die die unläuternden Elemente geradezu an die Oberfläche gelockt hat. Der Minister hat gesagt, daß eine Wiederzulassung des Terminhandels nicht zu gewärtigen sei. Das ist der springende Punkt der Sache. Der Minister hat die Pflicht, den Gründen der Börsen- panik eingehend nachzuforschen.

Der Reichstag ist ja, wie ich zugebe, einer Reform einer Börsen- gesetzgebung nicht allzu günstig gesinnt. Mögen die Herren von der nationalliberalen Partei hier im Abgeordnetenhaus auf ihre Freunde im Reichstag dahin einwirken, daß diese für eine etwas schärfere Art der Reformierung eintreten. Fast alles, was gestern Herr v. Zedlitz gesagt hat, hat auf mich den Eindruck großer Sach- funde und Vornehmheit gemacht. Nur der Forderung des Herrn v. Zedlitz, daß der Differenzienstand für Perionen mit nicht über 5000 M. Einkommen bestehen bleiben solle, muß ich wider- sprechen. Dadurch würde keine gründliche Sanierung herbeigeführt. (Beifall links.)

Abg. v. Cinnern (nat.): Wenn nach den Erklärungen des Ministers die Börsennotelle die wichtigste Frage, die Aufhebung des Verbots des Terminhandels, ungerührt läßt, so werden die klugen Leute von der Notelle überhaupt nichts mehr erwarten und sich danach einrichten. Wie bei der Kanal- vorlage, so weicht auch hier die Regierung von den Agrariern mutig zurück. Ich erinnere an die börsenfeindlichen Äußerungen des Grafen Reventlow und des Dr. Zahn im Circus Busch. Der jetzige Zustand hindert die deutschen Kapitalisten, ihr Geld im Inland anzulegen, und führt viele Millionen dem Ausland zu. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Die Schwächung der kleinen Bankiers ist keine Folge des Börsengesetzes, sondern ein Symptom unrer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Herren weisen auf darauf hin, daß es der Regierung bei der jetzigen Gesetzgebung sehr schwer sei, Geld für Anleihen zu beschaffen. Aber hat etwa 1896 die Börse ihre Aufgabe erfüllt? Nein, damals verlagte sie vollständig. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir werden die Vorlage der Regierung ver- weifen. Eine Parteisache machen wir daraus nicht. Das Verbot des Terminhandels für Getreide hat nach unrer Ansicht einen vöthlichen Einfluss gehabt. (Sehr richtig! rechts.) Bezüglich des Terminhandels mit andern Werten erwaarten wir den Beweis des Gegenteils. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (fl.): Auch wir machen aus dieser Frage keine Parteifrage. Alle meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß das Verbot des Terminhandels für Getreide außerordentlich günstig gewirkt hat und unbedingt aufrecht erhalten werden muß. Auch das Verbot des Terminhandels in Montanpapieren hat die Spekulation eingeschränkt. Die Ausführungen des Ministers über die Börsennotelle haben meine volle Zustimmung gefunden. Die Herren der Linken schieben die Panik beim Ausbruch des Krieges auf das Börsengesetz. Aber bei jedem Ausbruch eines Krieges hat es eine Panik gegeben. Wenn die kleinen Bankiers in der Provinz durch das Börsengesetz an-leid- sinnigen Spekulationen gehindert worden sind, so ist das eine sehr segens- reiche Folge des Börsengesetzes gewesen. Ich kann dem Minister nur danken, daß er hier in vorsichtiger Weise einwirken will. Ich wundere mich, daß die Herren von der Linken das demokratische Prinzip so wenig anerkennen und vom Minister ein Vorgehen gegen den Willen der Mehrheit verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Febr. v. Zedlitz (fl.): Auch ich halte das Verbot des Terminhandels für Getreide für sehr nützlich und wünsche seine Aufrechterhaltung. Eine Aufhebung des Verbots des Terminhandels für Montanwerte würde gewiß keines- wegs alle Missethände an der Börse beseitigen. Der Kurosturz am 8. und 9. Februar war zweifellos ein Zeichen der Schwäche, unter der die Börse heute leidet. Man darf aber den Verkehr doch nur aus triftigen Gründen einschränken. Ich bestreite rundweg die Be- hauptung des Dr. Arendt, daß das Verbot des Terminhandels in Montanwerten die Spekulation eingeschränkt habe. Nach dem Aus- weise des hiesigen Kassenvereins hat die Spekulation in Montan- und Industripapieren sich in diesem Jahre sogar um das Zweifelhundert- fache vermehrt! Heute hat das Großkapital das Monopol für die Spekulation in Industripapieren. Die Zahl der kleinen Bankiers ist rapide zurückgegangen. Alle diese Missethände heißen dringend eine Reform der Börsengesetzgebung.

Abg. Herold (C.) erklärt, daß seine politischen Freunde nach- weisbar grundsätzlich auf dem Boden des Börsengesetzes ständen.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen.

Der Titel wird beivilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichts- wesen“ erwidert auf Anregungen der Abgeordneten Bachmann (nat.) und von Hagen (C.) ein

Regierungskommissar, wenn es zu einer allgemeinen Gehalts- aufbesserung der Beamten komme, sollen die Navigationslehrer dabei besonders berücksichtigt werden.

Abg. Hund (fr. Sp.) wünscht die Errichtung einer Vaugewerks- schule und einer Maschinenbauerschule in Frankfurt a. M.

Minister Müller: Ich erlaube an, daß das Bedürfnis nach Vau- gewerkschulen noch nicht voll befriedigt ist, und daß wir über kurz oder lang dazu kommen müssen, eine neue Vaugewerkschule zu er- richten. Nun erheben aber Trier und Düsseldorf denselben Anspruch wie Frankfurt. Für Maschinenbauerschulen ist nicht in demselben Maße ein Bedürfnis vorhanden wie für Vaugewerkschulen. Nichtsdestoweniger erlaube ich es als einen Mißstand an, daß in der ganzen Provinz Hesse-Nassau keine Maschinenbauerschule existiert. Ebenso wie Frank- furt betreiben sich eine Reihe anderer Orte der Provinz, wie Fulda und Hersfeld, in dringender Weise um eine Maschinenbauerschule. Es spricht mancherlei dafür, daß wir bei Errichtung einer Vaugewerks- schule zu einer Großstadt greifen. Bei den Maschinenbauerschulen kommt es weniger darauf an, daß sie in einer Großstadt errichtet werden, als vielmehr auf die Nähe großer Industrien.

Abg. Böhlendorff (L.) wünscht, daß die Behörden bei kleineren Submissionen nicht immer das billigste Angebot bevorzugen, sondern mehr nach der Preiswürdigkeit sehen möchten.

Minister Müller: Manches erklärt sich hier aus der Furcht der Behörden, überteuert zu werden. Die Behörden sind naturgemäß nicht bezüglich der Lieferung sachverständig. Mein Bestreben geht dahin, daß die Lieferungen möglichst nach sachverständiger Schätzung der Angebote vergeben werden.

Abg. Schaffner (nat.) fordert weiteren Ausbau des obligatorischen Fortbildungsschulwesens.

Minister Müller: Wir haben auf diesem Gebiete schon be- deutende Fortschritte gemacht. In diesem Etat sind 400 000 M. mehr als im Vorjahre eingestellt als Zuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen. Ich erkenne an, daß die Fortbildungsschulen in noch höherem Maße obligatorisch werden müssen. Aber man kann das nicht plötzlich für das ganze Land durchführen. Zahlreiche große Städte ermangeln noch der obliga- torischen Fortbildungsschulen, und doch ist es gerade in ihnen besonders wichtig, daß die jungen Leute vom abendlichen Wirtshaus- besuch abgehalten werden.

Abg. Lotichius (nat.) hofft, daß im nächsten Etat noch höhere Mittel für die Fortbildungsschulen eingestellt werden. Das Ziel meine sein, daß das gewerbliche Fortbildungsschulwesen auf der Basis eines Gesetzes für die ganze Monarchie geregelt werde.

Minister Müller weist darauf hin, daß zur Ausbildung der Lehrer an Fortbildungsschulen in Berlin regelmäßige Kurse eingerichtet worden sind.

Abg. Hund (fr. Sp.): In Frankfurt am Main ist nicht nur für die männlichen Schüler, sondern auch für die in Handel und Gewerbe beschäftigten Mädchen der obligatorische Fortbildungs- schulunterricht eingeführt. Wir sind also den Anforderungen des Ministers durchaus nachgekommen. Es dürfte nun auch ein höherer Zuschuß für das Fortbildungs-Schulwesen der Stadt Frankfurt als der bisherige Zuschuß von 25 000 M. angebracht sein. Frankfurt giebt für sein Schulwesen ganz außergewöhnlich hohe Summen aus.

Minister Müller: Wenn Sie die 400 000 M. mehr bewilligen, so werden wir auch der Stadt Frankfurt den erforderlichen Zuschuß bewilligen.

Abg. Ernst (fr. Sp.) schließt sich dem Wunsch auf Landesgesetz- liche Regelung des obligatorischen Fortbildungsschulwesens an.

Abg. Dr. Jzoid (fr. Sp.) hofft, daß die Schwierigkeiten, die in Berlin der Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulen entgegenstehen, bald überwunden sein werden, und wünscht staatliche Unterstüzungen auch für die Haushaltungsschulen.

Minister Müller hofft, daß Berlin mit der Zeit zur Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen komme.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Koch in diesem Jahre wird eine Vorlage an die Berliner Stadtverordneten-Versammlung kommen, um das obligatorische Fortbildungsschulwesen zu regeln. Gerade in Berlin macht das besondere Schwierigkeiten. Aber auch hier wird sich das Berliner Bürgertum an Opferwilligkeit von niemand übertreffen lassen.

Abg. Fischel (fr. Sp.): Gegen die Handwerkskammern hat sich im Regierungsbezirk Weimars eine lebhafte Bewegung entwickelt. Der Mittelstand sieht immer mehr die Erfolglosigkeit der von der Rechten betriebenen „Mittelstandspolitik“ ein.

Abg. Wolgast-Kiel (Hsp. d. fr. Sp.) begründet einen Antrag seiner Parteifreunde, die Staatsregierung zu ersuchen, in jeder Provinz Meisterkurse einzurichten und Ausstellungen von im Klein- gewerbe verwendbaren Maschinen und Werkzeugen zu veranstalten. Redner wünscht die Unterstüzung der Meisterkurse durch die Handwerks- kammern auch dann, wenn diese Kurse nur ein Gewerbe umfassen. Es komme nicht so sehr auf die Meisterprüfung an, als darauf, daß wirklich ein Meister aus den Krufen hervorgehe.

Handelsminister Müller will eine Erhöhung der jetzt 100 000 M. betragenden Unterstüzung für Veranstaltungen der Handelskammern eintreten lassen.

Abg. Arendt (fl.) wünscht eine Vermehrung der sogenannten Arbeitersekretariate, damit den von der Sozialdemokratie eingerichteten Instituten das Wasser abgegraben wird.

Handelsminister Müller erwidert: Gerade die Erhöhung, die Rechtsberatung von Arbeitern unabhängig von Parteizwecken zu ge- stalten, habe ich zur Einsetzung dieses Titels in den Etat bewogen. Er werde sich bemühen, den Fonds zu vermehren, da das Bedürfnis nach Rechtsberatung bei den unbemittelten Bevölkerungsklassen in- folge der Vielfältigkeit der sozialen Gesetzgebung stetig wächst.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) tritt für Verringerung der Arbeiter der Königlich Porzellanmanufaktur ein, besonders für stärkere Urlaubsgewährung.

Ein Regierungskommissar sagt wohlwollende Verständigung des letzten Wunsches zu.

Beim Extra-Ordinarium wird der vom Abgeordneten Wolgast schon begründete Antrag betreffend die Errichtung von Meisterkursen zur Debatte gestellt.

Handelsminister Müller teilt mit, daß dem Antrag schon wesentliche Folge gegeben sei, da für Weisfallen in Dortmund ein Meisterkurs eingerichtet sei, und daß Verhandlungen über Ein- richtung von Meisterkursen mit Sachsen, Brandenburg und andern Provinzen angeknüpft sind. In Ostpreußen und Hannover bestehen bereits solche Kurse, ebenso in Posen und im Rheinland. Der Antrag Kindler ist wohl gegenstandslos geworden. (Beifall.)

Der Antrag Kindler wird der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Schluß 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Parlamentarisches.

Zum Risikar-Etat wird von freisinniger Seite gefordert, daß den Mannschaften des Heeres und der Marine im Falle desurlaubes freie Reise in die Heimat gewährt werde.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt zu ihrer bereits eingebrachten Resolution über die Soldatenmishand- lungen diese Forderung:

„Der Reichstag wolle beschließen: dem Herrn Reichskanzler zu eruchen: in Ergänzung der alljährlich dem Reichstag zugehenden Uebersichten über die Arbeiterverhältnisse der Heeres- und Marineverwaltung eine Denkschrift vorzulegen, in der aus den bei Vergabung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen

mit Unternehmern abgeschlossenen Verträgen die auf Löhne und andre Arbeitsbedingungen sich beziehenden Bestimmungen mitgeteilt werden.

## Der Kongress von Saint-Etienne.

Saint-Etienne, 16. Februar. (Fig. Ver.)  
Dritter Verhandlungstag.  
Abendigung.

Vor dem Beginn der Sitzung wurde dem Kongress ein Ehrenwain von der Loire-Föderation dargeboten, der unter Gesang und Deklamation zugebracht wird.

### Die Kammerfraktion und das Interföderale Komitee.

Die Statutenkommission ist nach einer Beratung, die den ganzen Tag dauerte, zu einem einstimmigen Beschluß gekommen. Um diese Einstimmigkeit zu feiern, wird für die Abendigung per Acclamation ein Präsidium gewählt, in welchem die führenden Vertreter der Linken und der Rechten sitzen: Cipriani, Vorsitzender; Jaurès und Renaudel, Beisitzer.

Der Kommissionsbeschluß hält den alten Artikel 28 aufrecht, der dem Interföderalen Komitee nur die Verwaltung der Partei und die Organisation der Propaganda (Agitation) und der Aktion der Partei anvertraut. Die Leitung der Partei aber wird durch folgenden neuen Artikel geregelt:

„Was die politische Leistung der Partei in der Zwischenzeit zwischen den Parteitage betrifft, so wird sie unter der Kontrolle der Parteitage ausgeübt vom Nationalrat (Conseil National), der aus dem Interföderalen Komitee und der Kammerfraktion zusammengesetzt ist, wozu letztere gemäß dem Artikel 15 der Statuten konstituiert ist (d. h. aus Abgeordneten besteht, die im Wahlkampf das Parteiprogramm als Plakat angehängt haben).“

Die Fraktionsmitglieder, die gegenwärtig diese Bedingungen nicht erfüllen, werden in den Nationalrat aufgenommen auf ihre Erklärung hin, sich in den nächsten Wahlen gemäß dem Artikel 15 zu verhalten.

Der Nationalrat veranlaßt sich mindestens im Beginn jeder ordentlichen oder außerordentlichen Parlamentssession, oder in dringenden Fällen auf Einberufung seitens der Sekretäre der beiden Gruppen (des Interföderalen Komitees und der Fraktion).

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder beider Gruppen erforderlich. Ist die Bedingung der Beschlussfähigkeit nicht erfüllt, so ist das Votum auf eine andre Sitzung zu verchieben, in welcher zur Beschlussfähigkeit die Anwesenheit der Hälfte der einen oder der andern Gruppe genügt.

Die Mitglieder der Kammerfraktion dürfen im Interföderalen Komitee nur die Föderation vertreten, von welcher sie (in die Kammer) gewählt wurden.

Die Mitglieder der Kammerfraktion, die ins Interföderale Komitee delegiert werden würden, haben im Nationalrat nur eine einzige Stimme.

Die Kontrolle wird durch den (neuen) Artikel 37 geregelt (Verpflichtung der Föderationen, über die Beobachtung der Prinzipien und des Programms der Partei und der Beschlüsse der Parteikongresse zu wachen; die Kontrolle über die einzelnen Parteimitglieder steht den Föderationen und den Kongressen zu; Recht der Verurteilung gegen einen Föderationsbeschlus an den Kongress).

Der Nationalrat hat am Schluß jeder der drei Parlamentssessionen kollektive Verichterstattungen über die Mandatserfüllung (in der Kammer) zu besorgen, die in verschiedenen von ihm bestimmten Orten stattfinden. Zum Zweck der Verichterstattung ernannt der Nationalrat eine Delegation, die aus Mitgliedern der Fraktion und des Interföderalen Komitees zu bestehen hat; diese Mitglieder werden dem Nationalrat von jeder der beiden Gruppen bezeichnet.

„Diese Verichterstattungen finden statt vor den Delegierten der Föderationen, die dem Versammlungsort am nächsten benachbart sind.“  
Der Nationalrat ist beauftragt, die Einzelheiten dieser periodischen Versammlungen zu regeln.“

Die Sitzung beginnt um 11 Uhr.

Zunächst verliest Jaurès den Entwurf eines sehr ausführlichen Manifestes über den russisch-japanischen Krieg. Das Manifest wird debattelos unter lebhaftem Beifall einstimmig votiert.

Ducos de la Halle-Paris (Linke) berichtet über die Arbeiten der Statutenkommission und begründet deren oben angeführten Beschluß, den er als einen „vermittelnden“ bezeichnet, der beide Tendenzen befriedigen könne.

Ferner beantragt die Kommission, die Delegierten der Föderationen im Interföderalen Komitee mögen allmonatlich einen Bericht über ihre Mandatserfüllung im Organ der von ihnen vertretenen Föderation veröffentlichen, falls ein solches existiert.

Die Kommissionsanträge werden ohne Debatte einstimmig votiert. (Beifall.)

Zur Frage der Wahlbündnisse in Gemeindegemeinden beantragt die Kommission: Im ersten Wahlgange hat man überall, wo das möglich ist, selbständig vorzugehen; in der Stichwahl sind Bündnisse mit linksstehenden Republikanern zulässig. Es entspinnt sich eine längere Debatte zwischen den Anhängern des Kommissionsantrages und dessen Gegnern, wozu letztere für die Hauptwahl unbedingt jedes Bündnis verwerfen. Der Antrag wird mit allen gegen einige Stimmen votiert, nebst einem Zusatz, der die Kandidaten unter allen Umständen verpflichtet, die dem Kommunalprogramm vorangehende Prinzipienklärung als Plakat zu verwenden.

Auf Renaudels Antrag wird dem Interföderalen Komitee empfohlen, in der Frage des zu schaffenden Parteiorgans die Vorbereitung desselben auf genossenschaftlicher Grundlage ins Auge zu fassen, damit die Partei über ein eignes, von Kapitalisten unabhängiges Organ verfüge. Ferner soll das Komitee fördern den bereits vorgenommenen Versuch, eine Tageszeitung in Rouen auf genossenschaftlicher Grundlage zu schaffen.

Die Loire-Föderation will die sozialistischen Abgeordneten verpflichten, den Föderalen Wochenblättern zwei Artikel jährlich zu liefern. Der Antrag veranlaßt eine längere Debatte. Die Abgeordneten Briand und Journer bekämpfen die Verpflichtung und die Einseitigkeit des Antrages, der nur die Deputierten zur Mitarbeit heranzieht, als ungerade, erniedrigend und nutzlos. Zuletzt wird der Antrag zurückgezogen und der Kongress beschließt, die Gewonnen einzuladen, durch Vermittelung des Interföderalen Komitees Artikel für die Wochenblätter zu liefern.

Zum Punkt: „Präskontrolle“ wird noch beschlossen, daß die Parteischristen für ihre Tätigkeit individuell unter der Kontrolle der Partei stehen, ungeachtet des Umstandes, daß gegenwärtig keine Zeitung als offizielles Partei-Organ anerkannt werden kann.

Gegen vorgelegter Nachstunde wird der Punkt: „Internationaler Kongress zu Amsterdam“ von der Tagesordnung abgesetzt und den Föderationskongressen zum Beschluß überwiesen.

Als Tagungsort des nächsten Kongresses wird Rouen bestimmt.

Ins internationale sozialistische Bureau wird als Delegierter Cipriani, als Erlaymann Jean Longuet gewählt.  
Der Kongress wird geschlossen um 1 1/2 Uhr nachts.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes konstatiert in ihrem Jahresbericht für 1903 auch diesmal wieder ein gedeihliches Wachstum der Organisation. Am

Jahresabschluß gehörten der Verwaltungsstelle 35 741 Mitglieder an, gegen 30 664 im Jahre 1902. Davon waren: Schlosser und Maschinenbauer 10 298; Bohrer, Präfer, Hobler usw. 5394; Dreher 4130; Mechaniker 2510; Klempner 2306; Gürtler 2308; Formner 2079; Holzleger 1309; Metallschleifer 1045 und Arbeiterinnen 1671. Die übrigen Branchen erreichten im einzelnen zwar nicht die Zahl 1000, bleiben aber meistens im Organisationsverhältnis keineswegs hinter den größeren Branchen zurück. So zählen an Organisierten z. B. die Metallbrüder 656, Messer- und Zengschmiede 640, Goldarbeiter 324, Drahtarbeiter 204 usw. — Arbeitslos meldeten sich im vergangenen Jahre insgesamt 13 701 Personen, das sind fast 4000 mehr wie im Jahre 1902. Dabei war die Arbeitslosigkeit trotzdem größer als früher. Die höhere Arbeitslosigkeit rührt lediglich daher, daß mehr wie bisher darauf gedrungen wurde, daß sich möglichst alle Arbeiter, gleichviel, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Verbandsbureau zu melden haben. Arbeitslosenunterstützung wurde an 3863 Mitglieder für die Dauer von insgesamt 87 561 Tagen gezahlt; die Höhe der Unterstützungssumme belief sich auf 96 640,34 M. Hieran partizipieren die Schlosser mit rund 25 000 M., die Klempner und Dreher mit je 11 000 M., die Holzleger, Formner, Gürtler und Hilfsarbeiter mit je 7—10 000 M., die Schleifer, Mechaniker, Drücker, Hobler und Schmiede mit je 1—3000 M., herunter bis zu den Eisenleuten mit 48 M. Entsprechend den Unterstützungsbeträgen verteilt sich auch die Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Verufe. Vom Arbeitsnachweis der Organisation wurden 4152 Stellen vermittelt, gegen 1890 im Jahre 1902. — Die Frage des Rechtsstreifens bei sogenannten Streikvergehen hat im vergangenen Jahre eine ganz bedeutende Rolle gespielt. Viele Hunderte von Strafmandaten sind ergangen, weil die Arbeiter beim Streikposten stehen sich angeblich gegen die berühmte Straßenordnung vergriffen haben sollten. In fast allen Fällen wurde richterliche Entscheidung beantragt, die vielfach bis zu den höchsten Instanzen durchgeschickten werden mußte. Recht häufig ist hierbei durch die Gerichte festgestellt worden, daß sich die Polizei mit der Verhängung der Strafmandate und der fast regelmäßig vorhergegangenen Fortweigerung und Sistierung der Streikposten einen unzulässigen Eingriff in das aus dem Koalitionsrecht fließende Recht des Streikpostens erlaubt hatte. Die Berliner Metallarbeiter führen geradezu einen regelrechten Gerichtskampf mit der Polizei um das Recht des Streikpostens, und dieser Kampf hat der Organisation im letzten Jahre nicht weniger wie 34 860 M. gekostet. Da sich die Berliner Polizei um alle freisprechenden Gerichtsentscheidungen aber absolut nicht zu kümmern scheint, sondern fortwährend neue Strafmandate ergehen läßt, so ist vorläufig noch kein Ende dieses Gerichtskampfes abzusehen. — Was die Lohnbewegungen anbelangt, so kam es in einer Reihe von Betrieben zu Differenzen, die teils mit, teils ohne Erfolg für die Arbeiter endeten. Es wurden aber nicht nur mit verschiedenen Einzelbetrieben, sondern auch für ganze Verufe Tarifverträge geschlossen, resp. ausgearbeitet, so u. a. für die Bauknechte, die Drahtarbeiter, die Holzleger, die Metallschläger und einen Teil der Gürtler und Drücker. Von den Streiks sind in erster Linie zu nennen: der Feilenarbeiterstreik, der Streik bei der Firma Mehlisch und der große Gürtler- und Drückerstreik mit der nachfolgenden Aussperrung. An Streik- und Mahregelungsunterstützung zahlte die Organisation im letzten Jahre 693 324,99 M.; davon 468 614,14 M. aus der Hauptkasse und 224 710,85 M. aus der Lokalkasse. Die Hauptkasse balancierte in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 793 842,46 M., und die Lokalkasse mit 656 879,24 M.; letztere weist einen Kassenbestand auf von 126 184,22 M.

An die Fliesenleger Berlin und Umgegend. Werte Kollegen! Seit dem 16. d. Ms. befinden sich die Fliesenleger-Hilfsarbeiter in einer Lohnbewegung um die Anerkennung ihres Lohnarfs. Unterzeichnete Vorstand fordert nun sämtliche Fliesenleger Berlin und Umgegend auf, die Hilfsarbeiter in ihrem Kampf dadurch zu unterstützen, daß sie jede Zumutung, die Arbeit der Hilfsarbeiter, als Heranschaffen sowie Zubereitung des Materials, selbst zu verrichten, streng juristisch weisen, und sich von keinem Arbeitswilligen das Material heranschaffen lassen, sondern nur von den Hilfsarbeitern, welche mit einer roten Arbeitsberechtigungskarte versehen sind.  
Der Vorstand des Fachvereins der Fliesenleger Berlin u. Umgegend.  
J. A.: Wilhelm Schulz.

Achtung, Schuhmacher! Die Sperre über die Filzschuh-Fabrik von Kuche, Wilsingstr. 8, dauert unverändert fort. Wir erziehen die Kollegen und Kolleginnen, den Zugang nach dieser Fabrik streng fernzuhalten.

Dritter Verwaltungstag des Vereins deutscher Schuhmacher.

Die streikenden Bauhilfsarbeiter von Steglitz, Lichterfelde, Friedenau und Schmögen hielten gestern in Richter's Lokal zu Groß-Lichterfelde eine Versammlung ab, in welcher sie den Bericht der Kommission entgegennahmen. Es hat wiederum ein Meistler mit vier Mann bewilligt. Insgesamt arbeiten jetzt zu den neuen Bedingungen 67 Mann.

Der Verein „Vollwohl“, Gleditschstr. 40 (am Winterfeldtplatz), vermittelt Streikbrecher für die Tischlermeister in Groß-Lichterfelde. Es sei auf diese Art der Förderung des Vollwohls hiermit warnend hingewiesen.

Erklärung. In der Nummer des „Vorwärts“ vom 14. Februar dieses Jahres haben wir die Behauptung aufgestellt, daß die Firma Karl Lerm u. Gebr. Ludwig in ganz Deutschland Radler, Spinner und Weber sucht. Wir beschränken diese Darstellung dahin, daß wir erklären:

„Die Firma hat in den letzten Wochen nur Weber auf 2 1/2 Meter breites Gewebe, welche aus Dessauer- und Zweibrückerstühle eingearbeitet sind, gesucht.“  
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

Der Verband der in der Wäsche- und Krawattenbranche beschäftigten Personen hält seine Generalversammlung zu Döberitz im Gewerkschaftshause zu Berlin ab.

Holzarbeiter. In der Leistenfabrik von Brodman in Ciriach bei Nordhausen ist ein Streik ausgebrochen. Ausständig sind gegenwärtig 250 Mann. Zugang ist streng fernzuhalten. Seitens des Holzarbeiter-Verbandes werden Verhandlungen angebahnt.

Die Malermeister in Hannover haben die Forderungen der Gesellschaft abgelehnt. Um ein „Entgegenkommen“ zu beweisen, wollten sie an den Vorabend der drei hohen Feste — eine Stunde früher aufhören lassen. — Als eine Verlängerung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Jahr!

Der Sängerehre in Kachen, von dem wir seiner Zeit berichteten, hat noch Folgen gehabt, die mehr als deutlich zeigen, daß in der modernen Gesellschaft auch der „Kunstbetrieb“ ganz nach kapitalistischem Schema geregelt ist. Herr Opernregisseur Oskar Moor, der den Versuch machte, zwischen Chorpersonal und Direktion zu vermitteln, erlaubte sich die Aeußerung: „Alle Hochachtung, daß der Chor so zusammenhält; das sind doch noch Charaktere!“ Diese Aeußerung kam zur Kenntnis der Direktion. Wie nun der Lokalverband Kachen des Deutschen Chorsänger-Verbandes in der „Chorverband's- Zeitung“ mitteilt, ist Herr Moor dafür von der Direktion dadurch gemäßigt worden, daß man ihn „zur Disposition“ stellte, d. h. er bezieht keine Gage, wird aber nicht mehr beschäftigt. — Die Düsseldorf'ser Sänger und Sängerinnen, welche in Krefeld in der Oper „Helmchen aus Herde“ aufhalsen, verweigern sich gegen den Vorwurf, Streikbrecherdienste gethan zu haben. Sie hatten keine Ahnung davon, daß ihre Kachener Kollegen den Dienst verweigerten und wußten nicht einmal, welche Direktion in Krefeld spielt. Interessant ist ihre Mitteilung, daß sie a Person 11 M. Diäten erhielten. Die Kachener Sänger streikten, weil man ihnen 5 M. nicht bewilligen wollte.

Die Schneider in Schwäbisch Gmünd befinden sich in einer Bewegung. Die Arbeitgeber, welche sich organisiert und dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe

(Sieg München) angeschlossen haben, kündigten Montag, den 15. Februar, sämtlichen Werkstättenarbeitern, worauf sämtliche Heimarbeiter sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten und die Kündigung an die Arbeitgeber ebenfalls einreichten. Die Kündigung erfolgte wegen Ablehnung eines reduzierten Lohnarfs und eines schlechten Arbeitsvertrages. Vor Zugang nach Schw. Gmünd wird gewartet.

### Ausland.

Achtung, Steinseher! Nach einem dem Verbandsvorstande der Steinseher zugegangenen Schreiben aus Budapest (Ungarn) befinden sich daselbst die organisierten Pflasterer im Lohnkampf. Dieselben wollten zum ersten Male den Versuch machen, tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen, haben jedoch von den Unternehmern keine Antwort erhalten. Die letzteren drohen, aus Deutschland Streikbrecher heranzuziehen und behaupten, bereits deutsche Steinseher engagiert zu haben. Die ungarischen Pflasterer ersuchen um moralische Unterstützung durch strenge Fernhaltung des Zuguges.

Die Prager Tischler sind seit acht Wochen ausgesperrt, weil die Unternehmer ihnen die nach hartem Kampfe erungene neunstündige Arbeitszeit wieder nehmen wollten. Dieser Tage hat nun die größte der aussperrnden Firmen, die Firma Baumgart mit mehr als 100 Arbeitern, den Kampf aufgegeben und sich mit den Tischlern geeinigt. Der Kaufmendantag bleibt bei dieser Firma aufrecht erhalten. Dieser Erfolg ist für die Aussperrten von guter Vorbedeutung.

### Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Die Antwerpener Juweliere haben ihre Drohung ausgeführt; ungefähr 6500 Diamantarbeiter wurden auf die Straße geworfen. Die Familienangehörigen mitgerechnet, werden durch diese Aussperrung ungefähr 30 000 Menschen der Not und Entbehrungen aller Art preisgegeben. Daß es den Juwelieren bei dieser brutalen Maßregel weniger um die Lehrlingszulassung zu thun ist, als darum, dem Diamantarbeiter-Verband das Genick zu brechen, wird jetzt auch von der Unternehmerverschöpfung offen eingestanden. Das konstatiert auch der „Nieuwe Rotterdamse Courant“. Dieses ausgeprochene Unternehmervotum schreibt nämlich: „Wohl ist eine getriebliche Frage, die Lehrlingsregelung, die Veranlassung der Aussperrung, die Ursache aber liegt tiefer, wurzelt in der Machtfrage. Dies zeigt sich in der Abweisung des von den Diamantarbeiter-Organisationen angebotenen Vergleichs, die Frage, mittels welcher Beiträge regeln zu lassen, durch die Antwerpener Juweliersvereinigung. — Der Kampf konnte nicht länger abgemindert werden, die Kräfte mußten gemessen werden.“ — Die Handlungsweise der Juweliere wird in dem Antwortschreiben der christlichen Diamantarbeiter vom „Patrimonium“ auf den Aussperrungsbeschluß wie folgt gekennzeichnet: „Mit großem Bedauern, aber mit nicht minder tiefer Entrüstung haben wir davon Kenntnis genommen. Noch immer war unserseitig gute Hoffnung vorhanden, daß sich eine verbrüderliche und unbecantantowilliche Handlungsweise nicht angewandt werden würde.“ — Wie wenig übrigens die Klage der Arbeitgeber über Mangel an Arbeitskräften berechtigt ist, zeigt eine Statistik des Diamantarbeiter-Verbandes über die Zahl der Arbeitslosen während der, seit dem internationalen Beschluß, vorläufig keine Lehrlinge mehr zuzulassen, verflochtenen 6 Jahre. Von den Mitgliedern des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes waren im Jahre 1898 durchschnittlich pro Woche 364 arbeitslos, 1899: 477, 1900: 1841, 1901: 1000, 1902: 772 und 1903: 278. Im letzten Jahre, 1903, verteilte sich die Arbeitslosigkeit so, daß während 10 Wochen 100—200 Mitglieder arbeitslos waren, 13 Wochen 200—300, 17 Wochen 300—400 und während 6 Wochen 400—600, so daß also zu einzelnen Zeiten im Jahre trotz der verhältnismäßig geringen Durchschnittszahl eine recht große Zahl Arbeitsloser vorhanden war. — Die Einigkeit unter den Arbeitgebern scheint übrigens nicht sehr groß zu sein. Wie berichtet wird, laufen beim Verband so viele Anträge nach Arbeitskräften ein, daß, wenn nur Mühlen zur Verfügung ständen, fast die Hälfte der Verbandsmitglieder in Arbeit sein würde.

In Antwerpen dauert der Kampf fort. Die Parteien stehen einander so entfloffen wie zu Beginn des Kampfes gegenüber. Die große Volkediamantfleiserei hat jetzt ebenfalls ihre Fabriken geschlossen. Dennoch sind immer noch eine große Anzahl Mühlen in Tätigkeit.

Niederr. Montag öffentliche Versammlung zur Ausstellung der Kandidaten für die Gewerbegerichtswohle.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Montag, abends 9 Uhr: Übungsstunde in der Centrale, Döberitzstr. 45: Vortrag über Transportvermittlung und Ernterwerb. Nachher praktische Übungen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in den Übungsstunden der Kolonne aufgenommen. Eintrittsgeld sowie Monatsbeitrag 25 Pf. Reichhaltige Bibliothek steht den Teilnehmern zur Verfügung.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9 Uhr abends statt. Gebühren: 2 M.

Kirche, Kritiania, Reinesweg. — S. W. 15. Wenn nicht aus Ihrem Bescheid sich klar ergibt, daß der Ehe eine bestimmte Zeit garantiert hat, so ist eine Klage leider aussichtslos. — N. C. 4. M. 5. Ja. — Würzburgplatz. Gegen den Acceptanten in der Regel drei Jahre. — 146. Ist die Wohnung bis zum 1. April unermietet geblieben, so ist der Miet mit letzter Forderung im Recht. — 101 Jähren. Daß der Erzeuger eines unehelichen Kindes verheiratet ist, ändert an seiner Verpflichtung gegenüber Mutter und Kind nicht das geringste. — K. W. 100. Die Wohnungssumme gilt nur dann als Abfindung, wenn das Vormundschaftsgericht und der Vormund sich damit einverstanden erklärt haben. — N. W. 65. Der Arbeitgeber persönlich haftet nicht. Ihre Frau soll sich an die Kasse und, falls diese ablehnt, an die Gewerbeabteilung wenden. — 29. S. Sie können auf Entfernung der Betroffenen oder auf Aufhebung des Vertrages gegen den Miet klagen. — Emil Redig. Der Antrag wäre nutzlos, da vor der Privat mindestens 200 Marken gestellt sein müssen. — H. 24. Beantragen Sie bei dem Vorstand der Berufsgenossenschaft Unfallrente. Ob die letzte Instanz den Unfall als einen Betriebsunfall anerkennen wird, läßt sich nicht voraussagen. — 222 S. Mit dem vollendeten 21. Jahre wird ein Deutscher — ohne Unterschied des Geschlechts — großjährig. — 23. Der Mann soll ein Testament machen, sonst würde eine Witwe nur 1/2, der Sohn 1/3, erben. — Mühlbauer. Der Antrag auf Rückzahlung der Hälfte der Kiebelmarken ist seitens der jungen Frau innerhalb eines Jahres nach der Heirat an die untere Verwaltungsbehörde (Berlin: Magistrat, Brüderstr. 24a, Provinz: Landrat) zu richten. Durch Rückzahlung geht man aller Ansprüche an die Versicherung verlustig. Es ist daher in jedem Fall zu prüfen, ob es nicht insbesondere mit Rücksicht auf die Möglichkeit der Aufnahme in eine Heilanstalt zweckmäßiger ist, weiter zu leben. — Ferd. Niedler. Wegen des Urteils des Schiedsgerichts ist Rücktritt aus dem Reichs-Versicherungsamt zulässig. — 3. 49. Sie müssen sich an das Vormundschaftsgericht wenden. Ohne Kenntnis des die Vermögensverwaltung ausübenden Beschlusses läßt sich ein auf den konkreten Fall bezüglicher Rat nicht erteilen. — S. K. 1. Die Leistung des Offenbarungseides ist ein rechtliches Hindernis für die Aufstellung als Stadtverordneten-Kandidaten nicht. — 2. Die Ehefrau haftet für die Schulden ihres Mannes nicht. — M. G. Unfall. Einer Operation sich zu unterziehen sind Sie nicht verpflichtet. Den Antrag auf Jubilierung einer Unfallrente haben Sie an den Vorstand der Berufsgenossenschaft zu richten. — H. 21. So weit ersichtlich wäre eine Klage auf 14tägige Lohnzahlung nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — 2. W. 1848. Reim. — C. 3. 100. 1. Ja; erben Sie Wdweklage. 2. Reim. 3. Sie können klagen oder das Kind laufen lassen. — N. 97. 1. und 2. In fünf bis zehn Jahren. — Militär 1904. 1. Ein Reklamationsgesuch hätte Aussicht auf Erfolg, wenn es sofort eingereicht wird. 2. Nicht unerhebliche Körperfehler. — T. 3. Danzig 25. Eine Ehevertragsklage der Frau hätte Aussicht auf Erfolg. Sie müßte aber innerhalb höchstens sechs Monaten nach der Nihandlung erhoben werden. — Jehnädiger Abonnent. Schließen Sie einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag mit Ihrem Mann. — H. G. 35. Soweit ersichtlich, ist der Antrag ungerechtfertigt. — 23. S. 33. 1. bis 3. Leber ja. — Sn. 3. 1. und 2. Leber ja. 3. An das Amtsgericht seines Wohnortes. — P. S. 99. Solches Buch ist uns nicht bekannt. — E. M. Anflug. Die betreffende sollte Ablehnung des Vormundes beantragen oder Bestellung eines Pflegers und sich sodann auf Aufhebung des gerichtlichen Vergleichs von dem Prozeßgericht stellen lassen.

Extra-  
Preise

# Warenhaus A. Wertheim

Montag  
Dienstag  
Mittwoch

soweit der Vorrat reich

## Schwarze Kleiderstoffe

Reinwoll. Krepp	doppeltbreit	Mtr. 90	Pr. u. 1.10	Gemusterte Stoffe	doppeltbreit	Mtr. 1.05, 1.25, 1.60
Reinwoll. Satin	"	1.05, 1.45, 1.80		Glatte Alpakas	Mtr. 1 Mk.,	1.40, 2 Mk.
Ein Posten	Gestreift. Alpaka	ca. 1.20	Mtr. 1.25	regulär	Mtr. 1.60	Mk.
"	Gestreifter reinseid. Merveilleux		Mtr. 2.25			Mk.
"	Reinseidener Damast		Mtr. 1.95, 2.35, 2.65			Mk.

## Wäschestoffe

Louisianatuch	leinenartig	ca. 81	ca. 130 cm	42 Pf.	65 Pf.
Bettsatin	vorzügliche Qualität	Mtr. 55	Pf.	90 Pf.	
Piqué-Barchent		Mtr. 55	Pf.		
Ein Posten	Velour-Barchent		Mtr. 48	Pf.	
	Weisse à jour-Stoffe		Mtr. 53	Pf.	

## Tischzeuge

Tischtücher	Gr. ca.	110/125	130/150	120/150	130/200
	halbleinen Drell	1.25	1.55	1.90	2.50
Servietten	dazu passend				4.25 Mk.
Tischtücher	Größe ca.	130/130	130/160		
	reinlein. Hausmacher, gesäumt	2 Mk.	2.35 Mk.		
Servietten	dazu passend				4.90 Mk.

## Handtücher

Stubenhandtücher	halblein Drell	4 Mk. u. 5.20
Stubenhandtücher	reinlein Jacquard	5.50 u. 7.40
Stubenhandtücher	reinlein Drell	6.50 u. 7.20
Küchenhandtücher	Gerstenkorn m. Rand	3.50 u. 4.80
Küchenhandtücher	grau	3 Mk. u. 4 Mk.

## Taschentücher

Engl. Batisttücher	weiss, mit Hohlsaum	1.80
Engl. Batisttücher	mit Hohlsaum und buntem Rand	1.70
Kindertücher	mit farbiger Borte	1.25 Mk.
Kindertücher	mit farbiger Borte	70 Pf.

## Schürzen

Tändelschürzen	weiss mit farbigem Besatz	45 Pf.
Tändelschürzen	weiss mit Stickerei	85 Pf.
Tändelschürzen	farbig mit Volant	55 Pf.
Wirtschaftsschürzen	bunt m. 90, mit Volant	70 Pf.

## Korsetts

Empirekorsetts	lila, Körper	1.35 Mk.
Empirekorsetts	gebümt	1.80 Mk.
Halbhohes Korsett	grau	2.50 Mk.
Drell-Korsett	langbüchtig mit 4 Strumpfhaltern	4.30 Mk.

## Tapissiererie

Küchenhandtücher	vorgezeichnet grauleinen mit Franse	60 Pf.
Küchenhandtücher	vorgezeichnet, weiss-leinen mit Hohlsaum	95 Pf.
Tischläufer	vorgezeichnet reinleinen mit Hohlsaum	80 Pf.
Küchentischdecken	mit Bordüre	55 Pf.

**Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.**  
Prinzenstrasse 33. 68/12°  
Gr. Auswahl 400 versch. Kronen z. von 10-250 Mk.  
**Ausverkauf**  
allerer und einzelner Muster bedeutend unter Preis.



**L. Kahnt, Dampfschiffs-Rederei und Schiffswerft.**

Stralau, Tunnelstr. 34. - Telephon Amt VII. 580.

empfehl. Gesellschaften, Schulen und Vereinen keine **Salon-Dampfer jeder Grösse**

zu Partien in der Umgegend.  
Der grossen Nachfrage wegen empfiehlt es sich, Dampfer zu Sonntagspartien schon jetzt zu bestellen.

Stettin. Filialen in Berlin.  
**Mass-Anzüge**  
**Mass-Paletots**  
24 und 30 Mark.  
Unter Garantie des tadelloosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.  
Indem gewesene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an  
41951°  
**Sonnenschein's Herren-Moden**  
nach Mass  
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

**Schloss Burg-Geldlotterie**  
Ziehung schon 9. u. 10. März  
6634 Gew. = 200 000 M. bar  
Original-Lose a 3 M. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).  
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 61.

**Schumanns**  
**Brot- u. ff. Kuchenbäckerei**  
Ackerstrasse 153.  
Reinen geehrten Freunden und Gönnern zur Nachricht, das ich im Hause Ackerstrasse 153 eine Brot- und Kuchenbäckerei eröffnet habe und bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen. Brot und Frühstück sende frei ins Haus. Brot auf Karren des kochende gratis.  
**Otto Schumann, Bäckereimeister.**

**Diese Woche. Hochzeit-**  
Braut-, Masken- und Ball-Seiden-Rest-Coupons stelle diese Woche zu bedeutend ermässigten Preisen auch an Private zum Einzel-Vorkauf. Ferner: Roben-, Blusen- und Besatz-Seiden jeder Art von 75 Pf. bis zu den elegantesten Genres, Reinseidene schwarze Damaste, Merveilleux etc. 15,00, 20,00, 25,00 per Robe. Backfisch-Seide in allen Farben von 55 Pf. Bevor Sie kaufen, prüfen Sie dies Angebot. Muster franco.  
Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.  
**Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin**  
jetzt nur Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe,  
Ecke Simons-Apotheke.

**Nochmals der Gipfel der Billigkeit!** Der diesjährige Inventur-Räumungs-Verkauf des weitbekanntesten Kaufhauses von **Singer & Co., Chausseestrasse 56**, bietet wie alljährlich eine ganz besonders günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen. Infolge des gewaltigen Verkaufes während der ersten Tage gelang es der Firma **Singer & Co., Chausseestrasse 56**, erst jetzt, große Warenbestände zu sortieren und werden von Montag, den 22. Februar ab, vollständig neue Serien von schwarzen und farbigen Wollentoffen, schwarzen und farbigen Seidenstoffen, Leinen und Bische für Braut-Ausstattungen, aparten Blusen, Kostümen, Röden und Unterrocken zum Verkauf gestellt.  
Derjenigen Damen, welche von dieser mit alljährlich wiederkehrender Gelegenheit bereits Gebrauch gemacht haben, wollen, das sich die Angebote des Kaufhauses **Singer & Co., Chausseestrasse 56**, nicht allein durch die enorm billigen Preise, sondern auch durch vorzügliche Qualitäten auszeichnen.  
Zur gef. Orientierung sind die Waren in den 18 Schaufenstern des Kaufhauses zur Ansicht ausgestellt, und wollen wir hieraus nur 70 ganz besondere Gelegenheitskäufe herausgreifen.  
Seiden-Leinen, 100 Ctm. breit, Gelegenheitskauf, jetzt Mtr. 88 Pf. - Reinseidene Foulards auf hellem und dunklem Fond, jetzt durchweg zurückgelegt, Mtr. 38 bis 50 Pf. - Seid.-Krause in allen hellen und dunklen Farben, jetzt Mtr. 31 Pf. - Halbseidene farbige Futterstoffe, jetzt Mtr. 32 Pf. - Echte Wollstoffe für

Blusen und Kleider, jetzt Mtr. 35 Pf. - Reinseidene Bongas, große Farbauswahl, jetzt 48 Pf. - Halbseidene Damast, Serge und Gloria, jetzt Mtr. 45 Pf. - Reinseidene Krawatte und Kasse, jetzt Mtr. 75 Pf. - Reinseidene Damast, jetzt Mtr. 98 Pf. - Reinseidene Taffete, aber nur schwarz, gute Qualität, jetzt Mtr. 88 Pf. - Reinseidene Krawatte, aber nur schwarz, jetzt Mtr. 92 Pf. - Reinseidene Jacquard, jetzt Mtr. 65 Pf. - Reinseidene Stoffe, jetzt Mtr. 75 Pf. - Reinseidene schwere Damast, Brocats und Merveilleux, schwarz und farbig, in neuen, reizenden Mustern, Wert 2,25 bis 5 M., jetzt bedeutend herabgesetzt, Mtr. 1,35, 1,85, 2,45 M. - Eisenfarbige Kleider-Krause, breite Qualität, Mtr. 98 Pf. - Eisenfarbige Kleider-Damast, jetzt Mtr. 1,10 M. - Eisenfarbige Seiden-Brocats, 80 Ctm. breit, jetzt Mtr. 1,20 M. - Wollseidene Kette, echt und imitiert, bis 8 Mtr., Wert bis 95 Pf., jetzt Mtr. 16 Pf. - Elegante Seidenreste, vorzügliche Qualitäten, Seiden-Leinen, imitierte und echte Wollstoffe, bis 3 Mtr., Wert bis 1,45 M., jetzt Mtr. 32 Pf. - Aparte Seidenreste, darunter 1 Posten Reinseidene Karos und Streifen, bis 4 Mtr., Wert bis 1,95 M., jetzt 48 Pf. - Leinene Blusen-Kette, imitiert in reizenden neuen Streifen, moderne Farbenstellungen, verschiedene Muster, eingeteilt in 4 Meter-Coupons, jede Bluse 4 Mtr. 65 Pf. - Leinen, imitiert in schönen Mustern, jetzt Mtr. 16 Pf. - Grenadine-Stoffe für Blusen und Kleider, jetzt Mtr. 29 Pf. - Elegante Bolle-Grenadine, jetzt Mtr. 38 Pf. - Ein Posten Wollstoffe, hell und dunkel, durchschnittlich Mtr. 22 Pf. - Reinwollene, elendeinfarbige Cheviots, doppeltbreit, Mtr. 72 Pf. - Eisenfarbige Alpacas, selbstglänzende Qualität, 115 Ctm. breit, Mtr. 78 Pf. - Bolle-Rippe-Stoffe, doppeltbreit, jetzt Mtr. 58 Pf. - Reinwollene schwarze und farbige Bolle-Grenadine, 110 Ctm. breit, vorzügliche Qualität, jetzt Mtr. 85 Pf. - Reinwollene Tuch-Roulés, neue Farben, auch schwarz, 120 Ctm. breit, Wert 2 M., jetzt Mtr. 85 Pf. - Unterrockstoffe, vorzügliche Qualität, jetzt Mtr. 14 Pf. - Bellere Sommerstoffe non lester

Seiden, doppeltbreit, Mtr. 33 Pf. - Bolle-Stoffe mit Rippen, doppeltbreit, jetzt Mtr. 58 Pf. - Glatte reinwollene Bolle-Stoffe, doppeltbreit, Mtr. 65 Pf. - Aparte Kostüm-Stoffe in englischem Geschmack, 110 Ctm. breit, jetzt 68 Pf. - Lawn-Tennis-Stoffe, schwere Qualität, doppeltbreit, Mtr. 62 Pf. - Schwere Cheviots, 115 Ctm. breit, Wert 1,65 M., jetzt Mtr. 68 Pf. - Homespuns, schwere Qualität, auch Karango, 110 Ctm. breit, jetzt Mtr. 65 Pf. - Schwarze reinwollene Krepp-Stoffe, doppeltbreit, jetzt Mtr. 68 Pf. - Schwarze reinwollene Tuch-Roulés, 120 Ctm. breit, jetzt Mtr. 85 Pf. - Schwarze glatte Alpacas-Stoffe, selbstglänzende Qualität, doppeltbreit, jetzt Mtr. 68 Pf. - Schwarze Neher-Krepp-Stoffe uni, 110 Ctm. breit, jetzt Mtr. 68 Pf. - Schwarze reinwollene Kostüm-Cheviots, 110 Ctm. breit, jetzt Mtr. 75 Pf. - Schwarze Roben-Krepp-Stoffe, gemalt, doppeltbreit, jetzt Mtr. 68 Pf. - Große Sortimente einzelner Roben in farbigen Stoffen, in einfarbigen Stoffen, in gestreiften Stoffen, in gemusterten Stoffen, gute Qualitäten, zurückgelegt, eingeteilt in 6 und 7 Meter Stoff (keine Darfstoffe), zum Selbst-Aussuchen, jetzt durchschnittlich jede Robe 1,95 M. - Große Sortimente einzelner Roben in extra breiten Kostüm-Stoffen, in englischem Geschmack, in Homespuns, schwere gute Qualitäten, neue Zielungen, eingeteilt in einzelnen Roben. Zum Selbst-Aussuchen, jetzt durchschnittlich jede Robe 3,25 M. - Große Posten Wollentoffe in aparten Wollstoffen, in aparten gestreiften Stoffen, nur hervorragende schöne Muster, große Auswahl, jeder Coupon eingeteilt in 3 Meter Stoff. Zum Selbst-Aussuchen, durchschnittlich jede Bluse 95 Pf. - Ein Posten hochleganter Vassenterie-Beläge, eingeteilt in drei Serien. Serie I. Wert bis 1,50, jetzt Mtr. 75 Pf. Serie II. Wert bis 2,10, jetzt Mtr. 98 Pf. Serie III. Wert bis 3,00, jetzt Mtr. 1,10 M. - Ein Posten Wiener Blusen, ganz gefüllt in hochmoderner Aufmachung, hellen und dunklen Farben, mit vielen Falten und Säumchen garniert, jetzt durchschnittlich 3,25 M. - Ein Posten Sommer-Dupons in Leinen, Alpacas und gestreiften Stoffen,

Schutzzoll und Vereicherungs Zoll.

Es handelt sich hier nicht um eine Wiederaufnahme meiner Diskussion mit Schippel über seinen famosen Vortrag. Die Entscheidung darüber liegt jetzt beim Fraktionsvorstande und ich habe nicht die Absicht, ihm vorzugreifen.

Aber die Bestrebungen Schippels, sich reinzuwaschen, haben eine neue Zolltheorie aufstauden lassen, an der man doch nicht schweigend vorübergehen kann.

Genosse Kühle hatte Schippel daran erinnert, daß er in der Redaktion der Chemnitzer „Vollstimme“ für den 5 Mark-Zoll eingetreten sei, der nicht als ein Zuchergoll betrachtet werden dürfe. Schippel erklärte darauf („Vorwärts“, 13. Februar), er könne sich des Wortlauts seines damaligen Gesprochenes nicht entsinnen, wohl aber habe er in Chemnitz und auch sonst öfters folgende Theorie aufgestellt: Man kann bei den Getreidezöllen eigentlich nur dort von Zuchergöllen sprechen, wo sie die Grundrente erhöhen. Das haben selbst die französischen und italienischen Hochzölle nicht bewirkt, sie haben den Grundbesitz nicht bereichert.

Schippel selbst sah davon ab, aus dieser Darlegung Schlüsse zu ziehen. Weniger vorsichtig ist die Chemnitzer „Vollstimme“, die aus Schippels Ausführungen jene Konsequenzen folgert, die vernünftigerweise daraus gezogen werden müssen.

Die „Vollstimme“ unterscheidet nach Schippel bei den Lebensmittel-Zöllen zwischen Zucherg- oder Vereicherungs-Zöllen und Schutzzöllen und bemerkt darüber:

„Wir bemerken, daß wir die Lebensmittelzollerhöhungen des neuen Zolltarifs . . . nicht mehr für Schutzzölle, sondern für Vereicherungs-zölle halten und darum gegen sie waren und sind. . . Natürlich ist auch Schippel nur dann für Zölle, wenn sie wirklich Schutzzölle sind. Ob ein Zoll jenen oder diesen Charakter hat, darüber kann man und wird man verschiedener Meinung sein, je nachdem man mehr oder weniger Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse hat. Dieser Einblick ist bei Schippel entschieden tiefer, als bei den allermeisten seiner Gegner, und darum hat man jedenfalls Ursache, seine Meinung auch dann zu achten, wenn man nicht mit ihr übereinstimmt.“

Aber warum diese Achtung auf Schippel beschränken? Sämtliche Verfechter der Lebensmittel-Zölle sind der Ueberzeugung, daß diese nicht Zucherg- oder Vereicherungs-zölle, sondern Schutzzölle darstellen, und vielfach sind sie erstere auch wirklich nicht in dem von Schippel dargelegten Sinne. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Chemnitzer „Vollstimme“ stellen, dürfen wir freilich Schippel nicht verurteilen, aber auch nicht den Agrariern mehr kraftvoll entgegenzutreten; dann haben wir unsrer Agitation gegen die Lebensmittel-Zölle einfach das Nichtigkeitsgebröckel. Wie vermöchten wir den Kampf gegen diese Zölle bis auf's äußerste zu führen, wenn wir von der Ansicht ausgehen, man könne über sie auch von unserem Standpunkte aus „verschiedener Meinung“ sein, je nachdem man die Verhältnisse besser kenne oder nicht — und gerade diejenigen, die die Verhältnisse am besten verstehen, seien ganz anderer Meinung, als wir.

Wir können den Kampf gegen die Lebensmittel-Zölle nur dann energisch führen, wenn wir sie prinzipiell verwerfen; und nur dann, wenn wir berechtigt sind, sie prinzipiell zu verwerfen, dürfen wir sie entschieden ablehnen. Dagegen müßten wir jedem Genossen seine Haltung freigegeben, wenn wir uns auf die Unterscheidung zwischen Schutzzöllen und Vereicherungs-zöllen für Lebensmittel einließen und die ersteren für berechtigt erklärten. Denn ein strikter Beweis dafür, wo der Schutzzoll aufhört und der Vereicherungs Zoll anfängt, wird nie für irgend einen Zoll zu führen sein. Aus unserem geschlossenen, prinzipiellen Kampf gegen die Gesamtheit der Lebensmittel-Zölle würde dann ein Feilschen und Schwächern mit jedem unsrer Abgeordneten um jede einzelne Position des Tarifs.

Was soll denn aber eigentlich geschützt werden durch die Lebensmittel-Zölle? Schippel sagt es selbst: die Grundrente. Welche Ursache haben wir, die Grundrente, diese schädlichste und überflüssigste Form des Mehrwerts, des arbeitslosen Einkommens, zu schützen? Würde es einem Socialdemokraten jemals einfallen, wenn der durchschnittliche Zinsfuß von vier auf drei Prozent fällt, Maßregeln zum Schutz des zinstragenden Kapitals und der Aufrechterhaltung des alten Zinsfußes zu fordern? Es wäre in der That unmöglich, Proletariern mit der Zumutung zu kommen, die Grundrente zu schützen, wenn es nicht schlaue Wortführer der bürgerlichen Oekonomie verstanden hätten, die Grundrente mit der landwirtschaftlichen Produktion zu vermengen. Aber das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Eine hohe Grundrente ist eine Belastung der landwirtschaftlichen Produktion, nicht eine Bedingung ihrer Blüte. Je höher die Grundrente, desto höher die Pachtzinsen, die der Pächter zu zahlen hat, desto höher die Kaufsumme des Gutes, die sein Käufer oder Erbe zu erlegen oder zu verzinsen hat, desto geringer die Kapitalmenge, die er dem Betriebe widmen kann.

Aber nicht genug, daß Schutz der Grundrente Schutz des unangenehmsten und schädlichsten arbeitslosen Einkommens bedeutet, er bedeutet auch eine Verteuerung des Proletariats. Die Grundrente kann hoch gehalten werden nur auf Kosten entweder des Arbeitslohnes oder des Kapitalprofites. Aber der Löhnenanteil an diesen Kosten wird stets dem Proletariat zufallen. Es ist der schwächere Teil, auf den man alle gesellschaftlichen Lasten am leichtesten abwälzen kann. Und die Konkurrenz mit dem Weltmarkt, auf dem der billigere, nicht durch den Zoll verteuerte Lebensmittelpreis herrscht und wo unsre exportierenden Industrien einen großen Teil ihres Absatzes suchen müssen, drängt den Kapitalisten aufs äußerste, das Lohnniveau im durch Lebensmittel-Zölle belasteten Lande ebenso tief wie im zollfreien Auslande zu halten, die Last des Zolls ganz von den Arbeitern tragen zu lassen.

Die agrarischen Zölle, ob „Vereicherungs-“ oder Schutzzölle, bedeuten stets Hochhaltung der Grundrente und des arbeitslosen Einkommens der Grundbesitzer durch Herabdrückung der Arbeitslöhne. Und darum müssen wir nicht bloß gegen agrarische Vereicherungs-zölle, sondern auch gegen agrarische Schutzzölle sein, müssen wir prinzipiell jeden Lebensmittel-Zoll bekämpfen, wie es die Socialdemokratie auch einmütig seit ihrem Bestehen gethan hat.

Wenn die Chemnitzer „Vollstimme“ in einem früheren Artikel darauf hinwies, ebendem seien die Meinungen über den Zoll in unsrer Partei geteilt gewesen, so vergaß sie zu bemerken, daß das nur für die in unserer Partei zutreffende, die als Erziehungszölle gelten konnten. Für Lebensmittel-Zölle hatte sich in der deutschen Socialdemokratie bisher noch nie eine Stimme erhoben. Das hieß nach Schippel und seinen Proletoren vorbehalten.

Also nochmals: Nicht bloß gegen agrarische Vereicherungs-zölle, sondern auch gegen agrarische Schutzzölle, gegen jeden Lebensmittel-Zoll müssen wir uns prinzipiell wenden, indem wir nie außer acht lassen, daß sie Mittel sind, dem Grundbesitz arbeitsloses Einkommen auf Kosten des Arbeitslohnes zuzuführen.

Die Unterscheidung zwischen Vereicherungs- und Schutzzöllen ist nur eine Listerei, die keinen andern Erfolg haben kann, als unsren Ansturm gegen die Lebensmittel-Zölle zu verwirren oder zu lähmen. Und darum ist es nötig, dieser feinen Theorie derzeitigen zu Leibe zu gehen, selbst auf die große Gefahr hin, wieder als Querulant verzeichnet zu werden.

Ja, in den Augen unsrer Gegner sind wir alle Querulanten. R. Kautsky.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 20. Februar 1904.

Kapitalistische Interessenskonflikte.

Die Sympathien der kapitalistischen Presse für Rußland. — Japanismus und Mongolenhuth. — Französisches und deutsches Kapital in Rußland und Japan. — Handelsinteressen. — England und die nordamerikanische Union in Ostasien. — Die Stellungnahme der sozialistischen Arbeiterschaft zum Kampf in Ostasien. — Rußlands finanzieller Rückfall.

Während die Tagespresse ihre Spalten mit unüberlässigen, sich gegenseitig widersprechenden Telegrammen über die Kampflage in Ostasien füllt und jede Redaktion sich der Konkurrenz wegen verpflichtet fühlt, in höherer Strategie zu machen, vollzieht sich unbedacht in den von der Großfinanz beeinflussten Blättern eine allmähliche Schwelung zu Gunsten Rußlands. Ganz offene Parteinahme für die russische Annexionspolitik im fernem Osten findet man allerdings nur in der französischen kapitalistischen Presse, für die der „Figaro“ den Ton angiebt; aber auch die belgischen und die deutschen Vorkriegsblätter bekundeten, wenn sie gleich zu einer offenen Stellungnahme für Rußland noch nicht gelangt sind, in vielen ihrer Auslassungen, besonders so weit diese die russische Finanzlage betreffen, eine zunehmende Sympathie für das Jarenreich. Sogar in englischen Handelszeitungen stößt man auf Darstellungen, die im Gegenjag zu dem in England zur Zeit grassierenden ahnten Selbsthater eine verstärkte Vorliebe für Rußland in seinem Kampfe gegen Japan verraten.

Die Motive dieses Verhaltens sind, selbst wo sie sich hinter allerlei ethischen und selektionistischen Rosentheorien verbergen, leicht zu erkennen. Ist man auch keineswegs ein Freund der russischen Jollpolitik und nimmt die russischen Vereicherungen über das Offenhalten der Thür zur Mandchurei nicht recht ernst, so hält man doch fast allgemein in den Handelskreisen, welche die Wirtschaftsverhältnisse Ostasiens aus eigener geschäftlicher Erfahrung kennen, Japan für einen weit gefährlicheren Handels- und Schiffsahrtskonkurrenten als das schwerfällige Jarenreich. Selbst falls die russische Regierung, wenn sie ihre Position in der Mandchurei befestigt hat, dieses Gebiet dem fremden Handel verschließen sollte, erscheint ihnen Korea, da außer Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika andre Mächte in der Mandchurei nur äußerst wenig kommerziell interessiert sind, solcher Verlust als viel unbedenklicher, denn eine weitere Stärkung der japanischen Handelsposition in Mittel- und Süd-China, hat doch Japan seit seinem letzten Kriege mit China seinen Export nach dem himmlischen Reich mehr als verdoppelt und seine Handelsflotte erlangt, unterstützt durch enorme staatliche Subventionen, nicht nur im Gelben und Chinesischen Meer, sondern auch auf dem Jangtsekiang eine stetig steigende Bedeutung. Die Anstöße Japans, seine Expansionslust und sein Einfluß auf China werden aber, so folgert man, durch einen Sieg entschieden eine weitere Förderung erfahren.

Es zeigt sich der ganze Widerspruch des modernen Kapitalismus in dieser Stellungnahme. Erst wurden die Japaner gewaltsam ihrer Abgeschlossenheit entrisen und ihnen zwangsweise die Segnungen des Kapitalismus aufgedrängt, und als die Japaner sich dann als gelehrige Schüler erwiesen, als sie nicht nur Westeuropa einen Teil seines Warenüberschusses, sondern auch einen Teil seiner überschüssigen bürgerlichen Intelligenzen: Professoren, Ingenieure, Techniker usw. abnahmen, da pries die liberale Presse in allen Tonarten die wunderbare Anpassungs- und Kulturfähigkeit des japanischen Volkes und zeitweilig kam in der bürgerlichen Literatur sogar eine geradezu alberne Begeisterung für den „edelsten Stroh der mongolischen Rasse“ für die „Engländer des Ostens“ oder auch, wie andere sie nannten, die „Preußen Ostasiens“ zum Ausdruck. Seit aber der Japaner seine gerühmte Anpassungsfähigkeit dazu benützt, sich der Verbannung seiner europäischen Gönner zu entziehen und auf den ostasiatischen Märkten als deren schlauer Konkurrent aufzutreten, beginnt in der europäischen Handelsbourgeoisie der „Japanismus“ merklich abzukühlen. Jetzt wird der Japaner wieder zum rohen „Asiaten“, dessen niedrige Instinkte durch die aufgepfropfte Kultur nur leicht übertrümpft worden sind. Besonders der japanische Kaufmann, der „Kindo“, wird als gemeiner Betrüger hingestellt.

Doch nicht nur diese Furcht vor der gelben Konkurrenz kommt in der Haltung der kapitalistischen Presse zum Kampf in Ostasien zum Ausdruck; einen noch größeren Einfluß übt, wie sich deutlich ergibt, wenn man die hohen Konnexionen der einzelnen Blätter sich näher ansieht, die Großfinanz. Es ist nicht Außenberechnung allein, auch nicht nur Rücksicht auf den lieben Verbänden, welche die große französische Presse, nachdem sie anfangs eine gewisse Unentschiedenheit gezeigt hatte, in den letzten beiden Wochen mehr und mehr in eine eifrige Propaganda für die russischen Ansprüche in Ostasien hineingetrieben hat; es ist der Einfluß der Großfinanz, der in Frankreich — vielleicht mit Ausnahme der nordamerikanischen Union — noch viel weiter reicht als anderswo; denn bekanntlich sehen sich fast alle großen französischen Zeitungen genötigt, da ihnen die reiche Einnahmequelle aus Annoncen fehlt, sich in den Dienst kapitalistischer Eliten, meist finanzieller Konzortien, zu stellen. Und die französische Großfinanz, ja bis zu gewissem Grade selbst die mittlere und kleine Bourgeoisie — denn nirgends sind die russischen Anleihe- und Eisenbahnwerte so tief in die Kreise der kleinen Kapitalisten eingedrungen wie in Frankreich — sind an dem Siege der Russen in starkem Maße interessiert, da sie im andern Falle mit einer beträchtlichen Entwertung ihrer Papiere rechnen müssen. Nach der im vorigen Jahre veranstalteten amtlichen Enquete über die Anlage französischer Kapitals im Auslande beträgt das in Rußland angelegte französische Kapital nicht weniger als sieben Milliarden Frank: eine Summe, die sich folgendermaßen zusammensetzt:

Table with 2 columns: Investment type and amount in millions of francs. Includes French bank investments in Russia (17M), industrial plants (792M), Russian state bonds (6000M), and Swedish state bonds (90M).

Dagegen belief sich das französische Kapital, das in Handelsunternehmungen zu Tokio, Yokohama, Nagasaki und Kobe steckt, nur auf etwa 12 Millionen Frank.

Ebenso hat Belgiens Kapitalistenklasse sich eine bedeutende Portion russischer Staatspapiere aufgeladen, und außerdem hat sie höchst bedeutende Summen belgischen Kapitals in sibirischen Industrie-Unternehmungen, besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie, angelegt. Und nicht viel weniger ist das deutsche Kapital in Rußland interessiert. Leider fehlen darüber genaue, zuverlässige Mitteilungen. Von Sachverständigen wird jedoch die Gesamtsumme auf mindestens drei Milliarden Mark geschätzt; während nach den Angaben der deutschen Konsulate in Japan das gesamte in Japan und Formosa angelegte deutsche Kapital (Handelsunternehmungen, Banken, Kredite, Grundbesitz in den Fremden-Niederlassungen und verstreut, auf japanische Namen eingetragener deutscher Grundbesitz außerhalb der Fremden-Niederlassungen) sich Ende 1898 nur auf 65-70 Millionen Mark belief und sich seitdem kaum um mehr als 15-20 Millionen Mark erhöht haben dürften.

Dazu kommt das relativ geringe Interesse der deutschen und französischen Export-Industrie an dem Export Japans. Aus dem deutschen Zollgebiet sind im Jahre 1901 nur für 45,5, in 1902 nur für 49,7 Millionen Mark Waren nach Japan ausgeführt, von Frankreich in den letzten Jahren gar nur für 10 Millionen Frank, so daß der Export nach Japan an der deutschen Gesamtausfuhr nur mit etwa 1 Prozent, an der französischen mit 1/4 Prozent partizipiert.

Nach Rußland führte dagegen Deutschland in 1902 für ca. 300 Millionen Mark Waren aus, Frankreich für 80 Millionen Frank, oder, wenn man die Ziffern der russischen Handelsstatistik zu Grunde legt, Deutschland für 203, Frankreich für 28 Millionen Rubel.

Umgekehrt erfordert das Interesse der englischen und amerikanischen Kapitalistenklasse den Sieg Japans in Ostasien. Nicht nur befürchtet die englische Bourgeoisie von der Ausdehnung der russischen Macht in Ostasien eine Verengerung ihrer dortigen Absatz- und Kapitalanlagemärkte, sondern auch den Verlust ihrer rentablen Herrschaft in Indien. Zudem aber befindet sich der größte Teil der japanischen Anleihewerte in englischen Händen, und der Handel Englands mit Japan, dem der Handelsverkehr Hongkongs mit dem Mikadoreich hinzugerechnet werden muß, stellte sich nach der japanischen Statistik in 1902 auf 98 Millionen Yen, also über 200 Millionen Mark. Noch stärker sind die Vereinigten Staaten von Amerika kommerziell in Japan interessiert. Ihr Handel mit Japan hat den Englands längst überflügelt; in 1902 waren sie mit 129 Millionen Yen, d. h. mit über einem Viertel an dem gesamten japanischen Außenhandel beteiligt, und dieser Verkehr befindet sich in rascher Steigerung. Sodann aber verlangt das deutliche Ziel der amerikanisch-imperialistischen Politik, die Erringung der Obermacht im Stillen Ocean, die Aufrechterhaltung der sogenannten Integrität Chinas und die Schwächung des europäischen Einflusses, bis der Panama-, vielleicht auch der Nicaragua-Kanal fertig ist, der Ausbau der amerikanischen Flotte das erforderliche Maß erreicht hat und die Befestigung der wichtigsten philippinischen Häfen so weit vorgeschritten ist, daß sie als bequeme Operationsbasen zu dienen vermögen.

Diese verschiedenen wirtschaftlichen Interessen sind es, die in der Stellungnahme der kapitalistischen Presse zum Kampf im fernem Osten zum Ausdruck kommen, natürlich mehr oder weniger hinter allerlei ethischen Argumenten versteckt. Während auf der einen Seite vor der „gelben Gefahr“ gewarnt und eine seltsame Besorgnis um die Erhaltung der europäischen Kultur geäußert wird, stañiert man auf der andern Seite den „little Japs“ mit den erhabenen Eigenschaften aus, philosophiert von dem berechtigten Lebenstrieb der Völker nach Expansion, der Achtung vor der Selbstbestimmung der Nationen, der Notwendigkeit einer Politik der Offenhaltung der Handels-thore in Ostasien zc. Nichts als bürgerlicher Phrasenschwanzel zur Verdeckung des nackten Interessenskampfes. Man braucht sich nur die kapitalistischen Intrigen der nordamerikanischen Union in den süd-amerikanischen Republiken, die Ansetzungen zur Erlangung des Panamalanals, das Verfahren der Yankees gegenüber den Kubanern und den Philippinos anzusehen, um von der amerikanischen Achtung vor der Selbstbestimmung der Völker den richtigen Begriff zu erhalten. Und was das „Offenhalten der Handels-thore“ anbelangt, so ist es das erste Bestreben der Amerikaner nach der Eroberung der Philippinen gewesen, dort die Thüre zuzuschlagen.

Die Stellungnahme der sozialistischen Arbeiterschaft wird von andern Faktoren bestimmt, als von diesen verschiedenen kapitalistischen Interessen. Für sie handelt es sich einfach um die Frage: Wessen Sieg liegt im Interesse einer schnelleren freihetlichen Entwicklung Westeuropas und Rußlands selbst; ist zu erwarten, daß eine Niederlage des russischen Reiches seinen heutigen reaktionären Einfluß im Konzert der europäischen Mächte vernichtet oder schwächt? Und deshalb, weil diese Frage bejaht werden muß, sind die Sympathien des sozialistischen Proletariats auf Seiten Japans, nicht weil die, heute in allen englischen Singspielhallen besungenen Japaner tugendhafter sind als die Russen oder weil ihr Expansionstrieb berechtigter ist. Dieser Standpunkt aber bedingt keineswegs, daß wir nun verpflichtet sind, nach dem Rezept eines Teils der englischen Presse die militärischen und wirtschaftlichen Hilfskräfte der Russen zu unterstützen und die Japans zu überschätzen. Seine mächtige Konnexion mit der europäischen Hochfinanz geben Rußland einen starken finanziellen Rückfall. Die Finanz hat bei einem Fall Rußlands ungeheure Summen zu verlieren, und ehe sie diese aufgibt, wird sie sich noch zu manchen ansehnlichem Zuspruch verstehen, wenn auch sicherlich nicht mit heiterer Miene.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine große Wahlvereins-Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Georg Schöpplin spricht. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr in Frankes Festsaal, Sebastiansstr. 39: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schöpplin über: „Der Krieg in Ostasien“. Diskussion. Zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste willkommen. Donnerstag, den 25. Februar: Zahlabend in den bekannten Lokalen. Der Vorstand.

Eine polnische Volksversammlung findet heute, Sonntag, nachmittags 2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, statt. Genosse Georg Haase referiert über die „Preussische Dakota, die polnische Fraktion und das polnische Volk“.

Schmargendorf. Dienstag findet im Birshaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 6, eine Volksversammlung statt. Gemeindevorretter Genosse Hoffmann aus Rowaltes spricht über: „Socialdemokratie und Kommunalpolitik“.

Ober-Schönheide. Den Entwohnern zur Nachricht, daß am Montag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, zwei öffentliche Gemeindevorher-Versammlungen stattfinden, die eine in Löpfers Lokal, Siemensstr. 5, Referent: Gemeindevorretter Gen. Grünow; die andre bei Dohs Law, Ostend, Referent: Genosse Lange. Die Genossen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Nieder-Schönhausen. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins am Dienstag fällt aus. Dafür findet am Mittwoch, den 24. Februar ex., abends 8 1/2 Uhr, bei Benzler, Lindenstraße 43, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Die Gemeindevorretterwahl“. Referent: Stabw. Genosse Schuberl-Berlin. Diskussion. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Lokales.

Ein gutes Beispiel.

Wir haben so viel mit der Verbesserung des Diesfelds zu thun, daß es schon aus diesem Grunde nicht unsre Sache sein kann, uns mit den auf das Jenseits hinauszzielenden Angelegenheiten zu befassen und daher sollten wir uns eigentlich auch nicht in eine Frage hineinmischen, die jetzt die evangelische Kirche beschäftigt. Aber da die Aenderung der Abendmahlfeier, für die jetzt in kirchlichen Kreisen agitiert wird, einen durchaus weltlichen Beweggrund hat, so wollen wir der Frage in Kürze erwähnen. Seit einiger Zeit wird in der evangelischen Kirche, die ja im allgemeinen nicht in dem Ruf steht, Neuerungen besonders grün zu sein, darauf hingewiesen, daß der Gebrauch des gemeinsamen Kelches beim Abendmahl den Vertheilung schwere gesundheitliche Schädigungen bereiten kann. Es besteht die Gefahr, daß Lupus, Diphtherie und andre ansteckende Krankheiten durch die heute übliche Benutzung des gemeinsamen Kelches von einer Person auf die andre übertragen werden, und in einer Droschke, die der Archidiaconus Seydel von

Der hiesigen Nikolaiskirche herausgegeben hat, werden eingehend die gesundheitlichen Bedenken erwogen, die der heutige Ritus mit sich bringen kann. Man darf es dem Verfasser nicht verargen, daß er die Feiern in dieser Zeit zusammenzuhalten trachtet und deshalb die Frage erwägt, ob nicht mancher aus Furcht vor Ansteckung der Abendmahlsfeier fern bleibt. Vorurteilslos erkennt Pastor Seydel an, daß die katholische Kirche wohl wesentlich auf Rücksicht auf die Gesundheit der Gläubigen den Kelch für den Priester reserviert hat. Er kommt, nachdem er die rituellen Bedenken gegen eine Reform zu beseitigen gesucht und hierbei sogar den Schulkan-Krisis herangezogen hat, zu dem Schluß, daß mit der bisherigen Art der kirchlichen Feiern gebrochen werden muß. Auf seinen Antrag hin hat der Kirchenrat von St. Nikolai dem auch beschloffen, daß hinfort bei der Abendmahlsfeier jeder Besucher sein besonderes Trinkgeschirr vorgelegt erhalten soll.

Wenn wir dieser kirchlichen Angelegenheit gedenken, so geschieht es, weil mit der erwähnten Reform auch dem weltlichen Leben ein gutes Beispiel gegeben ist. Kamentlich in Arbeiterkreisen ist es noch vielfach Brauch, aus einem gemeinsamen Glase zu trinken; spielt doch die große Reize und der Landwehrtropf in der Berliner Gesellschaft eine beträchtliche Rolle. Die gesundheitlichen Gefahren, denen Pastor Seydel durch die erwähnte Reform vorbeugen will, bestehen selbstverständlich nicht allein in der Kirche. Den Gastwirten ist polizeilich vorgeschrieben, daß sie die Gläser jedesmal vor dem Einschenken auszuwischen haben; diese nützliche Verordnung verfehlt ihren Zweck jedoch bei der Benutzung eines Glases zum gemeinsamen Gebrauch. Aber auch wenn man ganz sicher ist, daß man uns mang feiner-mang ist, von dem man bei der dem Landwehrtropf dargebrachten Guldigung Nachteile für die Gesundheit zu erwarten habe, gebieten dennoch Rücksichten auf die Appetitlichkeit, mit dem alten aber nicht guten Brauch zu brechen und dem von der Kirche gegebenen Beispiel wie gesagt auch im weltlichen Leben nachzufolgen. Also fort mit dem Landwehrtropf!

### Das Gesundheitswesen im Stadthaushalts-Gesetz für 1904.

In der ersten Lesung des Stadthaushalts-Gesetzes, die am Donnerstag von der Stadtverordneten-Versammlung in fünftägiger Sitzung bewilligt wurde, wies Genosse Singer unter anderem wieder auf die oft beklagte Rückständigkeit unseres städtischen Gesundheitswesens hin. Oberbürgermeister Richter gab eine Antwort, die den in der Berliner Kommunalverwaltung herrschenden Geist und im besonderen die Stellung unserer städtischen Behörden zu den Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege kennzeichnet. Man solle, so sagte er, doch daran denken, wie es früher gewesen. Und von den Deputierten, deren Ueberfüllung Singer als ein Beispiel angeführt hatte, erklärte Herr Richter, sie seien doch nur aus reinem Wohlwollen für die ärmere Bevölkerung errichtet worden.

Die Verursachung auf die noch schlechteren Zustände früherer Zeiten ist ein Einwand von überwältigender Beweiskraft. Mit solcher Beweiskraft man natürlich in jeder Frage alle Kritik niederschlagen. Dieses Argument ist aber zugleich so beschämend für den, der es vorbringt, daß heute kaum noch der gewöhnlichste Bierkannpolitiker in seinem freisinnigen Bezirkeverein sich damit auf die Rednerbühne wagt. Doch der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt sprach das Äußerste nicht an, sondern er sprach die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit schamlos zurück. Eigentlich war ihm der Gedanke schon durch den Führer dieser Mehrheit vorweggenommen worden. Herr Cassel hatte gezeigt, wie die Aufwendungen für das Gesundheitswesen gewachsen sind. Im Jahre 1904 will die Stadt hierfür 9 721 026 M. ausgeben. An Einnahmen werden 2 609 200 M. erwartet, es sind also 6 222 426 M. zuzuführen. Die Aufwendungen haben sich in den letzten zehn Jahren ungefähr verdoppelt — so herrlich weit hat Berlin es gebracht!

Berlin hat es so weit gebracht, daß unser städtisches Gesundheitswesen trotz der Ausgabenverdoppelung zu versumpfen droht. Noch immer sind wir erst wenig hinausgekommen über eine bloße Krankenpflege, die doch nur einen Teil des Gesundheitswesens bildet. Noch immer gilt es als Hauptfache, Anstalten zur Heilung Kranter zu bauen, und selbst diese Pflicht wird noch lange nicht so erfüllt, daß dem Bedürfnis genügt wäre; noch immer werden die Maßregeln zur Erhaltung der Gesundheit als ein Luxus betrachtet, den man sich nur im bescheidensten Umfang gestatten dürfe. Die Krankenpflege erfordert allein 8 455 804 M. Ausgabe; davon sollen 2 205 884 M. durch Einnahme und 6 249 920 M. durch Zuschuß gedeckt werden. Von diesen Summen kommen auf die Krankenkasse 3 429 580 M. Ausgabe, 1 451 820 M. Einnahme, 1 977 760 M. Zuschuß, auf die Irrenhäuser 5 026 224 M. Ausgabe, 754 004 M. Einnahme, 4 272 160 M. Zuschuß. Für die vorbeugende Gesundheitspflege bleiben da nur 1 265 822 M. Ausgabe, die durch 763 310 M. Einnahme zum größeren Teil gedeckt werden, so daß nur 472 509 M. Zuschuß erforderlich sind. Hieron kommen auf die Badeanstalten 686 942 M. Ausgabe, 518 916 M. Einnahme, 118 026 M. Zuschuß, die Desinfektionsanstalt 161 976 M. Ausgabe, 25 300 M. Einnahme, 136 676 M. Zuschuß, die Heimstätten nebst Rettungs- und Sanitätswesen 496 906 M. Ausgabe, 249 100 M. Einnahme, 247 806 M. Zuschuß, Desinfektionsanstalt und Heimstätten sind die wichtigsten der neuen Erzeugnisse, die im Gesundheitswesen Berlins die letzten 25 Jahre uns gebracht haben. Viel ist das nicht; aber früher, so sagt Herr Richter, hatten wir noch weniger. Die Errichtung von Heimstätten war ja allerdings nur ein Akt des Wohlwollens für die ärmere Bevölkerung. Da ist am Ende das ganze bisherige Gesundheitswesen durch die Gemeinde nicht eine Frucht neuzeitlicher Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, sondern ein Almosen, das die besitzende Klasse dem Besitzlosen aus purer Barmherzigkeit nur um feinetwillen, nicht etwa um ihrer selbst willen gewährt?

Es macht wirklich manchmal den Eindruck, als ob gewisse freisinnige Kommunalpolitiker die gesamte Gemeindeverwaltung mit den Augen eines Armenpflegerers ansehen. Da ist dann alles, was zum gemeinen Besten geschieht, ein Almosen für die ärmere Bevölkerung. Wenn solche Anschauungen von maßgebender Stelle vorgebracht werden, dann muß man sich nicht wundern, daß wir im Gesundheitswesen nicht vorwärts kommen, daß beispielsweise auf die Schaffung eines städtischen Gesundheitsamtes noch immer nicht zu rechnen ist, weil solche Dinge eben als „Luxus“ gelten, der über das „Existenzminimum“ einer Kommune hinausgeht.

**Die Schulden der Reichshauptstadt.** In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde eine Denkschrift über die Aufnahme, Verwendung und Tilgung der städtischen Anleihefonds genehmigt. Mit der letzten großen Anleihe in Höhe von 228 Millionen, die noch nicht begeben ist, bestehen 36 verschiedene Stadtanleihen, die sämtlich mit 3 1/2 Proz. verzinst werden. Der Nominalwert dieser zehn Anleihen beläuft sich auf 606 Millionen Mark. Die älteren neun Anleihen hatten nur einen Nominalwert von zusammen 378 Millionen Mark, wovon 106 043 931 M. inzwischen zurückgezahlt worden sind, so daß nur noch 272 036 069 M. zu tilgen sind. Die Anleihe von 1866 im Betrage von neun Millionen Mark ist die älteste und bis auf den Rest von 870 150 M. getilgt. Im Jahre 1906 wird diese alte Kriegaanleihe vollständig getilgt sein. Die nächste Anleihe wurde erst 1875 aufgenommen in einer Höhe von 24 Millionen Mark. Diese Summe ist bis auf 1 157 800 M. amortisiert, welcher Betrag am 1. April d. J. zurückgezahlt werden soll. Diese Anleihe verschwindet also schon in Kürze vollständig. Die nächste, dritte Anleihe mußte schon ein Jahr später (1876) in Höhe von 30 Millionen Mark aufgenommen werden. Von dieser Schuld ist beinahe die Hälfte zurückgezahlt worden. Im Jahre 1878 mußte schon wieder eine Anleihe im Betrage von 35 Millionen Mark aufgenommen werden. Von dieser Anleihe sollen in diesem Jahre 1 Million Mark zurückgezahlt werden, wodurch sich, da alljährlich eine Tilgung stattgefunden hat, diese Schuld auf 11 1/2 Millionen Mark vermindert. Eine noch größere Anleihe von 45 Millionen Mark wurde 1882 aufgenommen. Diese hat sich unter Anrechnung der in den neuen Etat eingestellten Amortisationsrate von 870 000 M. auf rund

33 1/2 Millionen reduziert; 1886 erschien eine 50 Millionen Anleihe. Durch Tilgung ist sie am 1. April 1904 auf 40 1/2 Millionen Mark vermindert. Vier Jahre später mußte eine neue Anleihe in Höhe von 55 Millionen Mark emittiert werden. Diese verminderte sich durch Amortisation inzwischen auf 49 1/2 Millionen Mark. Zwei Jahre darauf, 1892, gelangte eine Anleihe von 70 Millionen Mark zur Ausgabe. Von dieser Anleihe sind inzwischen schon annähernd zehn Millionen Mark zurückgezahlt worden. Von der nächsten Anleihe aus dem Jahre 1898 im Betrage von 90 Millionen Mark sind auch schon etwa 9 1/2 Millionen getilgt worden. Von der neuesten 228 Millionen-Anleihe sollen zunächst rund 36 1/2 Millionen Mark für Kammerebauten und rund 20 1/2 Millionen Mark für die städtischen Werke verausgabt werden. Die erste Serie dieser Anleihe würde also etwa 62 1/2 Millionen Mark umfassen. Außerdem sollen 5 Millionen Mark zur Erhöhung des Betriebsfonds der Hauptkasse der städtischen Werke aus der neuen Anleihe entnommen werden.

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat ihren Jahresbericht den Zeitungen zugefandt. Der Bericht wird eingeleitet mit der Erklärung, daß die Verkehrsentwicklung im letzten Jahre einen befriedigenden Verlauf genommen hat. Einige verkehrsstatistische Mittelungen haben wir bereits am 13. Februar gebracht, und daher wollen wir heute einiges über die Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Gesellschaft veröffentlichen. Der Bericht besagt darüber:

„Für die Unterhaltung und Pflege der Motor- und Anhängerwagen auf den Bahnhöfen sowie die Ausbesserung der Wagen in der Hauptwerkstatt stehen nunmehr nahezu 1300 Handwerker und Arbeiter zur Verfügung, denen im Laufe des Berichtsjahres wiederum eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung zugewilligt werden konnte. Auch den übrigen Angestellten haben wir den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend vom 1. Oktober 1903 als eine allgemeine Aufbesserung der Gehaltsbezüge zuteil werden lassen; durch die Mehrauswendung hierfür und für die mit den gesteigerten Betriebsleistungen eingetretene Vermehrung der Betriebsbediensteten haben sich auch die Ausgaben für Löhne und Gehälter erhöht; sie betragen 46,03 Proz. der Gesamtausgabe, gegen 45,73 Proz. im Vorjahre. Für Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten unseres Personals sind ebenfalls erhebliche Mehrauswendungen gemacht worden; die Ausgaben auf diesem Titel belaufen sich insgesamt auf 477 851,28 M.“

Weiter heißt es an anderer Stelle des Berichts: „Die im Juli 1900 für die Ersterversorgung der Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn, Westlichen und Südlichen Berliner Vorortbahnen errichtete Ruhegeldkasse umfaßte am Schluß des Berichtsjahres 5234 Mitglieder und besaß ein Gesamtvermögen von 2 751 939,59 M.; die Einnahmen betragen im Jahre 1903 insgesamt aus Beiträgen der Mitglieder 259 542,34 M., aus Verwaltungszuschüssen 259 754,20 M., aus Zinsen 97 850,01 M. Wie in den früheren Jahren haben wir die auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gerichteten Bestrebungen des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, dem jetzt über 6200 Bedienstete als Mitglieder angehören, auch weiter thätig unterstützt. Dem Verein ist es möglich geworden, ohne erhebliche Erhöhung der Vereinsbeiträge eine Hinterbliebenenkasse einzurichten, aus der den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder ein Unterstützungsbetrag von 300 bis 400 M. gezahlt wird, nachdem die Gesellschaft sich bereit erklärt hatte, einen gleichen Betrag wie die Mitglieder zu der Kasse zu leisten. Auch die Baugenossenschaft des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn ist mit unserer Unterstützung in ihrer Tätigkeit so gefördert worden, daß sie ein Beamtenwohnhaus in Deutsch-Bilmersdorf bereits seit Oktober 1903 in Benutzung genommen hat und daß ein zweites Wohnhaus am Hedemann-Platz im Kollbau hergestellt ist; für die Erbauung eines dritten Hauses ist bereits das Baugrund in der Eplauerstraße von der Baugenossenschaft erworben worden.“

Vielleicht werden aus den Kreisen der Angestellten heraus diese Mitteilungen der Direktion gelegentlich beachtet.

Remerksamer ist noch folgende Stelle des Jahresberichts: „Die Tageseinnahme stellte sich im Durchschnitt im 1903 auf 79 145,85 M., gegen 74 497,55 M. in 1902, mithin im Berichtsjahre um 4483,10 M. mehr. Die Einnahme betrug im Tagesdurchschnitt auf 1 Kilometer Gleis 161,84 M. (158,92 M.), auf ein Wagenkilometer 0,41 M. (0,40 M.) und auf eine Fahrt 4,17 M. (3,84 M.). — Im Berichtsjahre wurden im Betriebe 1397 Personen leicht, 184 schwer verletzt und 13 Personen getötet. Von den insgesamt zu Unfall gekommenen 1594 Personen ist bei 12 getöteten, 156 schwer verletzten und 1163 leicht verletzten Personen einiges Verschulden, bei 19 schwer verletzten und 282 leicht verletzten Personen fremdes Verschulden festgestellt worden; bei 1 getöteten Person, 2 schwerverletzten und 9 leichtverletzten war krankheit die Ursache zum Unfall, während in den übrigen 32 Fällen die Ursache ungewiß blieb. Die im Laufe des Jahres 1903 ausgegebenen Haftpflichtenabschlüsse und die Rentenverbindlichkeiten haben zusammen eine Ausgabe von 229 225,76 M. verursacht.“

**Zum Umzugsstermin.** Der Polizeipräsident ersucht um Aufnahme folgender Erklärung: Aus den Kreisen der Wohnungsbauer und der Mietspeditoren sowie in der Presse wird darüber Klage geführt, daß in der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, betreffend den nächsten Vierteljahresumzug, vom 10. d. Mts., die Fristtermine für Berlin auf den 2., 5. und 8. April gelegt sind. Wenngleich diesen Klagen eine gewisse Berechtigung nicht abzusehen ist, indem tatsächlich mannigfache Störungen und wirtschaftliche Schwierigkeiten sich daraus ergeben müssen, daß der Beginn des Umzugs zwischen dem Charaktertag und dem Osterfest und die Fortsetzung hinter das Osterfest gelegt worden ist, so ist doch nach Lage der Verhältnisse eine Regelung dieser Angelegenheit in anderer Weise ausgeschlossen. Das hier in Betracht kommende Gesetz vom 30. Juni 1834 bestimmt als Umzugsstermine in Fällen, in denen nicht in den Mietsverträgen etwas Besonderes hierüber vereinbart ist, die Vierteljahresstermine. Es giebt ferner den Ortsbehörden die Befugnis, bei größeren Wohnungen die gesetzliche Mängelfrist zu verlängern, und ordnet schließlich an, daß an Sonntagen und Feiertagen die Umzugspflicht ruhen soll. Aus diesem Zusammenhange der durch das Gesetz getroffenen Bestimmungen ergibt sich, daß die Polizeibehörde nicht bezugt ist, das Ruhen der Umzugspflicht für einen Werktag anzuordnen. Während vor Erlaß des Gesetzes, wie die Akten des Polizeipräsidenten ergeben, der zwischen dem Charaktertag und dem Osterfest liegende Sonntagabend bei ähnlicher Kalenderlage wie der diesjährigen in der Regel als Umzugsdag angesehen wurde, ist er später konsequent wie jeder andre Werktag behandelt worden, so im Jahre 1898, wo die Umzugsdag auf den 1. April (Grün-Donnerstag), 3. April (Oster-Sonntag) und 8. April fielen, und in den Jahren 1893 und 1899, wo sie übereinstimmend auf den 1. April (Oster-Sonntag) und den 4. und 5. April fielen.

**Medaillen von wilden Ausstellungen.** In der Angelegenheit der Schwindelauflösungen ist nach der Zeitschrift „Schul und Leder“ vor kurzem ein beachtenswertes Urteil gefällt worden. Ein Schwindelwarenhändler Schaps hatte sich wegen unfauleren Wettbewerbes vor Gericht zu verantworten, weil er die auf einer Schwindelauflösung erworbene Medaille in seinem Schaufenster angebracht hatte. Nachdem er vom Amtsgericht freigesprochen war, hat die Berufungsinstanz ihn verurteilt, die Medaille aus dem Schaufenster zu entfernen und sich aus in öffentlichen Verkaufsanzeigen, auf Briefbogen, Geschäfts- und Reklamemarken des Gebrauchs der Medaille zu enthalten, bei Vermeidung einer fahrlässigen Strafe von 30 Mark (dreißig Mark) für jeden Fall der Zuwiderhandlung.

Die illustrierte Romanzeitschrift „In freien Stunden“ ist jetzt bis zum 8. Heft erschienen, das heute zur Ausgabe gelangt. Es bringt die Fortsetzung des Gersiferschen Romans „Die Fluchtpiraten des Mississippi“ und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galerienklaver“ von A. Dumas; sowie eine lustige Erzählung „Eine einträgliche Wette“. Daneben „Died und Jenes“, „Wit und Scherz“. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Partisepeditionen und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, zu haben ist. Mit dem

1. Januar begann der neue Roman, der noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden kann. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Mitteilung: Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietverträge über Räume in Neubauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbau-Abnahmehes ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizei-Organen vor Ablauf dieser Frist das Bezügen der traglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeibehörden werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den vorausgesetzlichen Termin der Beziehbarmachung von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

**Diebedromantik.** Zu einer Bande mit dem roten Gürtel hatten sich vier junge Taugenthiere vereinigt, die unter Anführung des 15-jährigen Karl Sawrowski über den Norden und Osten Berlins und bis nach Kyritz und Schönberg ausbeuteten. Die beiden 15 Jahre alten Burischen Alexander Rangowski und Karl Mandrella wollten sich Arbeit suchen und trafen bei dieser Gelegenheit mit Sawrowski zusammen, der sie zu einer Bande anwand. Ihnen schloß sich noch ein 13-jähriger Knabe, ein Sohn ansässiger Leute, auf Zureden an. Sie vertieften das Elternhaus, beschafften sich rote Gürtel als Abzeichen und nähten auf Heubünden und Krähen. Ihre Thätigkeit bestand zunächst in Abhängigkeitsfällen, die Beute wurde sofort zu Geld gemacht. Dann aber wurde der Pispis der Bande, Karl Mandrella, ein kleiner Knirps, zu Veranlassungen von Ladentassen vorgeschickt. Entweder mußte er sich allein einschleichen oder wenn die Geossen etwas kauften, die Kasse beschließen und gleich verschwinden. Gestern wurden sie in einer Herberge an der Börse aufgegriffen. Die drei ältesten wurden dem Richter vorgeführt, der jüngste Knabe seiner Mutter überliefert.

**Von der gesicherten Existenz.** Die Arbeiterin Rowalowska, die mit ihrem 12 Tage alten Kinde verhaftet war, ist noch am Leben. Ihre Bemühungen, das Kind in irgend einem Stift unterzubringen, waren vergeblich gewesen. Die Ärmste war den ganzen Tag ohne Nahrung umhergelaufen und hatte die Nacht mit ihrem Kinde in einem Neubau zugebracht. Am nächsten Nachmittag waren ihre Kräfte völlig erschöpft, und sie brach auf einem Grundstuck im Norden der Stadt zusammen. Die Polizei brachte die Mitleidliche sofort nach einem Krankenhaus. Das Kind wurde dem städtischen Waisenhaus übergeben.

**Ein Hintertreppen-Schwindler.** Ein etwa 40 Jahre alter Mann mit gelblicher Gesichtsfarbe und von unterlegter Gestalt, hat in guten Häusern bei der Dienerschaft mit Erfolg gearbeitet. Er verkauft Serienlose, die in Dänemark hergestellt sind und einem Staatspapier gleichen, mit dem Hinzufügen, daß die Erwerber Mitglieder der „Serienlos-Gesellschaft der internationalen Prämiabanke in Amsterdam“ würden. Der Preis beträgt 5 M.; jedes Los gewinnt; der niedrigste Gewinn beträgt 4 M. In einem Falle hat der Gewinnermann einem Mädchen, das nicht mehr hatte als 3 M., diese abgenommen, um die fehlenden 2 M. von dem Gewinn abzugeben. Die Serienlosbanken in Amsterdam und Kopenhagen haben keinen guten Ruf. Der Vertrieb ihrer Lose ist in Deutschland verboten, wenn auch der Ausdruck auf den Losen das Gegenteil behauptet.

**Beim Feuerputzen** fand ein Mann seinen Tod. Er sollte im zweiten Stock eines Hauses in der Ackerstraße Fenster Scheiben reinigen und war auf einen dreibeinigen Schemel gestiegen, den er auf das Fenstergesims gestellt hatte. Der Schemel schlug um, der Mann fiel auf den Hof hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Lazarus-Krankenhaus starb. Trotz aller Warnungen werden immer wieder beim Fensterputzen die notwendigen Vorsichtsmaßregeln verabsäumt.

**Die Berliner Feuerwehr** hat Donnerstag und Freitag nicht einen Brand zu löschen gehabt, was seit längerer Zeit nicht vorgekommen ist.

Eine etwas unangenehme Begegnung mit einem japanischen Krakenbären hatte der bekante Afrika-Reisende C. G. Schillings, als er dieser Tage mit dem Direktor Dr. L. Heß dem Circus Wals einen Besuch abstattete. Nach der Vorführung der Krakenbären in der Circusarena begaben sich die beiden Herren unter Leitung Sawades in den Straßraum, in dem die Krakenbären untergebracht sind. Herr Schillings, der sich als „Löwenjäger“ eines besonderen Rufes erfreut, konnte es, obgleich ihm die Tücke der Krakenbären bekannt sein mußte, nicht unterlassen, mit seiner Kraken in den Käfig eines der Krakenbären zu langen und dessen schwarzes Fell liebtvollend zu streicheln. Das nahm der heimtückische Japaner aber sehr übel, denn plötzlich drehte er sich während der schmeichelnden Hand zu; sicherlich wären Hand und Arm arg zerkratzt worden, wenn Sawade nicht blitzschnell mit einer Eisenfange in den Rücken des Japaners gefahren wäre und so das Unglück rechtzeitig abgewendet hätte.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Heute abend 7 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Steiner über Kant's weltgeschichtliche Stellung im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, Saal I. Der Vortrag beginnt pünktlich.

**Arbeiterkassette, Regierung und Alkohol.** Uzo wird geschrieben: Der Parteigenosse Dr. mod. Richard Frölich, der auf dem letzten österreichischen Parteitag in Wien am 14. November 1903 ein großzügiges Referat über „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage“ hielt, befindet sich zur Zeit auf einer mehrmonatigen Rundreise durch Deutschland, um die Arbeiterkassette zum Kampfe gegen einen ihrer vielen Feinde, den Alkohol, aufzurufen.

In Reife, Breslau und Dresden haben Centrum und Polizei durch Saalabtreibung nebst angedrohtem Militär-Vorstoß, Demunziation des „lästigen Ausländers“, Versammlungsausschließung, Redeverbot und sonstige Maßnahmen in Summa sechs Versammlungen vereitelt oder gestört.

Seit dem 17. Februar weist Genosse Dr. Frölich in Berlin und referiert Abend für Abend in den verschiedensten Stadtteilen und Organisationen. Für Dienstag, den 23. d. M., hat der Vertrauensmann der Parteigenossen des fünften Kreises zur Diskussion der Alkoholfrage eine Volksversammlung mit Dr. Frölich als Referenten in den Schweizergarten (am Königsplatz) einberufen, zu der Männer und Frauen Zutritt haben. Es wird hiermit auf diese wichtige und interessante Versammlung aufmerksam gemacht und um regen Besuch gebeten.

**Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abstinenz-Bundes** erklärt, daß der Bund dem öffentlichen Auftreten des Herrn v. Dypel-Kapstadt völlig fernsteht und jede Verantwortung dafür ablehnen muß. (Einstimmiger Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 17. Februar.)

Das Arbeiterinnenheim II, Ufedomstr. 7, hält heute abend 6 Uhr bei freiem Eintritt einen Gesellschaftsabend ab, zu dem Frauen und Mädchen willkommen sind.

Im großen Theateraal der Kranis in der Taubenschloßstraße hält am Montag Herr Dr. Gazert, der ärztliche Begleiter der Deutschen Schipolar-Expedition der „Gauß“, einen einmaligen Vortrag „Unser Leben im Polarreis“. An allen übrigen Tagen der Woche wird abends der Vortrag von Wilhelm Völsche „Der Erdball als Träger des Lebens“ zur Darstellung gelangen. Am Montag, Mittwoch und Sonnabend finden Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen statt und zwar wird der Vortrag „An den Seen Oberitaliens“ gehalten. Am Hirsaal spricht am Mittwoch Herr Goelling über „Kant's Theorie des Himmels“ und am Freitag Herr Dr. Roth über „Die Glasfabrikation“. Der Vortrag „Radium“ wird am Mittwoch und Sonnabend im großen Hirsaal der Kranis-Sternwarte in der Invalidenstrasse von Herrn Dr. Donath wiederholt werden.

Das königliche Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche abends 8 Uhr folgende öffentliche Vorträge: Montag, 22., spricht Ruffus W. Staßberg über „Das Salz des Meeres“, mit Demonstrationen; Mittwoch, den 24. und Sonnabend, den 27., Geheimrat Körte über „Zweck und Einrichtung der Leuchtfeuer und Nebelsignale“, mit Lichtbildern. Einlasskarten sind von 12 bis 2 Uhr mittags und an den Vortragabenden selbst von 6 Uhr ab im Institut und von 9 bis 4 Uhr im Deutschen Flotten-Verein, Fernburgerstraße 35, I., erhältlich.

**Nizdorf.** „Fröhliche Kunst“ betitelt sich der fünfte vollständige Kunstabend am heutigen Sonntag im Realgymnasium. Einige heitere Stücke aus den Komödien Gerhart Hauptmanns „Der Weber“, „Schuld und Jan“ und einzelne Szenen aus Kleists „Verbrochenem Mord“ werden das Dramatische des Abends, Litteratur, Feste, Prediger werden das Lyrische, Hartleben und Stinde das Erzählende an dem Abend vertreten. Lieder von Schumann, Arias von Lortzing und Kompositionen von Löwe füllen den musikalischen Teil des Programms aus. Mitwirkende sind: Dr. Gustav Manz, Robert Koppel (früher an Wolgast Theater), Irma du Rotta, Martha Altmann u. a. Eintrittskarten zu 30 Pf. sind in der Expedition des „Vorwärts“, Prinz Handjerystraße 7, erhältlich.

**Schiller-Theater für Charlottenburg.** In der gestrigen außerordentlichen Magistratsitzung wurde der Verkauf des Grundstücks zwischen der Wilmersdorfer- und Niebuhrstraße, an der Schillerstraße gelegen, in einer Größe von 8157 Quadratmeter zum Preise von 130 Mark pro Quadratmeter, d. h. also für 1.063.000 Mark genehmigt. Auf diesem Grundstück soll das Schiller-Theater für Charlottenburg erbaut werden.

## Aus den Nachbarorten.

**Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung.** Zu einem neuen Konflikt zwischen unseren Parteigenossen und der bürgerlichen Mehrheit ob der diesbezüglichen Besetzung der Ausschüsse, Kommissionen usw. geübten Willkür kam es am letzten Donnerstag, wodurch sich unsere Genossen genötigt sahen, um ihrer eignen Selbstachtung willen, zum zweitenmale in zwei Jahren ihre sämtlichen Posten in den Kommissionen, Deputationen usw. niederzulegen. Von allen Vorschlägen des Tages beantragte nur die Angelegenheit mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft erhöhtes Interesse. Diese Gesellschaft hat nämlich vor einigen Jahren den Betrieb der elektrischen Straßenbahn von der Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft und damit gleichzeitig die blinde Verpflichtung zur Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach dem Spandauer Vorort übernommen. Um diese Verpflichtung sucht sich die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft nun unter allerlei Ausflüchten herumzubücken, obwohl die im Verträge vorgesehene Vorbedingung seitens der Stadt bereits seit zwei Jahren erfüllt sind. Der Magistrat schlägt nun vor, der Gesellschaft verbleibende 15.000 M. als Beitrag zu den Kosten anzubieten, um dieselbe zur sofortigen Inangriffnahme des Baues der Linie, und zwar natürlich durch die Grunewaldstraße-Charlottenburger Chaussee führend, zu veranlassen; andernfalls soll vertragsgemäß das Schiedsgericht eingeschaltet werden. Stadtv. Rieger (Soz.) sprach gegen das generöse Angebot von 15.000 M., wozu nicht die mindeste Verpflichtung besteht, und erklärte sich für Ausführung der Bahn in städtischer Regie. Wäre ein ähnlicher Antrag seiner Freunde vor einigen Jahren angenommen worden, dann gäbe es heute keinen Streit mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft. Die Magistratsvorlage wurde unverändert angenommen.

Es folgten Auswärtige. In dem äußerst wichtigen Ausschuss zur Revision der Geschäftsordnung wollte der 6. Ausschuss unsere Genossen nur einen Sitz, anstatt der mit Recht beanspruchten zwei Sitze, einräumen, und suchte außerdem wieder die Wahl des Ausschusses in einen der Ausschüsse zu vereiteln, indem er sechs Bürgerliche und den Stadtv. Pieper (Soz.) vorschlug. Dieser wendete sich in kurzer Ausführung gegen den ungeschicktesten Standpunkt des 6. Ausschusses und erklärte, daß sich seine Freunde eine solche Vergewaltigung nicht länger gefallen lassen wollten. Er schlug nochmals den Genossen Rieger vor. In der hierauf stattfindenden Zettelwahl fielen nun unsere Genossen gänzlich aus; gewählt wurden sieben Bürgerliche. Für die neungliedrige gemischte Kommission betreffend Festsetzung des Kaufpreises für das zu veräußernde Forstgelände, in welcher unsere Genossen entsprechend ihrer Zahl drei Sitze in Anspruch nahmen und für welche von unserer Seite die Genossen Dusch, Scholz und Müller in Vorschlag gebracht wurden, präsentierte der 6. Ausschuss überhaupt nur Bürgerliche Stadtv.ordnerte, welche denn auch glatt gewählt wurden. Die Herren sind also vollständig unter sich! Unser Genossen bemächtigte sich hierüber eine gelinde Empörung, die sich in kräftigen Worten Luft machte; die unsern Genossen Rieger eine Wortentziehung, zwei Ordnungsrufe und zwei Rügen seitens des sehr schneidigen stellvertretenden Vorsitzers eintrugen. In die gemischte Kommission betreffend „Beibehaltung der Stelle eines Magistratsassessors“ wurden gleichfalls nur bürgerliche Stadtv.ordnerte gewählt, da unsere Genossen ihren Anspruch auf zwei Sitze und auf die Wahl Riegers neben dem vom 6. Ausschuss vorgeschlagenen Genossen Dusch nicht fallen lassen wollten. Unter großem Lärm und unter unaufhörlichem Klingeln des Vorlesers, der unsern Genossen am Sprechen verhindern wollte, gab hierauf Stadtv. Pieper namens der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie nach diesem neuesten Willkürakt aus Selbstachtung genötigt sei, sämtliche Posten in den Verwaltungsdeputationen, Ausschüssen usw. niederzulegen und die Verantwortung allein der Mehrheit zu überlassen für alle Folgen, die daraus entstehen werden.

**Treptow-Baumischelweg.** Zu der im März stattfindenden Gemeinderatswahl haben sich unsere Gegner, „Freund und Feind“ zusammengeschlossen, um mit vereinten Kräften unser Eindringen in das Gemeinde-Parlament, worauf wir die günstigsten Aussichten haben, zu verhindern. Sie haben als ihren gemeinsamen Kandidaten einen Herrn Dr. W. Schmidt aufgestellt. Parteigenossen, unser Kandidat ist der Maler Rob. Gramenz. An uns liegt es nun, diesem Wismarschlarke am Tage der Wahl eine ganz empfindliche Niederlage zu bereiten. Ohne jeder seine Pflicht, rätliche jeder die ihm bekannten Wähler auf, dann muß und wird zweifellos der Sieg unser sein! Das Wahlkomitee.

**Johannisthal.** Mit dem Bau eines Gemeindehauses beschäftigte sich die Gemeindevertretung nochmals eingehend. Die Offerte der Bau-Terrain-Gesellschaft, welche für ein an der Kaiser Wilhelmstraße gelegenes Grundstück 10.000 M. fordert, wurde abgelehnt, da infolge der Eingemeindung forstlich-ökologischer Terrains zu Gemeindezwecken Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung stehen. Außerdem wollten die Trübsüßerischen Erben ein Grundstück am Denkmalplatz unentgeltlich hergeben. Die Offerte des Forstschuß, welcher gleichzeitig einen Teil seines Bebauungsplanes mit eingereicht hatte, wurde ebenfalls auf Antrag des Genossen Mann abgelehnt, da sich die Gemeinde unmöglich festlegen konnte, bevor nicht der ganze Bebauungsplan vorliegt und die Lage des der Gemeinde nach dem Eingemeindungsvertrage zustehenden Terrains festgestellt ist. In dem vorliegenden Plan war der Gemeinde der sogenannte Schlängengrund, ein längs der Göllicher Bahn sich hinziehender Sumpfstreifen angeboten, der aber für die Gemeinde sehr unangünstig liegt. Für die Annahme dieser Offerte trat nur der Gemeindevorsteher ein, während die übrigen Mitglieder der Gemeindevertreter mit Ausnahme des Vertreters der Parteigesellschaft sich für das Trübsüßerische Angebot erklärten. Die Vereinfachung der Schwierigkeiten bei Ausführung dieses Planes wegen der zur Zeit noch unregulierten Straßen soll im Dispenswege erstrebt werden. Falls dies nicht möglich ist, so soll ein Austausch des Grundstücks mit dem von der Parteigesellschaft angebotenen Grundstück erfolgen. An einigen vorliegenden Plänen und Berechnungen konnte die Rentabilität des

Unternehmens festgestellt werden. Das Grundstück der Gemeinde nichts kostet, würden sich die gesamten Kosten des Baues auf rund 60.000 M. stellen. — Der Gemeindevorsteher teilt noch mit, daß der Kreis es ablehnt, die Kaiser Wilhelmstraße auf seine Kosten zu pflastern. Auf Antrag des Gen. Mann wurde den Delegierten zum Kanalisations-Zweckverband einstimmig empfohlen, bei der Staatsberatung dafür einzutreten, daß das Gehalt des Zweckverbands-Vorsitzenden, des Gemeindevorsteher's Zeitge in Nieder-Schöneweide auf 1000 M. festgesetzt wird. Als Gemeindevorsteher bezieht der betreffende außer Dienstwohnung ein Gehalt von 4000 M. Das Amt als Vorsitzender des Zweckverbandes wird ehrenamtlich verwaltet und zur Zeit mit 2400 M. jährlich bezahlt, außerdem stehen noch genügend bezahlte Hilfskräfte zur Verfügung. Da zudem noch die Gemeinden durch die Ausführung des Kanalisationsprojekts ganz bedeutend belastet werden, so rekrutiert sich eine Neubildung des Zweckverbandes.

**Nizdorf.** Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist am Donnerstagabend der 30 Jahre alte russische Gustav Wendisch aus der Kropfsstraße 33 schwer verunglückt. Er hatte auf dem Güterbahnhof Steine geladen und war im Begriff, den Bahnhof mit seinem Fuhrwerk zu verlassen, als ihm in der Nähe des großen Krabnes ein andres Fuhrwerk entgegenkam. Bei dem Versuch auszuweichen, geriet er zu dicht an den Krabn und wurde von seinem eignen Wagen gegen das Eisengitter des Krabnes gequetscht. Der Unglückliche erlitt hierbei lebensgefährliche Verletzungen des Unterleibes und mußte mittels Krankenwagens dem Krankenhaus Sebastiani zugeführt werden. Er ist verheiratet und Vater von fünf kleinen Kindern.

## Gerichts-Zeitung.

Seidenfabrik bei der Seidenwarenfirma Geschw. Michels bildeten die Grundlage einer Anklage wegen Hehlerei und Diebstahls, die gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Angeklagt waren der Handelsmann Albert Schmidt, die Hausdiener Reinhold Naal, Heinrich Ebner, Eduard Dambold und der Kaufmann Alfred Berch. Der Angeklagte Schmidt war früher Inhaber eines Wild- und Delikatessen-Geschäfts und betreibt seit dem Jahre 1902 einen Handel mit Tuch- und Seidenstoffen. Ein Geschäftsfeld besitzt er nicht. Ein großer Teil der von ihm in der letzten Zeit gekauften Waren bestand aus gestohlenen Gut, das von Hausdienern aus großen Konfektionsgeschäften entwendet und von ihnen selbst oder durch Hehlereier zu ihm gebracht worden war. Namentlich waren es Seidenstoffe, die Schmidt, der deshalb den Spitznamen „Seiden-Albert“ führte, in großen Mengen von ihnen erwarb. Die gestohlenen Stoffe verkaufte er vielfach in größeren Partien an Reiserhandlungen weiter. Die entwendeten Waren wurden zum großen Teil in einer in der Schillingstraße gelegenen Schankwirtschaft „verschoben“, wovon Hausdiener berichteten. Schmidt, der sich dem Wirt gegenüber als Schneidermeister ausgeben hatte, war dort häufiger Gast. Der Polizei wurde durch einen Vertrauensmann berichtet, daß in dieser Schankwirtschaft ziemlich häufig Pakete für Schmidt abgegeben würden, die dort nach einiger Zeit von ihm abgeholt wurden. Die Polizei stellte Beobachtungen an und fand die Nachricht bestätigt. Man machte eine Feststellung auf das Treiben des Schmidt auf, der in dem Schanklokal mit mehreren Hausdienern in Verbindung stand, und da festgestellt wurde, daß eine bestimmte Reiserhandlung seine Hauptabnahmestelle war, so wurde dort Hausdurchsuchung abgehalten und es gelang hier und später bei Schmidt selbst größere Posten Seiden- und andre Stoffe, die teils bei Geschwister Michels, teils bei einer noch nicht ermittelten Firma gestohlen waren, mit Beschlagnahme zu belegen. Ein Tuchballen ist vom Lager der Firma Eduard Fischer u. Co. entwendet worden, ein Posten Seidenband stammte von der Firma L. Graf hier. Anscheinend sind aber noch viel mehr Geschäftshäuser betroffen worden. Die Firma Geschwister Michels hat festgestellt, daß allein im Jahre 1903 aus dem dem letzten Angeklagten unterstellt gewesenen Lager ungefähr 50 bis 60 Stück Seide im Gesamtwerte von etwa 4000 Mark gestohlen worden sind. Berch hat in einem an die Inhaber der Firma gerichteten Schreiben zugegeben, daß er für ungefähr 200 M. Seide aus seiner Abteilung genommen habe, ohne sie anzuzurechnen, leugnet aber, bei den Diebstählen beteiligt zu sein und das Gegenteil konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Die Anklagebehörde nimmt an, daß ein großer Teil der Seidenstoffe von Hausdienern, die bei Geschwister Michels in Stellung gewesen sind, gestohlen sein mögen. Die entwendeten Waren hat alsdann Schmidt und zwar durch Vermittelung des Angeklagten Naal, der früher bei Michels und später in einem andren in demselben Hause befindlichen Geschäft tätig gewesen war, gekauft. Naal hat mindestens 18 Stücke von den gestohlenen Seidenstoffen an Schmidt verkauft. Der Angeklagte Ebner hat ihm 6 Pakete Seidenband à 10 Meter, das Meter zu 3 Mark geliefert, die er der Firma L. Graf, wo er in Diensten stand, gestohlen hatte. Außerdem hat er mehrfach gestohlene Tuchballen für die nicht ermittelten Diebe an Schmidt verkauft. — Auf Grund einer sehr umfangreichen Beweisaufnahme verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Schmidt zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, Naal zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, wovon gleichfalls 4 Monate als verhaftet erachtet wurden, Ebner zu 9 Monaten Gefängnis (1 Monat verhaftet) und Berch zu 1 Monat Gefängnis. Dambold wurde freigesprochen.

Ein Zusammenstoß auf der Oberspree hat dem Schiffsführer Ludwig Müller, der sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte, eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zugezogen. Es war am Spätabend des 25. Juli, als der von dem Angeklagten geführte Stern-Dampfer „Oberbürgermeister Jelle“ mit einem Verein an Bord von Köpenick her auf der Oberspree nach Berlin zurückfuhr. Es herrschte frohe Laune an Bord; für die Festteilnehmer wurde noch ein Fäßchen Bier verzapft und der in Betrieb gefetzte Scheinwerfer beleuchtete besonders die Ufer und die dort lustwandelnden Liebespaare. Zwischen dem alten und dem neuen Vierhäuschen gab es plötzlich einen Aus, man hörte lautes Geschrei, und als die Fahrgäste nach dem Bordenteil des Schiffes eilten, um zu erfahren, was passiert sei, stellte es sich heraus, daß der Dampfer auf einen mit Cement beladenen Docksahn aufgefahren war. Der Führer dieses Fahrzeuges, Schiffseigner Lahe, wurde bei dem Anprall über Bord geworfen; er geriet unter den Dampfer und wäre, wie er gestern im Termin versicherte, sicherlich nicht mit dem Leben davon gekommen, wenn er nicht ein so ausgezeichnetes Schwimmer wäre. Sein Kopf hat durch den Zusammenstoß einen Schaden im Werte von über 300 Mark erlitten, für den er die Stern-Dampfschiffsgesellschaft im Wege eines noch schwebenden Zivilprozesses in Anspruch genommen hat. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und behauptete, daß er den Kahn bei dem dunklen Wetter nicht habe sehen können, weil der Schiffer am hinteren Teil des Rahnes eine Laterne nicht angezündet gehabt habe. Zwei seiner Bediensteten behaupteten das Gegenteil, während der Kahnführer und andre Schiffer, die ihm begegnet waren, versicherten, daß die Laternen gebrannt haben. Da auch das Gutachten des Igl. Wasserbau-Inpektors zu Ungunsten des Angeklagten ausfiel, so hielt der Gerichtshof die Schuld des letzteren für erwiesen und verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis.

## Vermischtes.

Eine Explosion in einer Fabrik von Celluloidstämmen verursachte in Paris am Sonnabendmorgen 1 Uhr eine Feuerbrunst, durch die 12 Personen getötet und 14 verwundet wurden. Durch die Explosion wurden die Nachbargebäude zum Erztittern gebracht und alle Schanfenster derselben zertrümmert. Gleich nach der Explosion schlugen helle Flammen aus den Fenstern des Gebäudes, in welchem sich die Fabrik befindet, das Haus geriet sofort in Brand, die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie andre Bewohner des Hauses stürzten mit brennenden Kleidern unter gellenden Hilferufen auf die Balkone heraus; einige sprangen in der Ver-

zweiflung vom dritten Stockwerk auf die Straße herab. Die Feuerwehre erschienen sofort, drang trotz großer Schwierigkeiten in das Haus ein und rettete eine Anzahl Personen. Um 3 Uhr war das Feuer bewältigt. Unter den Verletzten befinden sich 6 Feuerwehrlente.

Eine weitere Nachricht besagt: Unter den bei dem Feuer in der Celluloidfabrik ums Leben gekommenen Personen befinden sich fünf Männer, fünf Frauen und zwei Kinder. Alle sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Außerdem wurden zwei Frauen sterbend in das Krankenhaus gebracht.

**Opfer der See.** Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: In Friedrichshafen bei Karolinenfeld wurde eine Flaktenpost aufgefunden, wonach das Schiff „Ellwangen“ mit 24 Mann Besatzung an der Küste Schwedisch-Hollands untergegangen ist. Das Schiff ist jedenfalls den Stürmen zum Opfer gefallen, die in den letzten Tagen in der Nordsee und dem westlichen Teile der Ostsee wütheten. Auch im Atlantischen Ozean herrschten in letzter Zeit starke Stürme. Wie aus New York gedrahtet wird, ist der Schnelldampfer „Lohn“ vom Norddeutschen Lloyd am Donnerstag mit zwei Tagen Verspätung dort eingetroffen, nachdem er unterwegs schwere Stürme überstanden hatte. Er konnte auf der ganzen Fahrt auch nicht an einem einzigen Tage seine volle Schnelligkeit entwickeln. Dem Kapitän wurden bei der unruhigen Fahrt des Dampfers zwei Rippen gebrochen, der zweite Offizier erlitt schwere Lungenentzündung.

Aus Stolz wird über eine Feuerbrunst gemeldet: Das aus spanischen Mitteln erbaute Heilige Korngartenhaus ist am 20. zwischen 3 und 4 Uhr morgens, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung, bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Eine Unthat im Tanzsaal. In Großwardein wurde der Steinmetzgehilfe Jakob Köstler von einem Tanzergnügen verwiesen, weil er die festgesetzte Eintrittsgeldgebühr von 40 Illern nicht bezahlen wollte. Bei diesem Anlasse entstand ein Wortwechsel, der in Thätlichkeiten ausartete. Schließlich verließ Köstler den Raum, nachdem er noch seine im Saale weilende Geliebte vergeblich zum Mitkommen aufgefordert hatte. In überaus erregter Stimmung begab er sich nach Hause, nahm nach der „Zeit“ den gesamten Schießpulvervorrat seines Weisers im Gewicht von ungefähr 2 1/2 Kilogramm, füllte diesen in eine Zunderbüchse und legte nach dem Gebäude, in der die Tanzunterhaltung stattfand, zurück. Es gelang ihm, unbemerkt in einen Nebenraum des Tanzsaales einzudringen und die mit Pulver gefüllte Büchse, an die er eine Zunte gelegt hatte, in den Ofen zu stecken. Wenige Minuten später erfolgte ein furchtbarer Knall. Die Wände des Tanzsaales stürzten ein und begruben die ahnungslosen Gäste unter ihren Trümmern. Vier Personen wurden getötet, acht andre Personen schwer verletzt. Noch im Laufe der Nacht gelang es, den Thäter habhaft zu werden.

Eisenbahn-Unfall auf der sibirischen Bahn. Während eines heftigen Schneesturmes in der Nacht zum 19. d. Mts. stürzte auf der Transsibirial-Bahn bei der Station Waisal kurz vor dem Passieren eines Militärzuges von den Bergen eine Schneemasse herab; die Lokomotive des Militärzuges fuhr in diese Schneemasse hinein und entgleiste. Von den in den fünf folgenden Waggons befindlichen Soldaten kam einer ums Leben, fünf wurden schwer und vierzehn leicht verwundet. Am Nachmittag sollte der Verkehr wieder hergestellt sein.

Feuerbrunst in Salvia (Chile). Durch eine Feuerbrunst wurde in der Stadt Salvia ein Teil der Häuser zerstört. Auch die Wohnung des Gouverneurs der Provinz ging in Flammen auf; der Gouverneur selbst erlitt keinen Schaden.

Ueber einen Theaterbrand wird aus Budapest vom Freitag berichtet: Während der heutigen Vorstellung im neuen Königs-Theater in der Königsplatz geriet eine Kaulisse in Brand. Das Feuer griff rasch um sich. Des Publikums und der Schauspieler bemächtigte sich eine Panik, doch gelang es der Feuerwehre binnen kurzer Zeit, den Brand zu löschen. Es wurde niemand aus dem Publikum verletzt.

24 Menschen in die Luft geflogen. Auf dem 8 Meilen westlich von Ogden (Utah) an einer Nebenlinie der Southern Pacific Railroad liegenden Bahnhof Jackson sind zwei Wagenladungen Schießpulver ausgeflogen. Dabei wurden 24 meist griechische Arbeiter getötet, ungefähr ebensoviel verletzt. Das Telegraphenamt wurde zerstört.

## Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Socialismus. Herausgeber Dr. Albert Schäfer in Berlin. Aus dem Inhalt der sieben erschienenen vierten Nummer des vierten Jahrganges heben wir hervor: Eine Abhandlung von Otto Wollender über die Reform des Gemeindefenstern in Sachsen. Das Wahlrecht in Bremen von Heinrich Schulz. Programm der Berliner Social-Vereinsarbeiten. Neben einem reichen Inhalt über alle Gebiete des Gemeindefenstern enthält die Nummer in ihrer technischen Beilage eine Beitrage von H. Grunwald, Baummeister in Bonn, über feuerfeste Steinbauten.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kostet im Vierteljahr 1,50 M. Das Monement ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich für die wichtigsten Fragen des Gemeindefenstern interessieren. Probenummern versendet gratis und franco der Verlag Berlin W. 15.

Die württembergische Feuerreform und die Socialdemokratie. Herausgegeben vom Landesvorstand der Socialdemokraten Württemberg. Preis 50 Pf. Stuttgart 1904. J. G. B. Dietz Nachf.

Kolonial-Handels-Adressbuch 1904. 8. Jahrgang. Preis 1,50 M. Herausgegeben vom Kolonial-Handels-Verein Komitee, Berlin, Unter den Linden 40.

Louis Barles, Villo de Gand. Fonds de Chomage. Rapport 1901-1903. Gand 1903. La „Nouvelle imprimerie“, Digne des Blanchissours, 8.

Bericht des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens samt der Statistik der Verbandskassen für das Jahr 1902. Wien 1903. Dürren-gasse 18.

Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie einschließlich Rassen- und Geschlechts-Hygiene. 1. Jahrgang, 1. Heft, Januar 1904. Jahrlieh 6 Heft 20 M. Einzelheft 4 M. Verlag der Rassen-Gesellschaft, Berlin W. 62.

Le Peuple Roi par Th. Darel. Preis 3,50 M. Paris 1904. Felix Alcan, Editeur, 108, Boulevard St. Germain.

Die Europa! — Die America! Aus dem Lande der freien Willkür. Von Jul. B. West, Ingenieur. Verlag von Franz Siemenroth in Berlin. Preis 1 M.

Wider das dritte Geschlecht. Ein Wort zur Aufklärung über die konträre Sexual-Empfindung. (Nach Frau Marie Kuberson.) Zweite, gänzlich neubearbeitete Ausgabe von Rudolf Quanter. Berlin, Hugo Bornhagens Verlag.

G. G. W. Naaf, Ausgangspunkte für wissenschaftliche Ermüdungen bei der Behandlung von Arbeiterfragen. 58 S. Juar Daegströms Book-trypferi A. B. in Stockholm. 1903.

Dr. Anton Nyström, Ueber Lothringen und die Möglichkeit einer deutsch-französischen Allianz. Mit einem Normort des Abgeordneten H. Müller aus Paris. Preis 2 M. Verlagbuchhandlung Hermann Walther, Berlin, Kommandantenstr. 14.

Buddhism. An illustrated quarterly review, vol. I. No. 2. Price 3 sh. Printed and published for the International Buddhist Society. By the Hanthawaddy Printing Works. Rangoon, Burma.

Verein Frauen-Erwerb. Kalender für das Jahr 1904. Verlag des Centralbureau Berlin W. 66. Preis 10 Pf.

Monatsschrift für Social Medizin. Herausgegeben von Dr. M. Javali und Dr. A. Javali. I. Band, Heft 5. 12 Hefte bilden einen Band. Preis des Bandes 10 M. Jena 1904. Gustav Fischer.

14. Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Berlin und Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission pro 1902. 115 S. Druck: G. Jandzow, Elisabeth-Str. 29.

Statistisches Werkbüchlein und praktischer Ratgeber für die Mitglieder des Verbandes der Steinmetz-, Plasterer- und Verputzgenossen Deutschlands. Herausgegeben vom Centralvorstand. Verlag: A. Knoß, Berlin NW. 21, Balderstr. 18.

Curt v. François, Major a. D., Staat oder Gesellschaft in unfern Kolonien? Heft X. Sociale Streitfragen von Adolf Demasche. Preis 50 Pf. Verlag: J. Garmisch Nachf., Berlin SW., Friedrichstr. 16.

# Ernst Hess

Harmonika-Fabrik  
(gegr. 1872)

Klingenthal (Sachsen).

liefert seine dauerhaft gebauten und auf den Weltausstellungen zu Sydney und Melbourne wegen ihres prächtigen Orgeltones mit dem 1. Preis gekrönt 1743b\*

Konzert-Zug-Harmonikas



mit orioner Nickel-Klaviatur, Steil (11 Falt.) Doppelbalg mit vernickelten Stahlblechschutzecken. ff. poliertem Gehäuse und kräftigen Doppelbässen. M. 10 Tast., 2chör., 2 Reg., 50 St. 5,-  
10 " 3 " 3 " 70 " 7,-  
10 " 4 " 4 " 90 " 9,-  
19 " 2mal 2chörig 108 " 10,50  
Schule zur Selbsterlernung sowie Kiste und Verpackung umsonst. Porto extra. Glockenspiel M. —,60 mehr. Reich illustrierte Preis-Kataloge über Zugharmonikas (120 verschiedene Nummern von M. 2,- bis M. 60,-), Zithern, Violinen, Musikwerke usw. verschicke umsonst und portofrei.



## Das Glück einer Familie

beruht auf dem Wohlbefinden der einzelnen Mitglieder. Zur Erhaltung der Gesundheit trägt Kathreiner's Malzkaffee viel bei. Für die Kinder ist er der beste Kaffee-Ersatz, für die Erwachsenen ein ausgezeichnete u. gesunder Kaffee-Zusatz.

## Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstrasse 5. A. Schulz, Reichenbergerstrasse 5.

Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. [42562\*] Coulaenteste Zahlungsbedingungen.

Ziehung 2.u.3. März zu Berlin im Kaiserhof. XIV. Lotterie d. techn. Commission f. Trabrennen.

Berliner Lose à 1 M. 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf. Pferde mit 70 % des angesetzten Wertes sofort verkauflich gegen

**Baar-Geld.**

6039 Gewinne Gesamt-Marktwert

100000

10000

6000

5000

4000

2 à 3000 = 6000

5 à 2000 = 10000

6 à 1500 = 9000

2 à 1000 = 2000

6000 u. 15. 10 44000

20 Fahrräder = 4000

Berliner Lose versendet: General-Debit

Lud. Müller & Co. Berlin, Breitestr. 6. Tel.-Adr.: Gütkaumüller

Altbewährt sind:



MAGGI'S Suppen- u. Speisen-Würze.

Sie macht augenblicklich schwache Suppen, Saucen, Gemüse etc. gut und kräftig im Geschmack. Sehr angiebig! Nicht zuviel nehmen!



MAGGI'S Suppen Schutzmarke Kreuzstern

Sie geben in wenigen Minuten, nur mit Zusatz von Wasser, kräftige Suppen. Ein Würfel für 2 gute Teller kostet nur 10 Pf.

Man verlange stets ausdrücklich MAGGI'S Würze und MAGGI'S Suppen Schutzmarke Kreuzstern

## Möbel-Fabrik Fechner & Preidel

Berlin C., Neue Schönhauser Strasse 2, am Hackeschen Markt, im Fabrikgebäude.

4290L\*

Komplette Einrichtungen.

Einfache und elegante Möbel.

Verlangen Sie Preisliste gratis und franco.

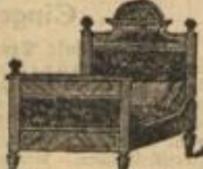
5 Jahre Garantie.



Dieser Schrank, echt nussbaum Mk. 48.—

Ebenso das dazu passende Vertiko.

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit in unserm Speicher lagern.



Diese Bettstelle, nussbaum, mit Matratzen und Keilkissen Mk. 49.—

Abends bis 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

## Deutsche Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft.

(Absatz im letzten Geschäftsjahre ca. 190000 Hektoliter)

empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere

3948L\*

in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier:

Alt Hoablt 60.

Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier:

Kaiserin Augusta-Allee 15/16.

Telephon: Amt II, 3066.

Grösstes Spezialhaus für Nähmaschinen, Metallbettstellen, Kinderwagen.

Als ganz vorzüglich empfehle ich

Naumann-Bobbin-Maschinen mit neuem Kugellagergestell.

No. 8 mit Verschlusskasten 145.00

No. 4 für starke Arbeiten 170.00

Bei Teilzahlungen von 1.00 wöchentlich.

Bei Barzahlung oder grösseren Raten 10% Rabatt.

Kinderwagen-Bazar Baby. S. Kaliski.

Zentrale: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstrasse.

Filialen:

Frankfurter Str. 115.

Reinickendorfer Str. 2a.

Belle Alliancestr. 107.

Heusselstrasse 18.

Potsdamer Str. 83b.

Tauernstrasse 7a.

Oranienstrasse 31.

Brunnenstrasse 92.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog ins Haus.



45.00

Unterricht im Nähen u. Sticken durch geschultes Personal gratis.



55.00-108.00

Eigene Reparatur-Werkstatt. Alte Maschinen nehme in Zahlung.



18. 18.00-100.00



9. 10.00-75.00.

Jamaica-Rum echt und echt Verschnitt Ltrfl. 4,50, 3,10, 2,50, 2,10, 1,60.  
Rum No. 3 Faß, Ltr. M. 1,—, 10 Ltr. M. 9,—  
Glühwein-Extrakt hochfein: Ltr. M. 1,20  
10 Liter M. 10,—

Med. Ungarwein süß, Ltr. M. 2,—.

Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,—.

Deutscher Cognac angenehm, mild im Geschmack 4017L\*

• • • • • a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,—.

## Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676. Genthinerstrasse 29. Neue Friedrichstr. 21a, a. d. Königstrasse. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstrasse 129.

Adolf Letzel Kommandantenstrasse Nr. 14, Laden, sind wieder die schönsten und billigsten Masken - Kostüme zu haben. Vorzeiger dieser Annonce 15 Proz. extra.

Dampfschiffs-Rederei Robert Tismer Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14 empfiehlt seine Salon-Dampfer den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberpreze zu soliden Preisen. — Näheres zu erfragen im Restaurant G. Barczig, Brändenstr. 7, Amt IV 4472, von morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472\*

Illustr. Katalog kostenfrei.

## A. Schonert Betten.

Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäfte

50., Oranien-Strasse 12, (Ecke Heinrichplatz)  
W., Gleditsch-Strasse 49 (Winterfeldtplatz). 4255L\*

Kinderbettstellen v. 7,50 bis 110,— Mk.  
Bett, der Stand „12,—“ 110,50  
Bettfedern, das Pfd. „0,50“ 6,—  
Daunen, das Pfd. „2,50“ 10,—  
Rosshaar-Matratzen, Daunendecken, Kamelhaardecken, Schlafdecken.

Neu aufgenommen am Heinrichsplatz:  
**Kinderwagen.**

Billige, feste Preise. — Satin-Steppdecken v. 5,75 Mk. an  
Eigene Polsterwerkstatt. — Polster-Matratzen v. 8,75 Mk. an

So lange Vorrat reicht:  
**Inventur- Restverkauf.**

Eine Partie imit. Perser Teppiche

Gebet- u. Dekorationsstücke, getreue Kopien echter Perser von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.

60x185 cm M.	3,35	(bish. 6,00)
130x200	5,15	8,25)
160x230	7,85	12,75)
200x300	11,85	18,50)
250x350	18,75	28,50)
300x400	24,75	39,00)

Passende Bett- und Pult-Teppiche

Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.  
Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Teppich-Specialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S., Oranienstr. 158.  
Inventur-Extraktliste gratis und mit ca. 600 Illustrationen franco.

Kanarienvögel! Geflügel-Station, viel- und mit den höchsten Ehrenpreisen prämiert, sind u. gold. Rebhühner, a 8, 12, 15, 18 Mk. u. 200. In Buchst. meldeben 2 Mk. Garantie für Göße u. gefunden Empfang. Preisliste frei. W. Walter, St. Andreasberg I. Harz Nr. 76. 72/5\*



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonntag, 21. Februar.  
Freie Volksbühne. Nachmittags 2 1/2 Uhr: 5. Abt.: Metrop. Theater: Medea.  
10/11. Abt.: Lessing-Theater: Der Meisendauer.

Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues König. Opern-Theater.**  
Die Jäuberflotte.  
Montag: Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** König Heinrich IV. I. Teil.  
Montag: Am Hüfen Götzen. (Quality-Street).  
**Deutsches.** Der einsame Weg.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verjüngte Medea.

Montag: Rose Bernd.  
**Berliner.** Vaterland.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
Montag: Alt-Heidelberg.  
**Lessing.** Japhetreich.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Weitens.** Die schöne Helena.  
Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.  
Montag: Colombine. Die Tante schlief.

**Neues.** Medea.  
Montag: Minna von Barnhelm.  
**Residenz.** Der kausche Casimir. Vorher: Die Empfehlung.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
Sonntagachm. 3 Uhr: Ein Seiten sprung.

**Central.** Das Schwalbennest.  
Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus.  
Montag: Das Schwalbennest.  
**Belle-Alliance.** Götterweiber.  
Nachm. 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.  
Montag: Götterweiber.  
**Thalia.** Der Hochtourist.  
Nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.  
Montag: Der Hochtourist.

**Carl Weiss.** Der Bettelestudent von Berlin.  
Nachm. 3 Uhr: Die Römer.  
Montag: Der Alte kommt.  
**Apollo.** Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.  
Nachm. 3 Uhr: Lythirata.  
Montag: Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.  
**Metropol.** Durchlaucht Radleschen.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wagner-Theater.)  
Die Kinder der Exzellenz.  
Nachm. 3 Uhr: Don Carlos.  
Montag: Die Kinder der Exzellenz.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.)  
Der Compagnon.  
Nachm. 3 Uhr: Desantafena.  
Montag: König Lear.

**Süssen.** Eine leichte Person.  
Nachm. 3 Uhr: Minna von Barnhelm.  
Montag: Die relegierten Studenten.  
**Kleines.** Nachtsyl.  
Nachm. 3 Uhr: Schöne Seelen.  
Don Carlos. Serenissimus u. a.  
Montag: Elektra.

**Trianon.** Madame X.  
Nachm. 3 Uhr: Biscotte.  
Montag: Madame X.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Gebr. Herrfeld.** Nur eine Nacht.  
Anfang 7 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**Casino.** Cirkusfee.  
Nachm. 4 Uhr: Der verlaufte Sohn.  
Montag: Die Cirkusfee.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode.  
Spezialitäten.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Vossage-Theater. Lo-Lo. Fred Edlawi. Spezialitäten. Anf. 3 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**Urania.** Durchlaucht Radleschen.  
Nachm. 4 Uhr: Der verlaufte Sohn.  
Montag: Die Cirkusfee.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode.  
Spezialitäten.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Vossage-Theater. Lo-Lo. Fred Edlawi. Spezialitäten. Anf. 3 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Medea.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Minna von Barnhelm.  
**Central-Theater.**  
Heute zwei Vorstellungen. Nachmittags 3 Uhr halbe Preise:  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Das Schwalbennest.**  
Operette in 3 Akten v. W. Erdmann.  
Montag u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
Das Schwalbennest.

**Luisen-Theater.**  
Nachmittags:  
**Minna von Barnhelm.**  
Abends 8 Uhr:  
**Eine leichte Person.**  
Montag: Die relegierten Studenten.  
Dienstag: Rena.  
Mittwoch: Minna von Barnhelm.  
Donnerstag: Eine leichte Person.  
Freitag: Benefiz I. Weltkrugfahrt zum erstenmal: Cyprius' Ariel Kostea.  
Sonabend: Rena.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wagner-Theater).  
Sonntagachmittag 3 Uhr:  
**Don Carlos.**  
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Friedrich Schiller.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Holzogen u. W. Schumann.  
Montagabend 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Die Wildente.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren  
Heute nachm. 3 1/2 Uhr 5. Halb. Preise:  
**Charleys Tante.**  
Abends 7 1/2 Uhr. Zum 173. Male:  
**Der Hochtourist.**  
Guido Thielscher in der Titelrolle.  
Montag u. folg. Tage: **Der Hochtourist.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren  
Heute nachm. 3 1/2 Uhr 5. Halben Preisen:  
Gastspiel Grete Gallus.  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Götterweiber.**  
Kaschka-Poffe mit Gesang und Tanz.

**Cirkus Schumann.**  
Haupt, Sonntag, nachm. 4 Uhr und ab. 7 1/2 Uhr: 2 grosse Gala-Vorstellungen.  
Nachmittags hat jeder Erwachsene das Recht, ein ihm angehörendes Kind frei einzuführen, weitere Kinder zahlen halbe Preise. Nachmittags neu:  
**Kunst und Liebe.**  
Mimisches Ballett. Zum Schluss: **Cake-Walk.** Die Kleinfonbonniere und der beliebte Bonbonregen. Außerdem in beiden Vorstellungen:  
Die beste Löwenreize der Welt! 25 Löwen des Herrn Seeth.  
Clown Gontards dressierte Tiere.  
Abends: **BABEL.** Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende.  
Grösste Ausstattungs-Pantomime d. Gegenwart.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Der Erdball als Träger des Lebens.**  
Montag 8 Uhr: Dr. mod. Gazert:  
**„Unser Leben im Polar-Eis.“**  
Um 4 Uhr (kleine Preise):  
**Au den Seen Oberitaliens.**  
Sterngewarte. Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen  
**Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo.

**Berliner Aquarium**  
Unter den Linden 68a  
Eingang Schadow-Strasse No. 14.  
Heute Sonntag Eintrittspreis:  
**50 Pfg.**  
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstrasse 67.  
Heute: Zum Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
GASTSPIEL  
**A. Philipp.**  
Ueberr grossen  
**TEICH.**  
Male:

**Residenz-Theater**  
Direktion E. Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der kausche Casimir.**

**Metropol-Theater**  
Durchlaucht Radleschen!  
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Apollo-Theater.**  
Nachmittags 3 Uhr ermässigte Preise:  
Die besten Spezialitäten des grossen Februar-Programms und  
**??? Nordini ???**  
der Mann mit den Wundermuskeln.  
Hierauf:  
**Lysistrata.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem Blütenhochzeit.  
Hierauf: Das glänzende Februar-Programm mit **Robert Steidl** und **Nordini**?

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Nachmittags 3 Uhr, bei bedeutend ermässigten Preisen:  
**Liebesträume. X. Schöne Seelen.**  
Don Carlos-Parodie.  
**Serenissimus-Zwischenspiele.**  
Abends 8 Uhr:  
**Nachtsyl.**  
Morgen: **Elektra.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Sonntagachmittag 3 Uhr:  
**Vasantasena.**  
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Sudrasa. Frei bearbeitet von Emil Vohl.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Compagnon.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Ed. Mörzge.  
Montagabend 8 Uhr:  
**König Lear.**  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**König Lear.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren  
Heute nachm. 3 1/2 Uhr 5. Halben Preisen:  
Gastspiel Grete Gallus.  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Götterweiber.**  
Kaschka-Poffe mit Gesang und Tanz.

**Casino-Theater.**  
Lothingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
Die komische Operette  
**Die Cirkusfee.**  
9 1/2 Uhr: Das glänz. Februarprogramm.  
Vorh.: Das glänz. Februarprogramm.  
Sonntagachm. 4 Uhr: Vertauschte Sohn.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**To-To**  
der mysteriöse Zitherspieler.  
**Fred Edlawi**  
der beste Verwandlungskünstler.

Sonnabend, den 27. Februar:  
Gr. Artisten- und Künstler-Balkfest.  
**„Nach dem Zapfenstreich.“**  
Eintritt 5, reservierte Terrasse 10 M. Billets bei A. Wertheim, Invalidendank, Künstlerdank und Passage-Theater.

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.**  
Anfang Sonntag. Sonntags 8 Uhr. 7 Uhr.  
Die anerkannt erfolgreichste Komödie  
**Nur eine Nacht!**  
2 Akte aus einer Ehe.  
Komödie von A. und O. Herrnfeld mit den Brüdern  
Willi Waldheim... Donat Herrnfeld.  
Tuschek... Anion Herrnfeld.  
Dambitsch... Ferd. Grünacker.  
Jerner: Das neue Februar-Künstler-Programm.  
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble, 5 Schwedische Longonellis in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.  
Marka Froya. — Hilda Stadhagen.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gehuldrummen, Badstraße 58.  
Sonntag, den 21. Februar 1904,  
nachmittags 3 Uhr:  
**Drei Paar Schuhe.**  
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Carl Götlich.  
Abends 7 Uhr:  
**Die Seemannsbraut**  
oder: **Abelstals und Bürgerturn.**  
Morgen Montag auf allgemeinen Wunsch: **Wutterliebe.** Anf. 8 Uhr.  
Mittwoch, den 24. Febr.: Benefiz für den Oberregisseur Heinrich Richter: **Lenore** oder: **Die Grabesbraut.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Sonntag, den 21. Februar:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Drei Paar Schuhe.**  
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Carl Götlich.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.  
Heute nachmittags: Keine Vorstellung.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Grosse Extravortragung.**  
**Goldener Boden.**  
Poffe mit Gesang in 4 Akten von Ely und Beyer. Musik von Fr. Brandt.  
Vorher Konzert und Auftreten der neuen, großartigen, erstklassigen **Spezialitäten.**  
Morgen u. folgende Tage: **Goldener Boden** sowie das großartige Februar-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

**Neue Welt.**  
Arnold Scholz.  
Hasenheide 108/114.  
Sonntag, den 21. Februar 1904:  
**Bockbier-Jubel- und Trubel-Fest**  
nach Münchner Art.  
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Zwei **Ball-Drucker.**  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
In den hinteren Sälen von 4 Uhr an: **Grosser Ball** bei stark besetztem Orchester.

**Germania-Prachtsäle.**  
Chaussee-Strasse 103 — Arnold Scholz.  
Jeden Sonntag:  
**Hamburger Sänger**  
(Steidl, Wolf).  
Nach der Solree: **Grosser Ball.**  
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
Im weissen Saale von 5 Uhr ab: **Grosser Ball.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagachmittag: „Biscotte.“

**Carl Weiss-Theater.**  
Grosse Frankfurter Strasse 132.  
Nachmittags 3 Uhr (Parfait 60 Pf.):  
**Isle Römer.**  
Schauspiel in 6 Bildern.  
Abends 7 1/2 Uhr zum letztenmal:  
Der Bettelestudent von Berlin.  
Gesangspoffe in 5 Bildern v. G. Braun und H. Bufe.  
Morgen: **Der Alte kommt.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
**Graf Essex.**  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Familienball.  
Montag: Die Dana in Trauer.

**Steidl-Theater**  
Linienstrasse 132  
Oranienburger Thor.  
Gänzlich neues Programm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. (Vorverf. 40 Pf.)

**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.  
Sonntagachmittag 3 Uhr:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:  
**Grosser Ball.**  
Entree 30 Pf. Sperrhölz 50 Pf.  
Montag: **Goethe-Ensemble.** Theater-Vorstellung. — Freilanz.

**WINTERGARTEN**  
„Pas de Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Spr. Cerusti.  
Kaufmann-Truppe Weib. Radfahrer. Sisters Moulter Reckturnerinnen. Brothers Damm Excentric Akrobaten. Paul Batty Dressierte Bären. O'Neil und Topf Excentrics.  
Dora Keplinger Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.  
**Costantino Bernardi**  
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.  
Georg Hartmann Zauberkünstler. Athleta & Brada Kraftproduktion. Tanzbilder mit  
**Cléo de Mérode**  
Biograph.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stal. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorgugstarkes gütlich.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluss neu:  
**Die Berliner bei den Hereros.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Gesellschaftshaus Ostend.**  
Memelerstr. 67.  
Erster Osterfeierstag noch frei!

Unsern Genossen und Bezirksführer  
**Robert Pose**  
zu seinem heutigen 40. Geburtstag ein dreimal dommerdes Hoch! 1904  
Die Genossen des Bezirks 519.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn  
**Emil**  
im Alter von 14 1/2 Jahren nach schwerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntagachmittag 3 1/2 Uhr von der Reichshalle der Jonsstr.-Gemeinde, Nordend, aus statt.  
Die trauernde Familie  
**Kaschubowski.**

Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Zahlstelle II, Berlin.  
Am Donnerstag, den 18. Februar cr., starb nach kurzem Leiden unser Kollege  
**Karl Retzlaff**  
im Alter von 28 Jahren an Gehirnblut.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. cr., nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Moabit, Bienenstr. 62/63, aus statt.  
Um zahlreicher Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, sowie für die reichen Krankspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Luise Beier**  
sagen wir den Mitgliedern und Kollektanten des Deutschen Buchbinder-Verbandes (Zahlstelle Berlin) unseren innigsten Dank.  
Die trauernden Eltern und Geschwister.

**Urania.**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.  
39122\*  
C. F. Walter.

**Café Meyer**  
Dresdener Strasse 128/29.  
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards 40 Pf. Zahlstelle der Freien Volksbühne.  
Neu! Rauch! Neu! Ges. gesch. Cigaretten. C. F. Walter.  
**Wilhelm Liebknecht-Cigarre.**  
Spezialität: 5- u. 6-Pf.-Marken.  
In allen durch mein Plakat getennzeichneten Geschäften erhältlich. 41392\*  
Gustav Bommer, Cigaretten-Abdr., Berlin N., Wehlerstr. 32, I.

**Masken-Garderobe**  
von 38242\*  
**Carl Ernst,**  
Königsplatz 120, I Tr.  
Grösste Auswahl!  
Billigste Preise!  
Vorsieger dieser Annonce erhält 10%, Preisermäßigung.  
**Von 36 Mark an!!**  
Anfang nach Ostern, neueste Frühjahrs-Kleider, feinste Stoffe, 2 Anproben, für guten Sitz belam goldene Medaille. Komme mit Lustig Tag nehmen, bitte Postkarte. Ludwig Engel, Preuss.-Lauerstr. 23 II, Alexanderpl. (Geogr. 1892).  
Werte Leser! Empfehle Ihnen mein Hut- und Mähen-Geschäft unserer Moden.  
Solide Preise. Solide Preise.  
**Oskar Schulz,** +123  
18/19 Kottbuser Damm 18/19.  
**Billiges Bauland**  
**Billiges Gartenland**  
**Biesdorf.** 116/1  
Bargellen von 900 Mark an, Stadtbahnverf. Kaufamt im Restaurant am Bahnhof Biesdorf und im Comptoir Gontardstr. 5, II.  
**Kranz- u. Blumenbinderei**  
von H. Eckert,  
98. Kottbuser Damm 98.

**Cirkus Busch.**  
2 grosse Vorstellungen.  
Nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr: ein Kind frei.  
Isjoren es ein angehöriges der Familie ist; weitere Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise.  
In beiden Vorstellungen:  
Nur noch wenige Tage:  
**Wunder-Dressur** des Hr. Richard Sawada mit seinen **wilden Königstigern.**  
Aufstehen der anerkannt besten Clowns d. Welt: **Gobert Belling** mit seinem spanischen Elefant.  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Berliner Winterfreuden.**  
Abends 7 1/2 Uhr, zum erstenmal: **Debut!!! Le derrierer Act.**  
Die grösste Attraktion der Gegenwart. **Mr. Lucifer** aus Paris.  
Zum 60. Male.  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
**Der Automobilsturz.**

**Treptow. Treptow.**  
**Restaurant Karpfenteich**  
Inhaber: **Karl Wanzlik.**

**Grosster Saal**  
ca. 900 Personen fassend.  
Empfehle mich den werten Vereinen zu allen Festlichkeiten. 1906b  
Der Wirt.  
**Königstadt-Kasino**  
Dolzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Neu! The Byrons, Filmm u. Flumm, Egon Nighthon.  
Die Februar-Spezialitäten.  
Neu! **Der Onkel kommt.** Neu!  
Nach der Vorstellung: **Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: Tanz.**

**Deutscher Hof**  
Luckauerstr. 15, Am Moritzplatz.  
Heute sowie jeden Sonntag  
**Unterhaltungs-Konzert**  
des 38202\*  
Berliner Tonkünstler-Orchesters  
Dirigiert: **Paul Gossen.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
Kassendf. 5 1/2 Uhr. Einlaß 75 Pf.

**Alhambra**  
Wallnertheater-Str. 15.  
Jeden Sonntag:  
Grosser Extra-Ball bei doppelt besetztem grossen Orchester. Anfang 5 Uhr. Empfehle mein Lokal für Vereine und Versammlungen.  
39112\*  
**A. Zameltat.**

**Wedding-Park.**  
Sonntag 1. Mai noch frei.  
Sonabende u. Sonntage noch frei.

**Hasselwerder a. d. Oberspree.**  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball** bei vollem Orchester. — Vereinen steht mein Lokal jederzeit zur gefälligen Verfügung. 42032\*  
Um freundlichen Zuspruch bitte!  
**Gustav Hempel.**

**Hoffjäger-Palast**  
Hasenheide Felsenkeller Hasenheide  
52-53. Heute sowie täglich:  
**Grosser Bockbier-Rummel**  
bei freiem Entree. 42032\*  
Sonntags: **GR. BALL.**



### III. Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung des Wahlvereins

in Frankes Festsaal, Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schöpflin: „Der Krieg in Ostafrika“. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste willkommen.  
Donnerstag, 25. Februar: Zahlabend in den bekannten Lokalen.  
Der Vorstand.

### Achtung! 5. Wahlkreis! Achtung!

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr,  
im Schweizergarten, Königsthor (Friedrichshain):

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Alkoholisismus und Klassenkampf.  
Referent: Genosse Dr. Frölich aus Wien.  
2. Diskussion.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Die Vertrauensleute.

### Sechster Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)  
Sonntag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, im „Jägerhaus“,  
Schönhauser Allee 103:

### Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Stadtratsordnen Hermann Schubert  
über: „Unsere Volksschule eine Klassen- u. Berufsschule“. 2. Diskussion.  
Nachdem: Gemütliches Beisammensein.  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vertrauensmann.

### Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Zwei Versammlungen

1. Wedding: „Köllner Hof“, Köllnerstr. 8.  
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Wotzke über: „Das Verbrechen und seine Bekämpfung“. 2. Diskussion.  
2. Rosenthaler Vorstadt: Bei Honsel, Invalidenstr. 1a.  
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Bartels über: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. 2. Diskussion.  
In beiden Versammlungen haben Gäste, auch Damen, Zutritt.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vorstand.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der nächste Zahlabend am Mittwoch, den 9. März, stattfindet.

### Kranken-Unterstützungsbund d. Schneider

Dienstag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 20:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenericht vom vierten Quartal 1904.  
2. Fortsetzung der Diskussion über die Resolutionen betreffend die Eingliederung der Kasse an den Verband. 3. Kassensangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Das Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe oder mit über 13 wöchentlichem Rückstand kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

### Socialdemokratischer Wahlverein Weissensee.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im Lokal Tischenschüler, Langhandstr. 106.  
Tages-Ordnung: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Referent: Genosse Bartels. Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten.  
Gäste haben Zutritt. Zahlreicher Besuch erwartet  
Der Vorstand.

### Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann,  
Raunynstraße 27:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn G. M. Saage über „Ernst Guckels Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Gäste willkommen.  
Sonntag, den 6. März: Urania-Vorstellung. Zur Auf-  
führung gelangt: „An den Seen Ober-Italiens“.

### Der „Sängerkreis der Musikinstrumenten-Arbeiter“

veranstaltet am 2. Osterfeiertag bei Graumann, Raunynstr. 27, ein  
**Familien-Kränzchen**  
verbunden mit gefanglichen Aufführungen. — Billets sind in den Ver-  
sammlungen und Zahlstellen zu haben.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

### Rixdorf. Gewerbegerichts-Wahlen. Rixdorf.

Montag, den 22. Februar 1904,  
abends 8 Uhr:

### Oeffentliche Wähler-Versammlung

im Lokale von Thiel, Bergstraße 151/152.  
Tages-Ordnung: Unsere Gewerbegerichts-Wahlen. Aufstellung  
der Kandidaten. Diskussion. Verschiedenes.  
Das Gewerkschafts-Kartell. A. U.: Der Ausschuss.

### Central-Verein der Bildhauer

Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.  
Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15, Saal I:

### Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn  
Dr. Südekum über: Der moderne Arbeitsvertrag. 3. Ver-  
schiedenes. — Gäste willkommen.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

### Stukkateure, Bauberufe u. Lokalorganisationen Berlins

Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV:

### Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung

Tages-Ordnung: „Was ist das Berliner Gewerkschaftskartell zu betrachten, indem es eine  
Streikbrecher-Organisation aufgenommen hat?“ — Zur Deutung der Unlosten findet Zellerfassung statt.  
Im Auftrage des Centralverbandes der Stukkateure Deutschlands, Filiale Berlin.  
Der Einberufer.

### Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.  
Mittwoch, den 24. Februar 1904, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

### General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektion der Buger und der  
Sektion der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenericht für das Jahr 1903. 2. Wahl der Delegierten  
zu der am 6. März stattfindenden Gaukonferenz. 3. Diskussion über die zur Zweigvereins-Bewaltung vor-  
geschlagenen Kandidaten.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.  
Um regen Besuch ersucht  
Der Zweigvereins-Vorstand.

### Achtung! Puker. Achtung!

Dienstag, 23. Februar, abends 7 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:

### Baudeputierten-Versammlung.

Ersuchen die Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Bau vertreten ist.  
Die zu heut abend angesetzte Versammlung mit Frauen kann Umstände  
halber nicht stattfinden.  
Die örtliche Verwaltung. H. Neumann.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Achtung! Kammacher! Achtung!

### Branchen-Versammlung

der Kammacher u. aller in der Celluloid-Haar- u. Schmuck-  
branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-  
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden  
Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

### Branche der Korbmacher.

Montag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-  
hause, Engel-Ufer 15:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Gau. 2. Branchen-  
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Die Kommission.

### Branche der Modell-Fabriktschler.

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidt's  
Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13:

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wollheim:  
„Blühende Luft“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Die Kommission.

### Branchenversammlung der Parkettbodenleger.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
hause, Engel-Ufer 15, Saal 5:

### Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter! Achtung!

Die Branchen-Versammlung findet in diesem Monat nicht statt.  
Die nächste Branchen-Versammlung findet am Montag, den  
28. März, statt.  
Die nächste Vertrauensmänner-Versammlung am Mittwoch, den  
2. März.  
Die Kommission.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 8363.

### Versammlung

der Schnitarbeiter u. aller in der Branche beschäftigten  
Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Urgeschichte des Menschen. Referent: Schriftsteller M. Schütte.  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Achtung! Elektro-Monteur und Feilenhauer!  
Wegen der Generalversammlung fallen die Versammlungen der Branche  
für den heutigen Tag aus. Die Versammlung der Feilenhauer ist am  
28. Februar.  
Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Einsetzer! Achtung!

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,  
Engel-Ufer 15, Saal 4:

### Außerordentliche Versammlung

der organisierten Einsetzer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Verhandlungskommission über das Ergebnis der Tarif-  
gemeinschaft mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.  
Mitgliedsbuch jeder Organisation legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Kommission erscheint um 7 Uhr.  
Der Obmann.

### Frauen-Vortrag

Montag, den 22. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant  
Weddingpark.  
Belche Frauenleiden neigen am  
meisten zu Krebs usw.  
Referent: Frau M. Kreissolmair, Neu-Babelsberg.  
Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 30 Pf.  
Der Vorstand des Naturheilvereins Charlottenburg-Berlin.

### Central-Franken- u. Sterbe- kasse der Tapezierer Deutschl.

Filiale Berlin I.  
Montag, den 20. d. Mts., abends  
8 1/2 Uhr, bei Filok, Eilmontstr. 23:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903.  
2. Neuwahl des ersten Kassieres.  
3. Erscheinen eines jeden Mit-  
gliedes erforderlich.  
177/4

Zahn-Klinik. Freie beliebige Zell-  
zahlung. Invaliden-  
strasse 145.  
Olga Jacobson.

### Verband der Kürsehner

Berlins und Umgegend.  
Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus,  
Einsteinstraße 5:

### Oeffentliche Versammlung

sämtl. Hausindustriellen der Wägenbranche sowie aller  
in d. Kürsehnerbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um den Lohnstarif zur  
Durchführung zu bringen. Referent: Herr Thomsen und Kollege  
Regge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Vertragskommission  
der Selbständigen und des Verbandes.

### Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimm. 22, Fernspr.-Amt 4, No. 0078.  
Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, gr. Saal.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Gen. Dr. Frölich-Wien:  
„Die Alkoholfrage und die moderne Arbeiterbewegung“. 3.  
Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Geschirr-Sattler! Achtung!

Montag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Engl. Hof“, Neue Köhstr. 3:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
„Wann reichen wir unsere Forderungen ein?“  
Jeder Kollege muß zur Stelle sein!  
Die Branchen-Leitung.

### Achtung! Herren- und Knaben- Achtung!

Konfektionschneider u. Schneiderinnen.  
Montag, den 22. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

### Oeffentliche Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Holzhäuser über: „Die gewerkschaftliche  
Organisation und deren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. 2.  
Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich  
zu erscheinen.  
Der Einberufer.

### Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen. Achtung!

Montag, den 22. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in Heinrich's Festsaal,  
Büchsenstraße 31:

### Große öffentliche Versammlung

der Gummiarbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Lage der Gummiarbeiter (Arbeiterinnen). Referent: Reichstags-  
Abgeordneter E. Wurm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Bleibt Euch daran, Eure so überaus traurige  
Lage zu verbessern, so erscheint in Massen in dieser Versammlung; niemand  
darf fernbleiben. Die Mißstände in den einzelnen Fabriken werden ebenfalls  
zur Sprache gebracht.  
Der Einberufer: Conrad Bruns, Antonstraße 24.

### Protest-Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 24. Februar, abends 1/9 Uhr, bei Buggenhausen  
am Rixdorp (nicht Lohndorf).  
1. Unsere Brüder unter der Wägenbranche. 2. Freie Diskussion. 3. Senna Hoy.  
„Kampf“ Nr. 1 polgeistlich verteilen, Nr. 2 verteilen, Nr. 3 heute er-  
schienen. — Heft 10 Pf.

### Radfahrer-Verein „Komet“, Rixdorf, 1897.

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
Am Sonnabend, den 27. Februar 1904, findet unser diesjähriges  
**Winter-Vergnügen**

im Restaurant „Karlsgarten“, Joh. O. Holzhause, Karlsgartenstr. 6-10,  
statt. Unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Süd-Dr. II“, Berlin  
(Mittl. d. K.-S.-B.), des Kunstvereins Herrin Rich. Stoyer u. Neigens  
unser Mitglieder, Vorträge, Ball, Festkonzerte mit Ueberrassungen. 1934  
Alle umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.  
Das Komitee.

Haus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonntag und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unrechtmäßige Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätlichkeiten, grobe Verleumdungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgedehnt werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesetzmäßig und zurückzuweisen.

Strafgesetze. Bestimmungen über Lohnzahlung in Form von Strafgeboten müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmäßigkeiten. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich unkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Fräulein Vaeder, Wäckerstraße 40, Hof II. Frau Wäcker, Poststraße 43, Quergeb. I. Frau Dr. Wenzel, Poststraße 67. I. Frau Ems, Watterloos-Wege 9, im Laden. Frau Reich, Zuckergasse 3, linker Aufg. IV. Frau Tich, Blumenstr. 63, I. rechts. Frä. Heidemann, Alte Jakobstr. 108, IV. Frä. Grünberg, Köpckeplatz 8b, IV. Frau Jette, Rigdorf, Steinmetzstraße 120, Hof I. Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 130.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7-9 Uhr. Gewerkschafts-Bureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, im Laden. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Kommissionen Frä. Reichert, Engel-Ufer 4, Frä. Kummer, Georgenkirchplatz 21, Frä. v. Bennigsen-Förder, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Beschwerdekommision der Arbeiterinnen Berlins.

Einen besonderen Genuß bereitet am Montag, den 15. Februar, Fräulein Adele Schreiber ihren Hörerinnen im Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen durch die Veranstaltung eines Märchenabends.

Sei das Märchen ein ewig neuer, unerforschlicher Born der Freude für die Phantasie des Kindes, so gab es doch auch Märchen für Große, solche, deren tiefen geistigen Gehalt, deren humorvoll ironische Lebens- und Menschenbetrachtung das Kind noch nicht zu begreifen oder voll auszusprechen vermag. Gerade die neueste Zeit habe erst diese Form des Märchens reicher entwickelt und manches feine Märchen dieser Art geschaffen. Die Vortragende hatte vier solcher Märchen für Große ausgewählt, in denen in besonders reizvoller Weise die Phantasie des Dichters den tiefen Lebensernst hinter schalkhafter Ironie verbarg, und sie las diese kleinen Meisterwerke so anmutig und humorvoll, daß ihre Hörerinnen mit der lebhaftesten Teilnahme lauschten. Am tiefsten wirkte offenbar das zart poetische: „Woher die kleinen Kinder kommen“ von Hugo Salus, in dem der Dichter dem fragenden Kinde statt der alten Stockenmärchen das Wunder vom Werden des Menschen offen und hülflos, doch in ergreifend innigen Worten erzählt. Den Schluß

bildete ein scharf satirisches Märchen „Gi-Ga-Gol“ aus einer Sammlung von Gustav Falke, dessen prächtiger Humor laute Heiterkeit entlockte. Die Hörerinnen bewunderten die Vortragenden durch lebhaften Beifall ihre Dankbarkeit für den genussreichen Abend.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 29. Februar in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Herr Dr. Conrad Schmidt wird über „Gesellschaftsaufstellungen“ referieren.

Rigdorf: Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Rigdorf und Umgegend. Die Versammlung findet statt am 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Weniger, Fr. H. Weidestraße 27. Tagesordnung: 1. Vortrag: Frauenleben und Leiden. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Herr Otto Grundmann, praktischer Naturheilkundiger. Der Vortrag wird durch vorzügliche Projektionsapparate vollständig erklärt. In Anbetracht des interessanten Gegenstandes wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht. Nur Damen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand.

Die schwedische Vereinigung für politisches Frauenwahlrecht, die dieser Tage zu Stockholm ihre Jahresversammlung abhielt, zählt jetzt in 27 Ortsabteilungen 3400 Mitglieder. In der Stockholmer Ortsabteilung ist die Mitgliederzahl im verflochtenen Jahre von 282 auf 1118 angewachsen. Eine lebhafteste Organisations- und Agitationsstätigkeit wurde im verflochtenen Jahre entfaltet. Da es mit Rücksicht auf den Kampf für das staatsbürgerliche Frauenwahlrecht sehr wichtig erscheint, daß die zu den Kommunalwahlen berechtigten Frauen dieses Recht auch annehmen können, wurden viele verheiratete Frauen, die, obgleich sie selbst zu Steuern veranlagt waren, nicht in den Listen der Kommunalwähler verzeichnet waren, veranlaßt, Beschwerde einzulegen. Der Magistrat Stockholm hat für sein Teil diesen Beschwerden stattgegeben und veranlaßt, daß dort die zur Steuer veranlagten verheirateten Frauen in die Listen aufgenommen würden. Infolge der Bestimmungen über die Selbstschätzungen, wonach Ehemänner ihre Frauen mit einschließen müssen, ist es übrigens den verheirateten Frauen erschwert, einen eignen Steuerzettel und damit kommunales Wahlrecht zu erhalten. Die Vereinigung hat nun dafür gesorgt, daß im gegenwärtigen Reichstag eine Interpellation auf dieser Frage eingebracht wird. — Die Zahl der für kommunales Wahlrecht ausübenden Frauen ist infolge der Agitation der Vereinigung erheblich gestiegen. Im Jahre 1903 betrug die Zahl von 9339 wahlberechtigten Frauen 972, gleich 10,1 Proz. an den Wahlen, 1902 von 6843 wahlberechtigten Frauen nur 147, gleich 2,1 Proz., und 1900 gar nur 1,8 Proz. der Wählerinnen. — Bei den diesjährigen Kommunalwahlen in Stockholm sollen in allen Wahlkreisen eigene Wahlbüros der Vereinigung für Frauenwahlrecht eingerichtet werden. Dort sollen die Kandidatenlisten aller Parteien bereit gehalten werden.

Verfammlungen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen hatte zum Donnerstag eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsberechtigten Berlins und der Provinz nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, in welcher Herr Dr. med. R. Fröhlich aus Wien über die Bedeutung der Alkoholfrage für die Krankenkassen referierte. Der Referent griff in seinem Vortrage etwas weit zurück und zog einen Vergleich auf diesem Gebiet zwischen andern Ländern und Deutschland. Vor 30 Jahren war die Alkoholfrage hauptsächlich eine Schnapsfrage, heute habe sich der Bierkonsum sehr gehoben und spräche in diesem Falle sehr mit. In England war der Schnapskonsum vor 40 Jahren sehr groß und man trat dem Schnapskonsum allgemein entgegen, aber in den letzten 10 Jahren habe sich der Verbrauch des Bieres um 30 Proz. und der Schnapskonsum um 100 Proz. gehoben. Das Bier sei jetzt der Schrittmacher für den Schnaps. Da man an Alkohol gewöhnt, das Geld aber zu Bier nicht ausreiche, greife man zum Schnaps. Referent kommt dann auf die Erkrankungen, welche infolge des Alkoholgenusses entstehen, zu sprechen. In Deutschland seien in einem Jahre 13 000 Fälle Delirium tremens vorgekommen, ohne die ungeheure Zahl von inneren Erkrankungen an Magen, Leber, Herz und Nieren. In der Schweiz sei eine Todesursachen-Statistik eingeführt, worin der Arzt auch angeben muß, ob der Alkoholgenuss die Todesursache mit veranlaßt hat. Hierbei sei festgestellt, daß bei 10 Proz. der männlichen Bevölkerung, über 40 Jahre sogar 20 Proz., der Alkoholgenuss mit die Todesursache gefördert hat. Redner demonstriert an der Hand von Abbildungen, welche von dem Wiener Krankenhaus-Professor Dr. Weichselbaum geschaffen sind, die durch den Alkoholgenuss angegriffenen kranken Organe gegenüber den gesunden. In München sterben 6 Proz. der Bevölkerung an Herzkrankheiten, an dem sogenannten Fett- oder Bierbergen. In Berlin sind von 100 Gehirnkranken, welche einer Irrenanstalt überliefert wurden, 44 Alkoholisten. Ferner weist der Redner auf die vielen Verbrechen und Vergehen hin, welche im Uebergenuss des Alkohols verübt werden. Dergleichen machte er darauf aufmerksam, daß hier eine Erblichkeit besteht und die Nachkommenschaft von Alkoholisten sehr für alle Krankheiten disponiert sei. Er betont am Schluß, wie mühsam und gegen die Trübsalgebühren zu kämpfen, nicht Mühselig müßte die Parole sein, sondern gänzlichke Abstinenz. — Großer Beifall lohnte den Redner für seinen außerordentlich lehrreichen Vortrag. — Zum Schluß wurden eine Anzahl Fragen an den Referenten gestellt, welche derselbe zu aller Zufriedenheit beantwortete. Ein Widerspruch gegen die Ausführungen war aus der zahlreich besuchten Versammlung nicht erfolgt.

Verband der Möbelpolierer. Die am Mittwoch abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung: Nach einer Mitgliedschaft von 5 Jahren beträgt der Unterstützungsbeitrag 1,75 M., nach 10 Jahren 2 M. pro Tag. — Wer aus einer andern Organisation, welche gleichfalls Arbeitslosenunterstützung gewährt, übertritt, bleibt im Beitritt seiner in der früheren Organisation hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung erworbenen Rechte. — Bei Ablehnung einer durch den Arbeitslosenrat angebotenen Stelle sowie bei Verfall des Antrags sollen für die den Ratgeber der Möbelpolierer benutzenden Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes die gleichen Nachteile eintreten, wie für die Mitglieder des Verbandes der Möbelpolierer. Eine längere Debatte veranlaßte die schon in einer früheren Generalversammlung erörterte Frage, ob der Verband einen besoldeten Beamten anstellen soll. Die Anstellung wurde durch Zettelabstimmung mit 368 gegen 169 Stimmen abgelehnt. — Die Versammlung übertrug dem auf dem Delegiertenkongress gewählten Vorstand die Erledigung der Geschäfte für Berlin und Umgegend. In den Ausführenden wurden Fischer, Weber, Ritsche, Schmoll und Kiese gewählt. Mit der Vertretung beim Holzarbeiter-Verband, mit dem ein Kartellverhältnis besteht, wurde Liers betraut. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Ketter gewählt. — Ferner wurde beschloffen, daß der Streik bei der Firma Wendelsohn weitergeführt wird.

Schluswort. Genosse Wenzel in Groß-Lichterfelde spielt seine Rolle als ungebeter Genosse unentwegt weiter und behauptet wiederholt, ich habe gegen seine und der übrigen Expeditionen angeklagte beantragte Gehaltsaufbesserung „durch falsche Behauptungen Stimmung zu machen gesucht.“

Da der Raum des „Vorwärts“ für die Wenzelschen Verdrehungen zu klein ist, verzichte ich auf die Fortsetzung der mir auspenötigten Polemik an dieser Stelle. Anfang März hält die Prehkommission ihre reguläre Sitzung ab; dazu lade ich Genossen Wenzel schon heute freundlichst ein. Dort mag er (an richtiger Stelle) die volle Schale seines Jornes entleeren, und ich werde (wie gewohnt) aus meinem Herzen keine Röhregrube machen.

Abrecht Fülle.

Charlottenburg. Die Bedeutung der Arbeitslosen-Fähigung laute das Thema, über das Genosse Rölling am Donnerstag im Volksklub vor einer von etwa 300-400 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung sprach. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnete er als eines der bedeutendsten Probleme für die nächste Zukunft. Um ihr zu begegnen, müßte die Konsumkraft der Massen gehoben werden. Eine Verdoppelung der Löhne wäre der größte Segen für die Industrie; statt dessen juchen die Unternehmer die Löhne zu drücken und die Lebensmittel werden durch Fülle künstlich verteuert. Auch abgesehen von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne, ließe sich heute schon manches zu einer systematischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit thun; dazu muß man aber vor allen Dingen die Zahl der Arbeitslosen nach ihren Berufen kennen. Einmal, im Jahre 1895, hat das Reich eine solche Zählung veranstaltet, und zwar im Sommer und zu Beginn des Winters. Danach ergaben sich im Durchschnitt 366 000 Arbeitslose mit 16 1/2 Millionen arbeitslosen Tagen. Bei einer Untererhöhung von 2,00 M. pro Tag wären also 218 Millionen Mark jährlich erforderlich, eine Summe, die nicht zu groß erscheint, wenn man Hunderttausende von Menschen damit arbeitsfähig erhalten kann. Würden die Zählungen alljährlich wiederholt, so würde man auch auf eine rationellere Verteilung vieler Arbeiten und auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgreicher dringen können, namentlich, wenn die Gesellschaft die Verpflegung zur Erhaltung der Arbeitslosen hätte. Vereinzelt geht man ja mit regelmäßigen Zählungen vor, so jetzt in Charlottenburg. Bei dieser Zählung kann man ein klares Bild nur erhalten, wenn alle Arbeitslosen und alle Arbeiter es ernst damit meinen, daß die Arbeitslosigkeit festgestellt werden muß. Je mehr die Arbeitslosen gegählt werden, desto mehr wird man auf Mittel und Wege suchen, wie dem Hebel zu steuern ist. Der Reichszentralrat hat die Arbeitslosenversicherung als eine der nächsten Aufgaben der Regierung bezeichnet. Das muß freilich bezweifelt werden; aber sicher ist, daß sie um so schneller kommt, je häufiger die Arbeitslosigkeit festgestellt wird. Hierzu muß die Arbeiterschaft nach Kräften beitragen. Sie trägt dadurch mit dazu bei, das Arbeitshaus und Gefängnis als Heilmittel gegen die Verwilderung der Arbeitskraft zu beseitigen. — In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß der Wahlverein, in richtiger Würdigung von der Wichtigkeit der Zählung, beschloffen hat, die Zählkarten durch Austreten von Haus zu Haus zu verbreiten; es wird also jeder Arbeitslose in den Besitz einer Zählkarte gelangen. Sollte sie dennoch dem einen oder andern fehlen, so kann er am Montag und Dienstag an den neun bekannt gemachten Stellen nach Karten in Empfang nehmen.

Friedrichsfelde. Am Dienstag hielt der sozialdemokratische Wahlverein für den Bezirk Friedrichsfelde seine Monatsversammlung ab. Genosse Waldeck Ranasse sprach über „Der Kampf ums Dasein“. Der Redner erorterte für seinen fesselnden Vortrag reichen Beifall. Unter Punkt Verschiedenes gab Genosse Finckler die Abrechnung von der Landtagswahl. Ferner teilte die Lokalkommission mit, daß es absolut nicht gelingen will, in den Dörfern einen Saal zu Versammlungen zu erhalten. Die Gastwirte weichen auch den Flugblattverteiler die Thür. Besonders leidet sich hierin ein Saalbesitzer Herr Bernide in Wahlsdorf, obgleich dieser Herr schon früher Gastwirt in Berlin war. Es wurde empfohlen, dieses Lokal, welches dicht am Bahnhof liegt, besonders zu meiden.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Restauration umständlicher best. Küche, viele 1000 Mark. Raffke, Sägenstraße 24. 1116\* Restauration, gangbar, sofort zu verkaufen. Erfragen bei Postk. Neue Dorfstraße 13 part. 1919\* Gebäuderverkauf. Partikel, umständlicher für 3000 Mark verkauft. Franzosenstraße 100 Mark zu Raummiete. 70. Milchgeschäft. 1925\* Cigarrengeschäft verläßlich. Wilmersstraße 5. 1125\* Milchgeschäft verläßlich wegen Ansehens. 30 Jahre bestehend. Rheinstraße 72. 17915\* Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, part. 147\* Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Seinfleider, aus feinsten Materialien preisbillig täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus, Sägenstraße 63, I. 20832\* Anzüge, Sommerpaletots 8,50 bis 30 Mark, prima, streng modern, Damen 2-10 Mark, goldene, silberne Uhren, Ketten, Ringe, Goldschmuck, Hochzeits-Anzüge, alles preisbillig. Leibhaus Friedrichstraße 131D, Ecke Raststraße. Und Sonntag geöffnet. 1711\*

Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Spottpreise. Handbleichhaus Weidenweg 19. 147\* Jacktanzüge, Winterpaletots, herabgesetzt, preisbillig. Handbleichhaus Weidenweg 19. 147\* Teppiche, Damenschachen, Anlette, Spottpreise. Handbleichhaus Weidenweg 19. 147\* Remontoiruhren, Regulatoren, Preisreduzierungen. Handbleichhaus Weidenweg 19. 147\* Herrenketten, Damenketten, Anzüge, Spiegel, Küchenschonem, preisbillig. Handbleichhaus Weidenweg 19. 147\* Wirklich reelle, haltbare Möbel kaufen. Möbelkäufer zu außerordentlich billigen Preisen. Möbel-Lager Dörfelstraße 7a. Billig, aber nur Kasernenpreise. Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebraucht, preisbillig. Preisbillig. Cigarrenladen Sägenstraße 172. 18215\* Vollständige Restaurations-, Einrichtung wegen Geschäftsaufgabe zu verkaufen. Grammeisenstraße 12. 106\* Pinoleum, Kasser, Waschtische, Beste. Holzmarktstraße 19. 1408b\* Teppiche mit farbigen Bildern. Preisbillig. Große Frankfurterstraße 9, part. 147\*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Kannen, Waage, Siebe, Buttermaschinen, Wiegelschalen. Stähler, Luisenstraße 27, Oranienplatz. 15006\* Bilder, Inventur-Kassentisch, 50 Prozent Rabatt, weil schnell verkauft werden muß. Nie wiederlebende günstige Gelegenheit. Einzahlung von Bildern aller Art. Bilderhandlung „Fortuna“, Frankfurterstraße 1, Ecke Schandauer Allee. \* Fahräder, Teilzahlungen, 195 Mark, Anwalderstraße 148 (Eingang Bergstraße). Stahlfederstraße 40. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof, Rähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, sofortige Lieferung. Postkarte genügt. \* Rähmaschinen! Ringelstich, Adler, Central-Bobbin, Orion, Weeter und Wilson, Klasse, Stulen x. Prima Qualität, Breite billigt. Für die Güte meiner Rähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Drei Jahre reelle Garantie, bei Abzahlung konstante Bedingungen. E. Bellmann, Goldmarkstraße 26, nahe der Landbergstraße. Alle Maschinen neuere in Zahlung. 20562\* Parteilosen lassen Rähmaschinen (angebraucht und neue) unter Garantie, am billigsten beim Reparieren. Koch, Bremerstraße 56. Reparaturen 1/2 Preis. 181\*

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Provinz bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Gasofenhaus! Einloch-Gasofen 1,80, Zweiloch-Gasofen 2,20, Dreiloch-Gasofen 2,80. Gasbühnen, Gasplättchen 2,50. Dreifachmische Bronzegasofen 16,00. Gasbühnen 1,75. Schaufelherd-Gasbeheizung billig! Holzauer, Wallnerstraße 32. \* Lauben-Daumaterialien, Gebraucht und neue Kautschuk, Bretter, Latex, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe in großer Auswahl. Billig. Kolbitzer Damm 22. 16615\* Kanarien, Stamm Seifert, Goldschmuck, Champagner und Weinchen prämiert. Reimer, Kollnichenallee 23. Kanarienhähne (preisgekrönt) verkauft Kähl, Schönberg, Bahnhofsstraße 41. 1117\* Kanarienhähne, lange, Peterburgstraße 15, Hof. 149\* Kanarienhähne, Weibchen billig. Reimer, Rignersstraße 136. 149\* Gedähne, Zuchtweibchen, Gartenstraße 35. 1994b\* Kanarienvogel, 6 Mark, gute Zuchtweibchen, Altd. Wilmersdorferstraße 5. Kanarien, Zuchtweibchen verkauft Reimer, Petersburgerstraße 2. 149\* Kanarienvogel, Gedähne, Originalen, lebende Ballerhöde, Braumelt, Grünauerstraße 14, Vogelhandlung. 118\*

Kanarienhähne, Aufgabe halber, Altd. Kollnichenstraße 5. 118\* Kanarienhähne, 4,00 an, größte Auswahl, Zuchtweibchen, Müller, Rignersstraße 38, vorn IV. 118\* Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Christenstraße 32. 1930b\* Kanarienvogel, gute Gedähne, Weibchen, Eimerstraße 5, Kollnichen. \* Glatte Kanarienhähne, Zuchtweibchen, junge und sprechende Vapageien, auch Tausch, Grundmann, Gastwirt, Kommandantenstraße 52. 19765\* Kanarienvogel, Stamm Seifert, Stamm Teute, Original-Weibchen, verkauft Göttsche, Reinholdstraße 54. Kanarienhähne verkauft Brandt, Holzmarktstraße 61. 1129\* Glatte Kanarienhähne, Zuchtweibchen, junge und sprechende Vapageien, auch Tausch, Grundmann, Gastwirt, Kommandantenstraße 52. 19765\* Kanarienvogel, Stamm Seifert, Stamm Teute, Original-Weibchen, verkauft Göttsche, Reinholdstraße 54. Kanarienhähne, gute Gedähne, Weibchen, Eimerstraße 5, Kollnichen. 1129\* Kanarienvogel verkauft Sonntag, Eimerstraße 58, IV. 149\* Kanarienhähne, Zuchtweibchen, billig. Braumelt, Köllnischestraße 5. 1795\* Kanarienhähne, gute Gedähne, Weibchen, Eimerstraße 5, Kollnichen. 1129\* Gedähne, 6,00, Baum, Eimerstraße 34, Quergebäude.

**Rahmenmaschinen.** Bobbin, Adler, Ringlicht, Lamplicht, ohne Anzählung, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

**Ringlichtmaschinen.** Bobbin, Schnell, Adler, ohne Anzählung, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

**Wohnungen.** Zwei Zimmer, drei Bäder, verlässt, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

**Wohnungen.** Zwei Zimmer, drei Bäder, verlässt, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

**Wohnungen.** Zwei Zimmer, drei Bäder, verlässt, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

**Wohnungen.** Zwei Zimmer, drei Bäder, verlässt, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.